

### 3

Bonn, 25. April 1958

*Sprecher: Adenauer, Adorno, Altmeier, Arnold, Bach, [Bitter], Blumenfeld, Cillien, Fay, Gerstenmaier, Gockeln, Gradl, von Hassel, Heck, Hellwig, Johnen, [Kraske], [Krone], Marwede, Meyers, Müllenbach, Noltenius, [Pelte], [Frau Rehling], Scheufelen, Schröder, Sieveking, Frau Weber, Wolters, Wuermeling.*

*Bericht zur Lage; SPD-Aktionen „Kampf dem Atomtod“. Bundesgeschäftsführung. Bundespartei-tag 1958. SPD-Aktionen (Fortsetzung).*

*Beginn: 9.30 Uhr*

*Ende: 16.15 Uhr*

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Wir haben uns erlaubt, außer dem Vorstand auch die Landtagspräsidenten<sup>1</sup> und die Fraktionsvorsitzenden der Landtage<sup>2</sup> hierher zu bitten, weil der Hauptpunkt unserer Tagesordnung von solch großer Bedeutung ist und in die Bereiche dieser Herren hineinwirkt, daß es wohl richtig ist, wenn sie bei der Beratung dabei sind.

Entschuldigt haben sich: Herr Kaiser. Sie wissen, daß er noch nicht wiederhergestellt ist; Herr von Brentano, der den Herrn Mikojan<sup>3</sup> in Frankfurt abholt; weiter die

---

1 Von der CDU gestellte Präsidenten der Landtage waren 1958: Walther Böttcher (Schleswig-Holstein), Josef Gockeln (Nordrhein-Westfalen), Wilhelm Kratz (Saarland), Carl Neinhaus (Baden-Württemberg), Paul Oskar Schuster (Niedersachsen) und August Wolters (Rheinland-Pfalz).

2 CDU-Vorsitzende der Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen waren 1958: Wilhelm Boden (Rheinland-Pfalz), Egon Endres (Berlin), Erich Großkopf (Hessen), Franz Hermann (Baden-Württemberg), Wilhelm Johnen (Nordrhein-Westfalen), Friedrich Carl Marwede (Bremen), Wilhelm Mohr (Schleswig-Holstein), Alois Scherf (Niedersachsen), Josef Schmitt (Saarland) und Kurt Sieveking (Hamburg).

3 Anastas Iwanowitsch Mikojan (1895–1978), 1923 Mitglied des ZK der KPdSU, 1926–1945 Volkskommissar, seit 1946 wechselnd Minister für die Ressorts Binnen- und Außenhandel, 1955–1964 stv. Ministerpräsident, 1964–1965 als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets Staatsoberhaupt. – Zu seinem Bonn-Besuch vgl. Anm. 9.

Herren Lemmer, Oberländer, Bauknecht, Dr. Gebhard Müller, Dr. Neinhaus<sup>4</sup>, Endres<sup>5</sup>, Dr. Scherf<sup>6</sup>, Dr. Fricke (Vertreter: Pelte<sup>7</sup>), Dr. Gurk und Schuster<sup>8</sup>, Landtagspräsident von Niedersachsen. Herr Schröder ist noch im Bundestag festgehalten. Er wird, sobald er abkömmlich ist, zu uns kommen.

#### BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE; SPD-AKTIONEN „KAMPF DEM ATOMTOD“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der Tagesordnung soll ich Ihnen zunächst einen Überblick über die politische Lage geben. Ich möchte diesen Bericht ziemlich kurz halten, damit auch noch genügend Zeit bleibt für die Referate der Herren Schröder und Meyers. Ich habe eben gesagt, Herr von Brentano muß in Frankfurt Herrn Mikojan abholen. Sie werden wie manche andere auch fragen, was hat der Besuch von Mikojan bei uns zu bedeuten. An sich rechtfertigt der Vertragsabschluß<sup>9</sup>, der in Moskau nach siebenmonatigen Verhandlungen zustande gekommen ist, nicht die Reise des Herrn Mikojan hierher; denn Herr Mikojan, der Armenier ist, ist nach Chruschtschow der zweite Mann in Sowjetrußland. Er wird irgendwelche besonderen Beweggründe haben. Dieser Besuch des zweiten Mannes im Staate ist also von einer gewissen politischen Bedeutung. Nach den Erfahrungen, die man überhaupt mit Sowjetrußland macht, möchte ich sagen: In erster Linie hat der Besuch den Zweck, den Versuch zu machen, zwischen den Verbündeten des Westens ein gewisses Mißtrauen gegen uns zu erwecken. Ob er darüber hinaus mit irgendwelchen Anregungen kommen wird, müssen wir in Ruhe abwarten. Man hat darüber Nachrichten bekommen, aber alle Nachrichten, die man über solche Fragen bekommt, sind mehr oder weniger unzuverlässig. Man muß also abwarten, was er bringen wird. Sein Besuch gerade jetzt, wo im Bundestag die Debatte über den sozialdemokratischen Gesetzentwurf betreffend die Volksbefragung über den Atomtod<sup>10</sup> weitergeht, ist eigentlich eine ganz

---

4 Dr. Carl Neinhaus (1888–1965), 1928–1945 Oberbürgermeister von Heidelberg, 1954 wiedergewählt, 1950–1952 MdL Württemberg-Baden (CDU), 1952–1960 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung und deren Präsident, MdL Baden-Württemberg und Landtagspräsident.

5 Egon Endres (1902–1983), 1955–1967 MdA Berlin (CDU, 1957–1963 Fraktionsvorsitzender). Vgl. PROTOKOLLE I S. 517 Anm. 2.

6 Dr. Alois Scherf (1897–1965), Rechtsanwalt und Notar; 1952–1965 MdL Niedersachsen (CDU, ab 1955 Fraktionsvorsitzender).

7 Karl Pelte (1908–1962), Angestellter; 1955–1962 MdL Niedersachsen (CDU).

8 Paul Oskar Schuster (1888–1971), 1955–1963 MdL Niedersachsen (CDU, 1957–1959 Landtagspräsident).

9 Am 25. April 1958 Unterzeichnung eines Handelsabkommens und eines Konsularvertrages mit der Sowjetunion sowie die schriftliche Erläuterung der am 8. April in Moskau mündlich ausgetauschten Vereinbarung über die Repatriierungsfrage (AdG 1958 S. 7023f.).

10 Antrag der SPD-Bundestagsfraktion vom 25. März 1958: Entwurf eines Gesetzes zur Volksbefragung wegen einer atomaren Ausrüstung der Bundeswehr (BT-Drs. 303).

komische Geschichte. Um das wieder wettzumachen, werden seit zwei Tagen in der sowjetischen Presse und im sowjetischen Rundfunk die heftigsten Angriffe gegen uns als Kriegsverbrecher, Kriegshetzer und Gott weiß was für Kerle erhoben. Andererseits ist es sehr nett, daß er gerade jetzt ankommt, nämlich in einem Augenblick, wo so massive Angriffe gegen uns erhoben werden. Aber das mußte auch wohl geschehen, um die Leute in der SED zu beruhigen, zweitens um den Sozialdemokraten hier zu zeigen, daß sie mit ihrer Volksbefragung nicht so völlig danebengehen. Auch das muß man in Ruhe ertragen, wie ich überhaupt meine, daß gegenüber Sowjetrußland am besten eine Politik der geduldigen Konsequenz ist. Alles andere hat keinen Zweck.

Wie sich die Verhältnisse in Sowjetrußland in den nächsten Monaten gestalten werden, ist völlig unübersichtlich. Die Nachrichten über die Verhältnisse in Rußland sind sehr unterschiedlich. Das ist aber immer so gewesen, seitdem die Bolschewisten dort an der Macht sind. Ich erinnere mich an eine Sitzung des Preußischen Staatsrates, als der inzwischen verstorbene Geheimrat Klöckner<sup>11</sup> von einer Reise aus Rußland zurückgekehrt war und uns einen Vortrag hielt und dabei ein blendendes Bild von der bolschewistischen Wirtschaft gab. Da sagte ein deutscher Gast, der als Architekt in der Zentralplanung für industrielle Bauten in Sowjetrußland eine Reihe von Jahren tätig war, ganz lapidar: Alles, was Sie von Rußland sagen, trifft zu. Es ist eben ein ungeheuer großes Reich, so verschiedenartig geschichtet und gestaltet, daß in dem einen Teil Rußlands etwas ganz anders ist als in dem anderen Teil. Das wird wohl jedem klar, wenn man sich vor Augen hält, daß in Sowjetrußland 150 verschiedene Sprachen gesprochen werden. Sowjetrußland birgt Völkerschaften in sich, die zum Teil hochindustrialisiert sind schon seit langer Zeit, während andere noch ein Nomadenleben führen.

Immerhin kann man wohl aus dem, was in den letzten zwölf Monaten vor sich gegangen ist, gewisse Schlüsse ziehen. Drei Tatsachen möchte ich kurz zusammenfassen. Das eine ist die Tatsache, daß Chruschtschow in der Organisation über die Industrialisierung plötzlich alles über den Haufen geworfen hat und zur Dezentralisation übergehen will, während er vorher die Zentralisation wollte. Das zweite ist die Tatsache, daß jetzt auf einmal die landwirtschaftlichen Maschinen aus den Kombinatn gelöst und den Kolchosbauern gegeben werden sollen. Das dritte ist – lachen Sie bitte nicht – die Verstaatlichung der Kühe. Auch Stalin<sup>12</sup> hatte schon darauf bestanden, daß jeder Bauer wenigstens eine Kuh halten sollte. Jetzt besteht Chruschtschow darauf, daß die Kühe verstaatlicht werden, weil er hofft, dadurch ein besseres Ergebnis in der Milchwirtschaft zu erreichen. Z.Z. haben laut „Neue Zürcher Zeitung“<sup>13</sup> nur noch 23 % der Bauern in Sowjetrußland eine Kuh.

11 Peter Klöckner (1863–1940), Industrieller, der 1931 als Sprecher einer Wirtschaftsdelegation an einer Reise nach Moskau teilgenommen hatte. NEUE DEUTSCHE BIOGRAPHIE 12 (1980) S. 105–107.

12 Jossif Wissarionowitsch Stalin (1879–1953), 1922–1953 Generalsekretär der KPdSU, seit 1946 Vorsitzender des Ministerrats. Vgl. PROTOKOLLE I S. 428 Anm. 16.

13 Vgl. „Chruschtschews 'Kuhhandel'“ in NZZ vom 20. April 1958. Danach seien 1956 56,5 % des Rindviehbestandes der Sowjetunion in Privatbesitz gewesen.

Diese Tatsachen beweisen, daß dort alles in Unruhe und auch die Stellung Chruschtschows – was zunächst die wirtschaftliche Basis angeht – nicht gefestigt ist; sonst hätte er nicht nötig, zu solch einschneidenden Maßnahmen in wenigen Monaten zu schreiten. Es kommt hinzu, daß Chruschtschow, wenn er auch die Stellung Stalins hat, naturgemäß nicht die Verdienste Stalins – vom russischen Standpunkt aus gesehen – aufzuweisen hat. Stalin ist, auch in den Augen von gemäßigten Kommunisten und sogar von Nichtkommunisten, in Rußland der Mann, der Rußland groß gemacht hat. Stalin ist auch der Mann, der im letzten Krieg mit Roosevelt<sup>14</sup> und Churchill an einem Tisch gesessen hat. Chruschtschow kann nicht auf diese Verdienste hinweisen. Er muß erst zeigen, was er kann, und zwar auch deswegen, weil inzwischen eine Entwicklung innerhalb des russischen Volkes stattgefunden hat, d.h., daß alles kritischer geworden ist. Was daraus folgt, müssen wir abwarten.

Ob es zu einer Gipfelkonferenz kommen wird, müssen wir in Ruhe abwarten. Einstweilen scheint Chruschtschow die Taktik zu verfolgen, mit allen Mitteln eine Zusammenkunft allein mit Eisenhower zu erzwingen. Sie wissen, daß das seit Jahr und Tag sein Ziel ist. Wenn ihm das gelänge, einmal allein mit Eisenhower an einem Tisch zu verhandeln, dann wäre das ein außerordentlich großer Prestigegewinn für ihn in Sowjetrußland. In diesem Zusammenhang darf ich daran erinnern, daß Eisenhower in seiner letzten Pressekonferenz entschieden abgelehnt hat, mit Chruschtschow allein zusammenzutreffen. Es ist also mit Bezug auf Rußland – auch ob eine Gipfelkonferenz kommt – alles in der Schwebe.

Sie kennen unsere Politik. Wir wünschen eine solche Gipfelkonferenz. Wir wünschen, daß auf dieser Gipfelkonferenz als erstes und vordringlichstes Thema die allgemeine, kontrollierte Abrüstung der nuklearen und der konventionellen Waffen behandelt wird. Das ist nach meiner Meinung für uns und die ganze Welt das allerwichtigste. Die Frage ist, wie soll es mit der Wiedervereinigung auf dieser Gipfelkonferenz – vorausgesetzt, daß sie kommen wird – sein. Die Amerikaner haben schon vor längerer Zeit gesagt, auf der Tagesordnung der Gipfelkonferenz müsse auch die Wiedervereinigung Deutschlands erscheinen, weil man – es ist wichtig, auf die Begründung zu achten – in Genf einen Beschluß gefaßt habe<sup>15</sup> und man nun nicht wieder zu einer Gipfelkonferenz kommen könne, wenn Sowjetrußland den dort gefaßten Beschluß einfach negiere und nicht ausführe. Die Russen haben dem mit Entschiedenheit widersprochen. Sie wollen weder die Frage der deutschen Wiedervereinigung noch die der Satellitenstaaten überhaupt – von denen die Amerikaner auf der damaligen Konferenz auch gesprochen haben – erörtert wissen.

---

14 Franklin Delano Roosevelt (1882–1945), 1933–1945 Präsident der USA. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 586 Anm. 7.

15 Die Genfer Viererkonferenz vom 17. bis 23. Juli 1955 stellte eine „enge Verbindung zwischen der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands und der europäischen Sicherheit“ her (AdG 1955 S. 5263–5276, Beschluß S. 5274).

Nun stehe ich auf dem Standpunkt, den ich auch in England<sup>16</sup> vertreten habe, daß man nicht Punkt für Punkt ein Programm für eine solche Konferenz festlegen soll. Man muß sich darüber klar sein, wenn eine solche Gipfelkonferenz zu einem Erfolg führen soll, dann wird sie sich auf eine lange, lange Zeit erstrecken müssen, wahrscheinlich auf ein Jahr oder auf zwei oder drei Jahre; natürlich nicht in der Form, daß nun während dieser Zeit die Regierungschefs anwesend sein müßten, aber man wird zur Prüfung und Lösung der einzelnen Probleme besondere Ausschüsse einrichten müssen, die dann wieder unterrichtet werden durch die Außenminister der Regierungschefs. Und dann könnten von Zeit zu Zeit Zusammenkünfte der Regierungschefs stattfinden.

Ich bin der Auffassung, daß es für uns, auch vom speziellen deutschen Standpunkt aus, ganz falsch wäre, wenn sich die Verhältnisse etwa so entwickelten, daß jemand behaupten könnte, die Gipfelkonferenz sei wegen der deutschen Frage nicht zustande gekommen. Seien wir uns darüber klar, daß die deutsche Frage auch von den uns nahestehenden Völkern unter einem ganz anderen Gesichtspunkt betrachtet wird als von uns. Wir würden der Frage der Wiedervereinigung den denkbar schlechtesten Dienst erweisen, wenn wir zu einer solchen Meinungsbildung kämen, daß an der deutschen Frage die ganze Konferenz scheitern müsse.

Ich habe in Großbritannien, wo diese Frage mit Macmillan ausdrücklich erörtert wurde, angeregt, die Herren möchten einmal überlegen, ob es sich wirklich empfehle, Punkt für Punkt jetzt schon das Programm festzusetzen, oder ob es nicht richtiger sei, als Punkt 1 der Konferenz zu sagen: Kontrollierte Abrüstung und Entspannung. Unter dem Begriff „Entspannung“ kämen dann ohne weiteres die deutsche Frage, die Frage der europäischen Sicherheit und noch weitere damit zusammenhängende Fragen zur Erörterung. Herr Macmillan hat sich diesem Standpunkt mehr oder weniger angeschlossen. Ich bitte Sie aber, darüber in der Öffentlichkeit bis auf weiteres nichts zu sagen; denn wenn man diesen Ausweg sucht oder vorschlägt, müssen natürlich die Russen auch etwas dagegebenieten. Z.Z. sieht es allerdings schlecht aus, und wir wissen nicht, ob die Gipfelkonferenz überhaupt zustande kommen wird. Es scheint so, als ob die Vereinigten Staaten keinen großen Wert darauf legten, während die europäischen Staaten alle miteinander einen sehr großen Wert darauf legen, daß sie stattfindet.

Ich darf dann von meinem Besuch in England folgendes sagen: Ich bin vorige Woche mit dem Gefühl nach England geflogen, daß diese ganze Reise zwecklos sei. Ich darf Ihnen aber sagen, daß ich von dieser Meinung bekehrt worden bin. Wir haben in Großbritannien mit Macmillan und Selwyn Lloyd<sup>17</sup> und anderen

---

16 Besuch Adenauers in London vom 16. bis 19. April 1958. Ebd. S. 7012f.

17 John Selwyn Brooke Lloyd (1904–1978), britischer Politiker (Liberaler, später Konservativer); 1945 erstmals ins Unterhaus gewählt, 1954 Versorgungsminister, 1955 Verteidigungsminister, 1955–1960 Außenminister, 1960–1962 Schatzkanzler, 1963–1964 Lordsiegelbewahrer, 1971–1976 Sprecher des Unterhauses.

Herren der britischen Regierung ein gutes und ehrliches Gespräch geführt. Ich bin nunmehr davon überzeugt, daß Großbritannien ernsthaft den Anschluß an Europa will. Das wurde bisher vielfach bezweifelt, weil man glaubte, England könne sich nicht loslösen von der jahrhundertealten Tradition seiner Politik des „divide et impera“ gegenüber dem kontinentalen Europa. Ich betone, obwohl ich mit demselben Verdacht nach Großbritannien hingefahren bin, so bin ich mit einer anderen Überzeugung zurückgekommen. Ich glaube, Großbritannien will wirklich den Anschluß an Europa. Ich kann nur hoffen, daß in Frankreich die Dinge bald in Ordnung kommen, weil die französische Industrie an die Freihandelszone Anforderungen gestellt hat, die weder für uns noch für England annehmbar sind.<sup>18</sup> In einer Besprechung der sechs Länder sollen die Ansprüche der französischen Industrie auf ein Maß zurückgeführt werden, das auch uns ermöglicht, einer Lösung zuzustimmen. Dann wird auch der Augenblick gekommen sein, um mit Frankreich und anderen europäischen Ländern mit Aussicht auf Erfolg über die Schaffung einer Freihandelszone zu verhandeln. Daß die Schaffung dieser Freihandelszone eine Notwendigkeit ist, wissen wir; darüber brauche ich kein weiteres Wort zu verlieren.

Damit habe ich Ihnen wohl das Wesentliche auf außenpolitischem Gebiet aus der letzten Zeit gesagt. Wir müssen abwarten und Geduld haben. Der Westen muß einig bleiben! Kein Land darf eine Extratour machen wollen. Sämtliche westlichen Länder müßten es teuer bezahlen, wenn irgendein Land eine Extratour riskieren würde. Es bleibt auch dabei, daß innerhalb der freien Welt die Vereinigten Staaten das einzige Land sind, das die Führerschaft beanspruchen und die freie Welt aus dieser Verstrickung – die auch die unfreie Welt mit umfaßt – herausführen kann. Sie werden nachher vielleicht die eine oder andere Frage stellen wollen. Ich bin gern bereit, darauf zu antworten.

Lassen Sie mich nun zur innenpolitischen Lage übergehen, die ja der unmittelbare Anstoß dafür ist, daß wir uns heute hier zusammengefunden haben. Die Sozialdemokratische Partei – ich weiß nicht, ob es sich lohnt, von der FDP zu sprechen – ist augenscheinlich in einer Entwicklung zur Radikalisierung, die jedem Menschen sehr ernste Sorgen machen muß. Die Sozialdemokratische Partei hat das schon gezeigt in der viertägigen Bundestagsdebatte<sup>19</sup>, der ja ein Teil von uns beigewohnt hat. Mein persönlicher Eindruck von dieser Bundestagsdebatte ist folgender: Was die Fraktion angeht, so hat sie sich dank einer guten Vorbereitung in der Debatte ausgezeichnet bewährt. Erschüttert war ich über die Sozialdemokratie. Ich kenne die deutsche Sozialdemokratie seit vielen, vielen Jahren. Ich habe mit prominenten Leuten der Sozialdemokratie Fühlung gehalten, als ich noch Oberbürgermeister der Stadt Köln war und auch während der Weimarer Zeit. Aber das, was die Sozialdemokratie jetzt macht, wäre früher niemals möglich gewesen. (Weber: Sehr richtig!) Wenn Sie mich

---

<sup>18</sup> Vgl. AdG 1958 S. 6911.

<sup>19</sup> Außen- und Wehrpolitische Debatte am 20., 21., 22. und 25. März 1958. Vgl. AdG 1958 S. 6957; Sten.Ber. 3. WP Bd. 40 S. 823–1171.

fragen, woher kommt das, dann möchte ich Ihnen drei Gründe aufzählen. Zunächst ist es für eine Partei natürlich ungeheuer schmerzlich, dreimal die Bundestagswahlen zu verlieren. Man sucht dann in dieser Lage nach irgendeinem Mittel – sei es auch immer, welches es sei –, um zu verhüten, die Bundestagswahl zum vierten Male zu verlieren.

Ein Auftakt der Bundestagswahl des Jahres 1961 sind die fünf Landtagswahlen, die in diesem Jahre stattfinden. Wenn die SPD in diesen Landtagswahlen gut abschneidet, dann hat sie mehr Aussichten – ich drücke mich sehr vorsichtig aus, weil man heutzutage nur sehr schwer in die Zukunft sehen kann –, die Bundestagswahl 1961 zu gewinnen, als wenn sie bei diesen Landtagswahlen schlecht abschneidet. Das ist wohl vollkommen klar.

Der zweite Grund, der nach meiner Meinung für die Haltung der Sozialdemokratie von besonderer Bedeutung ist, ist der Machtkampf innerhalb der SPD. Damit will ich Sie nicht lange aufhalten. Sie wissen, daß die Reformer auf einmal gegen die Apparatschiks losgingen; aber die Reformer sind lange wieder zurückgewichen, und der Apparat ist wieder oben. Es soll auch ein neues Programm auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Stuttgart<sup>20</sup> beraten und eventuell sollen dort organisatorische Änderungen vorgenommen werden. Wir zeichnen uns nicht immer durch übergroße Geschlossenheit aus, aber gegenüber der Sozialdemokratie geschweige denn gegenüber der FDP sind wir wie ein zusammengeschmolzener Block! (*Große Heiterkeit.*) Das ist für eine junge Partei, wie wir es sind, die außerdem noch eine schwere Verantwortung durch die Übernahme der Bundesregierung auf sich genommen hat, ein großer Trost, den man sich auch einmal vor Augen halten muß, wenn man daran denkt, daß auch in unserer Partei manches besser sein könnte.

Den dritten Grund für diese Entwicklung der Sozialdemokratie erblicke ich in dem Verbot der KP.<sup>21</sup> (*Arnold: Sehr richtig!*) Die KP mußte damals verboten werden, weil wir gleichzeitig gegen den Rechtsradikalismus vorgehen wollten. Wir wären unglaublich vor der deutschen Öffentlichkeit geworden, wenn wir nur gegen die rechtsradikalen Parteien, aber nicht gegen die Kommunisten, die doch ganz offenbar im Dienste der Sowjets arbeiteten, beim Bundesverfassungsgericht vorgegangen wären.

Nun steht das Bundesverfassungsgericht, das man nicht kritisieren darf – deshalb muß man sich mit Feststellungen begnügen –, auf dem Standpunkt, daß eine von ihm getroffene Entscheidung, z.B. wenn es eine Partei für verfassungswidrig erklärt hat, in saecula saeculorum gilt. Ob das richtig ist, weiß ich nicht; aber wir müssen uns mit der Tatsache abfinden. Nun ist es für mich ganz zweifellos, daß mindestens ein Teil der

---

20 Vorstand der SPD Deutschlands (Hrsg.): Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 18. bis 23. Mai 1958 in Stuttgart, Hannover/Bonn o.J.

21 Am 17. August 1956 (AdG 1956 S.5946–5949). BVerfG 5, 14 S.85ff. Vgl. auch PFEIFFER/STRICKERT.

früheren linken Nachbarn der Sozialdemokratie in die SPD hineingerutscht sind. Die Sozialdemokratie glaubt nun, durch Radikalismus die Anhänger der Kommunisten zu sich hinüberziehen zu können, während tatsächlich genau das Umgekehrte der Fall ist. Ich sehe also diese innere Entwicklung in der Bundesrepublik bei der ungefestigten Lage, in der sich die ganze Welt befindet, als eine große Gefahr an.

Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf<sup>22</sup> ist Ihnen mehr oder weniger bekannt. Er wird seit gestern im Bundestag verhandelt. Der gestrige Tag verlief für uns sehr gut da drüben.<sup>23</sup> Die Verhandlungen gehen jetzt weiter. Ich habe keinen Zweifel, daß die Beratungen für uns weiterhin gut verlaufen. Die Zeitungen berichten allerdings nur sehr unvollständig über das, was sich in sozialdemokratischen Versammlungen im Lande zugetragen hat. Denken Sie z.B. an Hamburg. Dort war es, wie es scheint, am schlimmsten. In Hamburg wurden um 3 Uhr vom Bürgermeister Brauer<sup>24</sup> alle Büros und Betriebe der Stadt geschlossen. Dann wurden die ganzen Beamten und Belegschaften geschlossen auf den Versammlungsplatz geführt. Es wurde gestern von einem unserer Redner im Bundestag gesagt, daß auch Musikkapellen dabeigewesen sind, die kommunistische Kampflieder gespielt haben. In Mannheim ist dasselbe passiert wie in Hamburg. In Duisburg sind unsere Leute derart verprügelt worden, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Sie wissen weiter, daß Herr Ollenhauer<sup>25</sup> plötzlich einer der Radikalsten geworden ist; ob aus Überzeugung oder sonstwie, das weiß ich nicht. Ich überlasse es Ihnen, das zu entscheiden. Daß Ollenhauer den Generalstreik als politisches Kampfmittel proklamiert hat und daß jetzt zum Teil – ich wiederhole: zum Teil – die Gewerkschaften gemäßigter sind als die Sozialdemokratische Partei, das ist eine außerordentlich gefährliche Entwicklung. Die Sozialdemokratische Partei hat mit dieser Sache ganz bewußt den Boden der Verfassung verlassen und geht nun zu Demonstrationen außerhalb der Verfassung über. Das ist sehr schade und aufs äußerste zu bedauern; denn die Demokratie in der Bundesrepublik ist nicht so gefestigt, als daß eine so große Partei wie die Sozialdemokratische Partei so etwas ohne Schaden für den demokratischen Gedanken tun könnte.

Ich habe eben gesagt, die FDP brauche ich nicht besonders zu erwähnen. Ich will es nur mit einem Satz hier tun. In Düsseldorf sind die Freien Demokraten anders als in Baden-Württemberg. Bald ruft der eine und bald der andere diesen oder jenen zur Ordnung. Das ist ein trauriges Zeichen einer Entwicklung, die sich in rasender Schnelligkeit vollzogen hat, seitdem der Herr Dehler diese Versuche gemacht hat. Die Schnelligkeit dieser Entwicklung in einer an sich bürgerlichen Partei, wie es die

---

22 Entwurf eines Gesetzes zur Volksbefragung wegen einer atomaren Ausrüstung der Bundeswehr (BT-Drs. 303 vom 25. März 1958).

23 Bundestagssitzung vom 24. April 1958 – Sten.Ber. 3. WP Bd. 40 S. 1412–1456.

24 Max Brauer (1887–1973), Glasbläser; 1946–1953 und 1957–1960 1. Bürgermeister von Hamburg (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 39 Anm. 3.

25 Erich Ollenhauer (1901–1963), 1949–1963 MdB (SPD), 1952–1963 Partei- und Fraktionsvorsitzender. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 110 Anm. 4.

Freien Demokraten sind, mag uns auch die Augen darüber öffnen, wie gefährlich schnell die ganze Entwicklung in der Sozialdemokratischen Partei werden kann.

Nun scheint – ich unterstreiche das Wort „scheint“ – die Geschichte mit dem „Atomtod“ etwas abzuflauen, aber ich bin davon überzeugt, daß sie bei den Landtagswahlkämpfen eine große Rolle spielen wird; denn die Sozialdemokratie hat in der Tat kein anderes Agitationsmittel. Sie hat nur die Möglichkeit, das Emotionale, die Furcht, zu wecken. Sie wird versuchen, damit die Wahlen zu gewinnen. Wir dürfen daher, auch wenn es im Augenblick so scheint, als fläue diese Entwicklung etwas ab, an dieser Frage nicht vorbeigehen, sondern wir müssen sie ständig im Auge behalten. Wir müssen nun überlegen, was wir gegen den Versuch der Sozialdemokratie tun, die Furcht in der Bevölkerung erweckt, um die Landtagswahlen zu gewinnen.

Nebenbei bemerkt: Wenn die Sozialdemokratie wichtige Länder bei diesen Wahlen für sich erobert, dann wird die Frage des Bundesrates sehr kritisch, und dann können vom Bundesrat aus der Politik der Bundesregierung und des Bundestages sehr große Schwierigkeiten gemacht werden. Ich bitte Sie daher, diese Sache sehr ernst zu nehmen. Es handelt sich, insbesondere vom staatspolitischen Gesichtspunkt aus gesehen, um eine verhängnisvolle Entwicklung, die die Sozialdemokratie jetzt beginnt. Heute morgen habe ich in der Zeitung gelesen, daß auch die Stadt Darmstadt beschlossen hat, in den Kampf gegen den sogenannten Atomtod einzugreifen. Die Gemeinden sollen also aufgeputscht werden.

Damit möchte ich zunächst einmal schließen. Wir müssen überlegen, was wir dagegen tun können. Wir wollen aber vorher noch die Vorträge von Herrn Schröder, der über die verfassungsrechtliche Seite sprechen wird, und von Herrn Meyers, der über die Vorgänge im Lande referieren soll, hören. Herr Schröder wird noch im Bundestag festgehalten. Ich hoffe, daß er in absehbarer Zeit zu uns kommen wird. Ich möchte daher Herrn Meyers bitten, zunächst einmal das Wort zu nehmen.

Vorher darf ich noch herzlich willkommen heißen Herrn Scheufelen<sup>26</sup> als Vorsitzenden unserer Partei in Nordwürttemberg und Herrn Blumenfeld als Vorsitzenden unserer Partei in Hamburg. Ich hoffe, daß wir mit Ihnen gut zusammenarbeiten werden wie bisher. (*Lebhafter Beifall.*)

*Meyers:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Bei der Frage, die uns heute in der Hauptsache bewegt, müssen wir ein Doppeltes unterscheiden, einmal die Frage nach der Atombewaffnung und zum anderen, wie sollen wir uns in dieser Frage verhalten. Es ist eine Frage, die eine einheitliche Antwort von uns für das gesamte Bundesgebiet erheischt. Die andere Frage ist die nach der sogenannten Volksbefragung, ein Weg, den die SPD eingeschlagen hat. Was die Volksbefragung angeht, so ist die Methode, die die SPD gewählt hat, eigentlich nicht so fremd,

---

26 Dr. Klaus H. Scheufelen (geb. 1913), Diplom-Ingenieur, Papierfabrikant; ab 1953 geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bundeswirtschaftsausschusses, 1958–1971 Vorsitzender der CDU Nordwürttemberg, 1958–1960 kommissarischer Bundesschatzmeister der CDU, 1964–1968 Vorsitzender des Wirtschaftsrates e.V.

wenn man bedenkt, daß sie, solange sie im Bundestag ist, in wichtigen Fragen im politischen Raum nie hat verlieren können, ohne zu versuchen, die Entscheidungen des Bundestages auf eine andere Weise zu korrigieren. Bislang hat sie eine Reihe von Prozessen vor dem Bundesverfassungsgericht versucht. Nachdem sie sämtliche Prozesse verloren hat – eine Tatsache, die Herrn Arndt den Namen als Kronjuristen eingebracht hat –, ist sie jetzt einen Schritt weitergegangen. Dieser weitere Schritt ist, wie der Herr Bundeskanzler gesagt hat, der entscheidende Schritt über den Rahmen der Verfassung hinaus.

Nun ist die Lage in den einzelnen Ländern außerordentlich unterschiedlich. Deswegen hat der Parteivorstand die Landtagspräsidenten und die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen mit hinzugezogen, damit wir uns einmal über dieses uneinheitliche Bild in den Ländern unterrichten lassen und alle hier schwebenden Fragen klären können. Wir haben die einzelnen Fragen noch keineswegs einheitlich beantworten können, z.B. die, ob die Bewegung noch im Ansteigen oder im Abflauen begriffen ist. Je nachdem wird sich unser Vorgehen danach richten müssen. Es wäre vielleicht unrichtig, eine abflauende Bewegung mit einer Walze wieder hochzuspielen und ihr damit neuen Auftrieb zu geben. Andererseits wäre es verhängnisvoll, wenn wir eine steigende und sich ausbreitende Bewegung nicht genügend bekämpften.

Der Herr Bundeskanzler hat bereits mit Recht die Vorgänge in Hamburg besonders hervorgehoben. Das ist auch der Grund, weshalb wir Ihnen hier die neueste Nummer der „Union in Deutschland“ vorgelegt haben<sup>27</sup>, die unter dem Titel „Hamburg – ein Fanal“ diese Vorgänge genau registriert und Ihnen die Möglichkeit gibt, in den Versammlungen mit Tatsachen, die belegt sind und für die Sie sich ruhig verklagen lassen können, aufzuwarten. In Hamburg hat sich etwas ereignet, wie es in der Sowjetzone möglich ist, ohne daß man die Spruchbänder und die Kapellen zu ändern brauchte. In Hamburg wird die Volksbefragung nach dem Willen der SPD wohl durchgeführt werden, da sie dort die absolute Mehrheit hat. Das gleiche gilt auch für Bremen. Auch dort hat die SPD die absolute Mehrheit. In Schleswig-Holstein scheint die Gefahr insoweit gebannt zu sein, als eine Mehrheit (*von Hassel*: Die Vorlage<sup>28</sup> ist eingebracht mit dem Wortlaut der Bundestagsvorlage.) die Sache ablehnen wird. In Niedersachsen ist die Lage unklar. Ich wäre aber dankbar ... (*Zuruf*: Dort ist die Sache in die Form einer Großen Anfrage der SPD<sup>29</sup> gekleidet; sie wird heute beraten! – *Cillien*: Ist gestern beantwortet worden! – *Von Hassel*: Das Kabinett hat sich noch nicht damit befaßt. Es wird sich damit befassen, wenn die hiesige Sache ausgestanden ist.) In Nordrhein-Westfalen ist die Sache ganz eigenartig, weil dort

---

27 UfD Nr. 17 vom 24. April 1958.

28 Entwurf eines Gesetzes zur Volksbefragung wegen einer atomaren Aufrüstung der Bundeswehr. Antrag der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag vom 14. April 1958 (3. WP 1954 LT-Drs. 901).

29 Niedersächsischer Landtag 3. WP LT-Drs. 901.

die SPD den Ministerpräsidenten<sup>30</sup> stellt, der die Richtlinien der Politik bestimmt, aber merkwürdigerweise bislang die Richtlinien der Politik nicht im Sinne seines Parteivorstandes bestimmt hat, sondern offensichtlich durch die Schwierigkeiten, die in der Koalition bestehen, bewogen wurde, das klügste Mittel der Politik anzuwenden, in diesem Falle nämlich nichts zu tun. Es hat sich herumgesprochen, daß in der Landtagsfraktion der FDP in Nordrhein-Westfalen die Mehrheit gegen eine Volksbefragung ist, so daß er also mit einem eigenen Antrag die Axt an die Wurzel seiner Koalition legen könnte. Ob dieses taktische Schweigen nur bis zur nächsten Woche anhält, in der der Landtag die letzte Sitzung vor den Wahlen hat, oder ob alle drei Koalitionsparteien einschließlich Zentrum eine Große Anfrage an die Regierung einbringen werden, ist im Augenblick noch nicht entschieden. In Hessen wird voraussichtlich eine Anfrage von der SPD gestellt werden. In Rheinland-Pfalz ... (Altmeier<sup>31</sup>: Der SPD-Antrag ist da, wonach die Landesregierung der Bundesregierung notifizieren soll, daß sie keinerlei atomare Einrichtungen im Lande Rheinland-Pfalz zulassen soll.<sup>32</sup> Die FDP hat bereits erklärt, daß sie mit uns zusammen diesen Antrag ablehnt.) Im Saarland hat die SPD erklärt, sie wolle nichts Besonderes unternehmen. In Baden-Württemberg ist sie mit in der Regierung. Ich glaube nicht, daß Alexander Möller<sup>33</sup> sich abhalten lassen wird, irgend etwas dort zu tun. Über eine erste endgültige Entscheidung in einem Lande haben wir gestern aus Bayern etwas gehört, wo nach einer erregten, stundenlangen Debatte der Antrag der SPD<sup>34</sup> abgelehnt worden ist.

Die SPD hat sich nach ihrer Niederlage bei den Bundestagswahlen scheinbar zu einer föderalistischen Partei entwickelt, indem sie nämlich die Existenz von Ländern entdeckt hat, denen sie ihre besondere Liebe zuwendet. Das ist jedenfalls nicht ein echtes Interesse, sondern nur ein scheinbares; denn sie versucht hier dieselben Methoden, die ich eben gekennzeichnet habe, um die Niederlage bei der Bundestagswahl über den Bundesrat wieder wettzumachen. Sie hat deshalb diese Volksbefragungsaktion nicht nur auf der Bundesebene, sondern auch auf der Länderebene und der Stadtebene gestartet. Sie haben gehört, daß in Berlin nichts geschehen soll, daß aber gestern eine Großkundgebung im Berliner Arbeitsausschuß gegen den Atomtod stattgefunden hat,

---

30 Fritz Steinhoff (1897–1969), 1956–1958 Ministerpräsident NW (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 950 Anm. 63.

31 Peter Altmeier (1899–1977), 1947–1969 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 26 Anm. 34.

32 Antrag der Fraktion der SPD betr. Bereitstellung von Gelände für atomare Aufrüstung vom 22. April 1958. Landtag Rheinland-Pfalz 3. WP LT-Drs. 409.

33 Dr. Alex Möller (1903–1985), 1946–1961 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung bzw. Landtag von Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 818 Anm. 54.

34 Gesetz über eine Volksbefragung bezüglich der Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Antrag der SPD-Fraktion vom 10. April 1958. Verhandlungen des Bayerischen Landtages, III. WP 1954/1958, Beilagen-Band V 1957/58, Beilage 3360.

wo der DGB-Vorsitzende Scharnowski<sup>35</sup> erklärt hat, die Atombombe trug zur Beendigung der Berliner Blockade bei. Daraufhin ist er nicht mehr zu Wort gekommen, worauf er erklärte, er trete aus dem Ausschuß aus. Ansonsten ist es in Berlin so, daß dort nichts geschehen wird.

Wie ist es mit den anderen Städten? Herr Fay ist hier, und er kann, ohne Interna und Dienstgeheimnis zu verletzen, sagen, wie es in Frankfurt war, einer Stadt, in der die SPD die absolute Mehrheit hat. Heute morgen ist, wie der Herr Bundeskanzler schon hervorgehoben hat, Darmstadt gefolgt. In Nordrhein-Westfalen hat die „berühmte“ Stadt Wermelskirchen einen gleichen Beschluß gefaßt.<sup>36</sup> Dort besteht noch die „Freie Soziale Union“ (FSU), und hier hat sich ein Konglomerat von Parteien gegen die CDU zusammengetan. Ich bedaure, daß Herr Minister Schröder noch verhindert ist. Wir müssen uns zunächst einmal über die Rechtslage unterhalten, und dann muß man die drei Ebenen trennen. Im Bundestag ist die Debatte noch im Gange. Wir sind uns alle darüber einig, daß die Volksbefragung über den Rahmen des Zulässigen im Grundgesetz hinausgeht. Über den Weg, den wir einschlagen sollen, sind wir uns nicht einig. Die einen sagen: Wenn ein verfassungswidriges Begehren da ist, dann ist es schlecht, von Anfang an abgewiesen zu werden; andere befürchten politische Reaktionen und sagen: Wenn wir in der Ablehnung einig sind, ist es nicht zweckmäßig, politisch nun der SPD und dem DGB bei den Maifeiern den Vorwand zu geben, um nun sagen zu können: Da hat die CDU wieder mit ihrer absoluten Mehrheit keine Diskussion zugelassen, sondern einfach alles abgelehnt.

Die Frage im Bundestag wird heute entschieden. Die Frage in den Ländern ist unterschiedlich. In der Verfassung von Nordrhein-Westfalen steht, daß Befragungen des Volkes über Gegenstände der Landesgesetzgebung zulässig sind.<sup>37</sup> Damit ist ausdrücklich etwas ausgesprochen, worauf sich die Volksbefragung beziehen kann. Schwierig ist die Rechtslage, die gegenüber den Gemeinden besteht. Nach der Konstruktion des Grundgesetzes gibt es keine unmittelbaren Beziehungen zwischen dem Bund und den Gemeinden. Es müßten irgendwelche Beziehungen hergestellt werden. Die Beziehungen auf dem Verwaltungswege herzustellen, geht nur über eine konstruierte oder geschaffene Stelle bei der Landesregierung. Das wäre in diesem Falle der Innenminister, der als kommunale Aufsichtsbehörde darüber zu wachen hat, daß in den Kommunen keinerlei Beschlüsse gefaßt werden, die gegen die geltenden Gesetze verstoßen. Wir haben leider den Zustand, daß die in Frage kommenden Innenminister SPD-Leute sind. Herr Schröder müßte gleich

---

35 Ernst Scharnowski (1896–1985), Schlosser, Gewerkschaftsangestellter; 1957–1961 MdB (SPD), 1963–1967 MdA Berlin.

36 Wermelskirchen: Stadt im Rheinisch-Bergischen Kreis (NW). Dem Antrag der Fraktion der FSU, eine Volksbefragung über die Atombewaffnung durchzuführen, stimmte der Rat der Stadt am 15. April 1958 gegen die Stimmen der CDU zu (Stadtarchiv Wermelskirchen, Bestands-Nr. 2-P1-16).

37 Vgl. Art. 68 der nordrhein-westfälischen Landesverfassung. Handbuch des Landtags Nordrhein-Westfalen 3. WP S. 105.

ergänzen, was dem Innenminister Schneider<sup>38</sup> in Hessen erklärt worden ist. Ich habe gelesen, es sei erklärt worden, es geschehe nichts. Wenn der Innenminister nicht eingreift, müßte die Bundesregierung gegen die Landesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht vorgehen. Ich weiß nicht, ob es richtig ist, mit Kanonen nach Spatzen zu schießen, d.h. ein starkes Mittel anzuwenden und ein Gesetz über Volksbefragungen einzubringen, die im Grundgesetz nicht vorgesehen sind, oder – und darauf bezog sich meine Bemerkung mit den Spatzen – ob wir notfalls gegen eines dieser Länder den Bundeszwang ausüben, weil es seiner verfassungsmäßigen Verpflichtung nicht nachkommt. Diesen Zwang sieht die Verfassung als eines der letzten Mittel vor. Man sieht also, wie ernst die Zustände heute sind.

Was wir an Mitteln gegen die Volksbefragung anwenden können, ist unterschiedlich. Es müßte also genau überlegt werden. Die Bundesregierung hat sich bereits entschlossen, in den nächsten Tagen einen Aufruf „Gegen den Atomtod in der ganzen Welt“ zu erlassen, und zwar mit der Unterschrift sämtlicher Bundesminister. Das ist der erste Schritt, den die Bundesregierung beschlossen hat; ich weiß nicht, welche weiteren folgen werden.

Wir müssen nun für unsere Partei darüber schlüssig werden, wie wir argumentieren. Der Möglichkeiten sind viele. Sie beginnen beim „Lächerlichen“, das ja bekanntlich zu töten pflegt. Ich denke hierbei an die Karikatur in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.<sup>39</sup> Wir sollten überlegen, ob wir hier nicht die Urheberrechte erwerben können. (Fay: Ich habe schon hingeschrieben!) Sie hören auf mit ernststen politischen Auseinandersetzungen.

Wenn man genau hinsieht, stellt man fest, daß die Volksbefragungsanträge der SPD zwei Wurzeln haben. Die eine Wurzel ist die, Angst unter der Bevölkerung zu verbreiten. Herr Rasner<sup>40</sup>, der Geschäftsführer der CDU-Fraktion, hat das vor einiger Zeit vor der Presse klargelegt, indem er das Gesetz, das Adolf Hitler damals bezüglich der Volksbefragung erlassen hatte<sup>41</sup>, aus der Versenkung herausgeholt hat. Die andere Wurzel entstammt dem kommunistischen Bereich. Wir haben das bisher propagandistisch noch nicht verwertet. Wir haben zuverlässig Kenntnis davon, daß seit dem Herbst des vorigen Jahres die Kommunisten, da auch für sie die Bundestagswahl verloren war, die Parole haben: Gegen den Atomtod. Es ist nicht so, daß die Idee einer solchen Volksbefragung originär bei der SPD entstanden ist, sondern dieser Weg führt von Moskau über Pankow nach Bonn.

---

38 Heinrich Schneider (1905–1980), Maurer; 1946–1971 MdL Hessen (SPD, 1954–1955 Fraktionsvorsitzender), 1955–1969 hessischer Innenminister, ab 1959 stv. Ministerpräsident.

39 Vgl. FAZ vom 23. April (Karikatur zu Adenauer) und 24. April 1958 (Karikatur zu Ollenhauer unter der Überschrift: „Meinungsforschung: Seid ihr gegen den Atomtod? Seid ihr gegen den konventionellen Tod? Seid ihr überhaupt gegen den Tod?“).

40 Will Rasner (1920–1971), 1953–1971 MdB (CDU, ab 1955 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 763 Anm. 65.

41 Gesetz über Volksabstimmung. Vom 14. Juli 1933 – RGBl. I 81.

Deswegen müssen wir uns überlegen, ob wir nicht einmal die Zitate zusammenstellen sollen, die die Sowjets über NATO, Atomfragen und Volksbefragung, die die SED über NATO, Atomfragen und Volksbefragung und die die SPD über NATO, Atomfragen und Volksbefragung ausgeführt haben. Es dürfte sich auch empfehlen, eine Zusammenstellung der sozialistischen Stimmen des Auslandes vorzunehmen.

Der Herr Bundeskanzler hatte zu Anfang der Woche die Vorsitzenden der beiden Bruder- und Schwesterparteien aus Holland hier, nämlich der Katholischen Volkspartei und der Antirevolutionären Evangelischen Partei.<sup>42</sup> Das Gespräch kam auch auf dieses Thema. Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, daß man Sozialisten finde, die den Standpunkt der Bundesregierung teilten, nur finde man keinen in der SPD. Wir haben das Merkwürdige zu verzeichnen, daß ein holländischer Sozialist im „Rheinischen Merkur“ mit seiner Rede veröffentlicht werden kann<sup>43</sup>, weil sich der Inhalt haarscharf mit dem deckt, was der „Rheinische Merkur“ in seiner Stellungnahme zugunsten der Bundesregierung zu vertreten pflegt.

In den letzten Tagen war Henri Spaak hier zu Besuch.<sup>44</sup> Er hat in der Universität eine Rede gehalten und dabei den gleichen Standpunkt vertreten, den auch wir vertreten. Er mag deswegen vielleicht nicht mehr so angesehen sein in seinem Vaterland, aber in der Welt hat er Weltgeltung erlangt. Herr Pittermann hat ähnliche Worte in der Österreichischen Volkspartei ausgesprochen.

Schwieriger scheint mir zu sein, eine Gegenbewegung von Größen des Geisteslebens zu veranstalten. Es ist eigenartig, daß die Radikalen, die sich auf den Standpunkt der SPD stellen, unterschrittsbegeistert sind, daß aber die anderen, die unseren Standpunkt vertreten, kaum zu bewegen sind, unter eine gemeinsame Sammlung von Unterschriften ihren Namen zu setzen. Gestern sagte mir Professor Jordan<sup>45</sup>, er glaube allerdings, daß eine solche Aktion Erfolg haben könne.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf das Buch von King-Hall<sup>46</sup> verweisen, namentlich auf das, was sich das kleine Fritzchen vorstellt, wenn er sich vom Kommunismus überrollen läßt. Vielleicht ist es möglich, aus Mitteln der aufklärenden Propaganda des Bundes eine Übersetzung des Buches zu besorgen. Es ist auch zu

---

42 Am Montag, dem 21. April 1958, Wiert Berghuis (Antirevolutionäre Evangelische Partei) und Henri Willem van Doorn (Katholische Volkspartei). Vgl. TERMINKALENDER.

43 Alfred Mozer (internationaler Sekretär der holländischen „Partei der Arbeit“): „Droht ein neues Jalta?“ Eine Analyse der sowjetischen Machtpolitik, in: „Rheinischer Merkur“ vom 18. April 1958.

44 Spaak traf am 22. April 1958 in Bonn ein und stattete in seiner Eigenschaft als Generalsekretär der NATO zunächst Adenauer und dann – noch am selben Tag – Heuss einen Besuch ab. Vgl. „Die Welt“ vom 22. April 1958: „Spaak beim Bundeskanzler“. Vgl. auch UiD Nr. 18 vom 30. April 1958.

45 Dr. Pascual Jordan (1902–1980), Physiker, Universitätsprofessor; 1957–1961 MdB (CDU).

46 Baron (William Richard) Stephen King-Hall (1893–1966), britischer Publizist; Marineoffizier und Unterhausabgeordneter (Independent National member of Parliament). – Zu seinem Buch (Defence in the Nuclear Age, London 1959, dt.: Verteidigung im Atomzeitalter) vgl. auch UiD Nr. 12 vom 20. März 1958 und ebd. Nr. 14 vom 3. April 1958.

überlegen, ob wir mit Methoden, die wir bei der Bundestagswahl angewendet haben, mit Lautsprecheranlagen usw., der Atomtod-Bewegung entgegentreten sollen. Man würde dies nicht gleichmäßig für alle Teile der Bundesrepublik machen können. In den großen Städten müßte man anders vorgehen als auf dem Lande.

Diese Frage hängt auch damit zusammen, ob die Bewegung im Abflauen ist oder ob sie weitergeht. Wir müssen uns bemühen, zugkräftige Slogans gegen diese Bewegung zu finden. Ich finde den Slogan, den die Bundesregierung über ihren Aufruf gesetzt hat, „Gegen den Atomtod in der ganzen Welt“ mit dem Anfang und mit dem Ende gut; denn der Anfang macht sich den vertrauten Slogan der Anti-Atomtod-Kampagne zu eigen, und der Schluß knüpft an unsere Forderung an. Man könnte auch sagen: Vor dem Atomtod schützt die NATO, oder, wenn man das „gegen“ an die Spitze stellen will, „gegen den Atomtod schützt die NATO“, oder „für eine Abrüstung“, oder auch „Friede und Freiheit“ wäre eine Parole, die die Bundesregierung vertreten könnte. (Altmeier: Das machen die Gewerkschaften am 1. Mai!) Ich habe von Herrn Tacke<sup>47</sup> gehört, daß die Rededisposition der Gewerkschaften zum 1. Mai – die auch der Bundesgeschäftsstelle vorliegt – eine allgemeine Disposition gegen den Krieg, für den Frieden, die Freiheit und den Wohlstand ist. Herr Tacke hat mir nicht verschweigen können, daß sich je nach der Einstellung des Redners allerhand daraus machen ließe, auch im Sinne der Anti-Atomtod-Kampagne.

Wenn wir heute den Gesetzentwurf der SPD nicht endgültig ablehnen, dann haben wir den DGB auch insofern noch zu einer Mäßigung veranlaßt, daß er nicht sagen kann: Die haben von ihrer Mehrheit rücksichtslos Gebrauch gemacht und die Befragung des Volkes abgelehnt. Man muß warten, was herauskommt.

Wir von der Bundesgeschäftsstelle haben den Rednerdienst<sup>48</sup> Ende März in Höhe von 30.000 Exemplaren versandt. Es wird jetzt mit Billigung der Landesverbände ein Flugblatt in Höhe von 3,5 Millionen herauskommen. In den nächsten Tagen wird ein ausführlicher Rednerdienst über die außenpolitische Situation einschließlich der Atomtodfrage und der Wiedervereinigung verteilt. Heute haben wir Ihnen das neue Exemplar der „Union in Deutschland“ vorgelegt, das in einer Auflage von 19.000 in der Bundesrepublik verteilt wird.

Das sind die Maßnahmen, die bisher getroffen worden sind. Über weitere Maßnahmen müssen wir uns heute hier schlüssig werden, da unsere Parteifreunde im Land ungeduldig werden. Dazu gehört, daß wir unsere Bemühungen koordinieren, daß nicht jeder für sich allein kämpft.

Es hat sich bei den Wahlen immer herausgestellt, daß wir viel mehr erreichen, wenn wir zusammenstehen und gemeinsam kämpfen, als wenn jeder für sich allein im Raume wirkt. Außerdem birgt ein solches Vorgehen auch die Gefahr in sich,

---

47 Bernhard Tacke (geb. 1907), christlicher Gewerkschafter; Mitbegründer der CDU in Mönchengladbach, 1956–1972 stv. Vorsitzender des DGB.

48 Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands (Hrsg.): Es geht um Frieden und Freiheit (Rednerdienst Nr. 1/58), Druck o.O. April 1958; Flugblätter in ACDP-PRESSEDOKUMENTATION.

daß die Maßnahmen einander widersprechen. Deshalb wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie das, was ich nur lückenhaft und in Stichworten hier geschildert habe, noch in der Richtung ergänzten, ob nach Ihren Feststellungen bei Ihnen im Lande die Bewegung ansteigt, stagniert oder absinkt. Im Taktischen werden sicherlich wichtige Entschlüsse davon abhängen, ob wir ein richtiges Bild der Lage haben. Die Lagebeurteilung ist auch beim Militär immer die Voraussetzung dafür, daß man die richtigen Maßnahmen anwendet.

Ich wäre Ihnen nun sehr dankbar, wenn Sie insofern das, was ich nur kurz skizzieren konnte, ergänzten, damit wir zu einer richtigen Beurteilung der Lage kommen.

*Adenauer:* Darf ich mir zunächst erlauben, einige Ergänzungen zu machen und in einem Punkt dem Herrn Kollegen Meyers zu widersprechen. Zunächst möchte ich vorschlagen, daß wir die Rechtsfrage hier ausschalten. (*Zuruf:* Sehr richtig.) Das kann man an einem so großen Tisch nicht tun. Die Rechtsfrage ist geklärt. Herr Schröder hat das gestern nach meiner Meinung sehr gut ausgeführt.<sup>49</sup> Die Rechtsfrage ist also absolut klar. Deswegen würde ich es für einen schweren Fehler halten, etwa einen Gesetzentwurf jetzt einzubringen, wonach dieses Vorgehen für verfassungswidrig erklärt wird. Das ist nicht mehr nötig. Wir würden unsere Stellung beim Bundesverfassungsgericht absolut schädigen, wenn wir jetzt einen Gesetzentwurf einbrächten. (*Meyers:* Ich will nur eine Bestrafung des Herrn Brauer erreichen.) Was gilt mir eine Bestrafung des Herrn Brauer! Darauf lege ich keinen Wert.

Ich möchte nun ein Wort zu den Gewerkschaften sagen. In den Gewerkschaften geht die Sache offenbar hin und her. Sie können in dem Gewerkschaftsblatt einen Artikel des Herrn Reuter<sup>50</sup> gegen mich lesen, der eine Gemeinheit ist von oben bis unten. Ich werde dem Herrn Richter<sup>51</sup> schreiben, daß ich mich wegen dieses Artikels persönlich tief verletzt fühle. Der Artikel hat im wesentlichen zum Inhalt, daß man festzustellen versucht, ob ich überhaupt ein Gewissen habe. Stellen Sie sich vor, so etwas würde einer von uns über Herrn Reuter, Herrn Richter oder Herrn Ollenhauer schreiben. Dann möchte ich mal das Geschrei hören. (*Weber:* Und was tun unsre Leute in den Gewerkschaften dagegen? Das ist doch unerhört.) Das kann ich Ihnen nicht sagen. Aber dieser Artikel ist eine Unverschämtheit sondergleichen. (*Arnold:* Wo steht das?) In der „Welt der Arbeit“.

---

49 Ausführungen Schröders im Bundestag vom 24. April 1958 in Sten.Ber. 3. WP Bd. 40 S. 1430–1433.

50 Georg Reuter: „Die Verantwortung des Kanzlers“, in: „Welt der Arbeit“ vom 4. April 1958. – Georg Reuter (1902–1969), 1949–1959 stv. Vorsitzender des DGB. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 44 Anm. 123.

51 Willi Richter (1894–1972), Gewerkschafter; 1949–1957 MdB (SPD, Vorsitzender des Bundestagsausschusses Sozialpolitik), 1956–1962 Vorsitzender des DGB. Vgl. Gerhard BEIER: Willi Richter. Ein Leben für die soziale Neuordnung. Köln 1978.

Meine Freunde! Wir sollten uns nicht so sehr den Kopf darüber zerbrechen, ob die Bewegung abflaut oder ansteigt. Bei jeder Bewegung ist es so, daß zunächst ein Anstoß gegeben wird. Dann kommt eine gewisse Ruhepause, und nun wird ein neuer Stoß gegeben. Man kann aber nicht vier Tage lang nur stoßen. Nach meinen Wahrnehmungen hat der Anstoß in der Bevölkerung doch gewirkt. Ich habe bisher noch niemals bei irgendeiner Aktion so viele Zuschriften aus der CDU erhalten, die Bedenken äußerten gegen den Kurs. Noch niemals! Wir haben doch, verehrter Herr Meyers, vor uns die Landtagswahlen. Es ist totensicher, daß diese Frage bei den Landtagswahlen eine entscheidende Rolle spielen wird. Ich kann nur wiederholen, was ich eben gesagt habe, womit wollen denn die Sozialdemokraten den Landtagswahlkampf führen, wenn sie jetzt auf diese Geschichte verzichten. Sie haben eben die Karikatur aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ angeführt.<sup>52</sup> Ich nehme an, daß Sie auch das vierte Bild gesehen haben: „Wollt Ihr mich zum Bundeskanzler haben?“ Das ist doch der Zweck der ganzen Agitation. Ich bin daher der Auffassung, wir sollten uns nicht lange damit aufhalten, daß wir sagen, bei uns läßt es nach, oder bei uns wird es stärker. Es wird kommen! Verlassen Sie sich darauf, daß es ganz bestimmt kommen wird! Wir müssen also unter allen Umständen etwas tun.

Das ist mir auch sehr klargeworden in der CDU-Fraktion des Landtags von Nordrhein-Westfalen am letzten Montag, als unsere Leute etwas von uns wissen und hören wollten, nachdem die Sozialdemokraten mit diesen Anträgen gekommen sind. Ich möchte noch einmal unterstreichen: Denken Sie bitte daran, daß Herr Ollenhauer ganz glatt den Generalstreik als politisches Kampfmittel bezeichnet hat. Wir müssen uns daher gegen diese große Gefahr, die im Laufe der Zeit auf uns zukommen kann, von Anfang an wehren. Ähnlich steht die Sache – das ist noch nicht so bekanntgeworden – in Bremen. In Bremen ist unsere Partei in der Regierung.<sup>53</sup> Die Sozialdemokratie hat beschlossen, dort diese Volksbefragung durchzuführen. Es fragt sich, was wird die CDU in Bremen in der Regierungskoalition daraufhin tun. Wird sie das stillschweigend einstecken, oder was wird sie tun? Es handelt sich hierbei nicht etwa um eine Frage eines einzelnen oder eines einzelnen Stadtstaates, sondern es handelt sich um eine Frage von ganz großer staatspolitischer Bedeutung, von einer Frage, die die gesamte Partei angeht. Das müssen wir uns immer wieder vor Augen halten.

Sie wissen, daß ich die Dinge nicht gerne übertreibe, aber ich muß Ihnen sagen, wer sehenden Auges die Entwicklung der Sozialdemokratie im Bundestag verfolgt hat, wer diese vier Tage im Bundestag mitgemacht hat, und wer sich jetzt diesen Gesetzentwurf einmal ruhig durch den Kopf gehen läßt, der kommt doch zu dem Ergebnis, daß die Sozialdemokratie bewußt und gewollt den Weg geht, der von

---

<sup>52</sup> FAZ vom 24. April 1958. Vgl. Anm. 39.

<sup>53</sup> In der 4. Wahlperiode der Bremer Bürgerschaft 1955–1959 gab es – wie schon in der Wahlperiode zuvor – eine „Große Koalition“ aus SPD, CDU und FDP. Vgl. FISCHER I S. 452f. und ADAMIETZ S. 303.

der Verfassung wegführt. Und das ist eine sehr ernste Angelegenheit. Ich möchte wünschen, daß unser Verhalten auch diejenigen Mitglieder der Sozialdemokratie, die im Herzen anders denken, ermutigen wird, Einhalt zu bieten. Wenn wir so weiter fortfahren, dann, das muß ich Ihnen ehrlich sagen, läuft die Bundesrepublik, die noch lange nicht auf festem Boden steht, die schwerste Gefahr; die Gefahr ist außerordentlich groß, wenn sich die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften neben die Verfassung stellen und Wege außerhalb der Verfassung einschlagen. In Großbritannien ist das wirklich anders. Gestern hat mir Herr Menzel<sup>54</sup> einiges vorgehalten. Er hat eine Virtuosität, Dinge nur halb zu zitieren. Herr Schröder hat ihm schon darauf geantwortet.

Als ich in London war, fand eine relativ harmlose Demonstration vor der Deutschen Botschaft statt, wobei Schilder mit der Aufschrift getragen wurden „Keine Atombombe für Chruschtschow“, „Keine Atombombe für Eisenhower“, „Keine Atombombe für Macmillan“ und „Keine Atombombe für Adenauer“. Daraufhin habe ich die Herren zu mir gebeten – es regnete gerade – und habe ihnen gesagt: Was Sie da sagen, entspricht völlig meiner Überzeugung; darf ich Sie bitten, Ihre Schilder mal wegzustellen und eine Tasse Tee mit mir zu trinken. Das haben die auch getan. (*Heiterkeit.* – *Blumenfeld:* Würde das auch hier möglich sein?) Nein! Das ist es ja eben! Wenn ich dann später aus der Deutschen Botschaft herausging zu irgendeiner Veranstaltung, winkten sie mir freundlich zu, weil sie in mir jemanden sahen, der genauso denkt, wie sie denken. Das ist eine vernünftige Opposition! (*Lebhafte Heiterkeit.*) Es waren auch sogenannte Intellektuelle dabei. Ich habe ein langes Gespräch mit dem Schattenkabinett gehabt. Ich bin nicht befugt, darüber etwas zu sagen, aber ich war mit dem Ausgang sehr zufrieden, auch wenn Beschlüsse von der Labour Party, mit denen man nicht so zufrieden sein kann, bekannt werden. Macmillan sagte, wenn die siegen sollten, seien Sie die ersten Monate ruhig, und dann warten Sie ab, wie es kommen wird. Aber, meine Freunde, bei uns ist das alles ganz anders. Bei uns kann man nur sagen: Alarm.

Wir müssen die vernünftigen Leute bei uns – und im deutschen Volke sind die vernünftigen Leute in der Mehrzahl – wachmachen. Heute früh war an meinem Hause ein junger Bergmann, der sagte mir zu dieser ganzen Geschichte – ich weiß nicht, ob er ein CDU-Mann ist –, das wäre genauso, als wenn eine deutsche Fußballmannschaft gegen eine russische antreten sollte ohne Schuhe, nur mit bloßen Füßen. Das war ein Vergleich aus der Gesichtswelt dieses Mannes. Aber der Vergleich war gar nicht schlecht. Wenn ich mir vorstelle, daß eine deutsche Fußballmannschaft ohne Schuhe mit bloßen Füßen gegen eine sowjetrussische Fußballmannschaft, die solche Klumpen an den Füßen hat, antritt, dann ist doch das Spiel von vornherein für sie verloren. Ich bin der Auffassung, wir müssen unserer Bevölkerung klarmachen, daß man keine Vogel-Strauß-Politik treiben darf und daß die Politik die einzig richtige ist, dafür

---

<sup>54</sup> Dr. Walter Menzel (1901–1963), 1949–1963 MdB (Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 174 Anm. 12.

einzutreten, daß unter allgemeiner Kontrolle sämtliche nuklearen Waffen abgeschafft und die konventionellen Waffen beschränkt werden. Das allein kann der Welt Ruhe und Frieden geben.

Nun zu den Intellektuellen! Ich will niemandem zu nahe treten, der sich für intellektuell hält. Das mag jeder tun und lassen, wie er will. Auch in Großbritannien ist „intellektuell“ sehr in Verruf gekommen. Das habe ich dort jedenfalls gehört. Ich bin davon in Kenntnis gesetzt worden, daß die Göttinger Herren<sup>55</sup> ein neues Manifest in diesem Monat loslassen. Ich weiß nicht, ob es schon da ist. Man hat mir im voraus eine Abschrift geschickt. Das alles kommt also wieder hoch, und dabei stehen die Landtagswahlen vor der Tür. Deswegen müssen wir einig und geschlossen sein und alles tun, was wir tun können, um diese emotionale Geschichte aufzufangen und unser Volk zu beruhigen. (*Starker Beifall.*)

*Blumenfeld:* Zunächst darf ich dem Herrn Vorsitzenden für die freundlichen Begrüßungsworte danken. Ich wäre nun nicht so vermessen, gleich in der ersten Sitzung das Wort zu ergreifen, wenn ich nicht direkt angesprochen worden wäre im Hinblick auf die Hamburger Ereignisse. Ich bin in vielen Dingen mit Ihnen völlig einer Meinung, aber ich muß einiges richtigstellen. Die Hamburger Aktion der SPD war eine Kundgebung dieses Ausschusses gegen den Atomtod. Dieser Ausschuß versucht sich zu firmieren als eine Volksbewegung. Es war unsere Aufgabe als politische Partei, der Hamburger Bevölkerung und darüber hinaus dem ganzen Bundesgebiet darzutun, daß es sich bei dieser Großkundgebung nicht um eine Volksbewegung, sondern um eine reine SPD-Aktion handelte. Ich meine, das ist uns auch gelungen. Dies ist aber nicht allein unser Verdienst, sondern es beruht auch auf einem Fehler, den die SPD begangen hat. Sie haben der Hamburger CDU vorgeworfen, sie verwechselte Politik mit Verkehrspolitik. Ich darf Ihnen sagen, daß diese Kundgebung nicht verhindert werden konnte. Es wird von uns aus auch nicht gewünscht, daß Kundgebungen als legitime Mittel verboten sind; nur dürfen sie nicht in das verfassungsrechtliche Gebiet eingreifen und die persönliche Freiheit des Staatsbürgers beeinträchtigen. Sie dürfen also nicht durch den Mißbrauch der Staatsgewalt zu einer gefährlichen Entwicklung führen. Und hier haben wir eingesetzt.

Herr Brauer, der Bürgermeister, ist gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der Verkehrsbetriebe. Er hat diese Verkehrsbetriebe mißbraucht, indem er eine völlige Verkehrsruhe angeordnet hat in einer Zeit, wo die Kundgebung stattfand, und zwar nicht nur für den engeren Bezirk der Kundgebung, sondern für das Gebiet der gesamten Hansestadt und darüber hinaus für die Verbindungsmöglichkeiten nach Niedersachsen und Schleswig-Holstein, soweit sie damit im Zusammenhang standen. Das ist eine verkehrspolitische Maßnahme, aber es ist von ungeheurer

---

55 Führende deutsche Atomwissenschaftler, die die sog. „Göttinger Erklärung“ (gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr) vom 12. April 1957 unterzeichnet hatten. Text des Aufrufs und Namen der Unterzeichner in AdG 1957 S. 6385. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1224 Anm. 4, S. 1231f.

großer Bedeutung, daß die Bevölkerung am eigenen Leibe gespürt hat, was ein Mißbrauch der Staatsgewalt bedeutet und was es bedeutet, eine solche Sache in den Ländern unter eine parteipolitische Kundgebung zu stellen. Die Polizei hat einen moralischen Druck ausgeübt, und aus der Anordnung ist ein Marschbefehl geworden. Wir wollen mit ihnen erörtern, ob im Zusammenhang mit dieser Aktion ein Untersuchungsausschuß in der Hamburger Bürgerschaft eingesetzt werden kann, um diese ganzen Dinge klarzulegen vor der Bevölkerung, wohin es führt, wenn man mit der politischen Macht Mißbrauch treibt.

Ich würde bitten, Herr Bundeskanzler, daß Sie sich in Zukunft entweder von dem Landesverband Hamburg über solche Dinge direkt und eingehend unterrichten lassen oder auch Hamburger Zeitungen zu Rate ziehen; denn in der Pressekonferenz, die Dr. Dietrich<sup>56</sup> abgehalten hat, ist sehr eindeutig unsere politische Haltung und Einstellung zu dieser Kundgebung klargelegt worden. Nichts gegen die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“<sup>57</sup>, die hierüber einen kurzen Bericht gebracht hat, aber Sie wissen ja, wie oft die Nachrichten gekürzt und damit mißverständlich oder gar falsch wiedergegeben werden. Der von der CDU eingebrachte Antrag hatte nicht den Sinn, eine Atomdebatte in der Hamburger Bürgerschaft zu entfesseln oder zur Volksbefragung Stellung zu nehmen, sondern nur den Zweck, einmal klarzulegen, wie die SPD über ihr Ziel hinausgeschossen ist. Ich bin der Auffassung, daß wir vor der Bevölkerung ein Plus haben im taktischen politischen Vorgehen. Das Gesetz über die Volksbefragung wird zweifellos von der SPD in der Hamburger Bürgerschaft eingebracht werden.

Das werden wir nicht verhindern können, weil sie dort die absolute Mehrheit hat. Wir sind der Meinung, daß wir mit einer Verfassungsklage nicht das Hamburger Verfassungsgericht in Bewegung setzen sollten, sondern wir sollten in den Ländern eine politische Antwort auf diese Aktion geben und nicht eine verfassungsrechtliche Belehrung der Bevölkerung, die sie sowieso nicht verstehen wird. Die Bundesregierung sollte aber durch eine Normenkontrollklage oder durch eine einstweilige Verfügung vorgehen; denn dann wird die Volksbefragungsaktion ausgesetzt und wir haben z.Z. gewonnen. Sonst werden diese Volksbefragungsaktionen, ob sie nun mehr oder weniger abflauen oder nicht, doch fortgesetzt werden. Im übrigen meine ich, hätte eine solche Volksbefragung, wenn sie durchgeführt würde, abgesehen von verfassungsrechtlichen Bedenken, keine so furchtbar schwerwiegenden Folgen; denn wir brauchen keine große Angst zu haben, die Bevölkerung in dieser Hinsicht zu befragen. Ich bin der Auffassung, daß die SPD bei einer solchen Befragung eine große Überraschung erleben würde. (*Adenauer*: Das kommt auf die Fragestellung an.) Das haben wir ja in der Hand. Was wir brauchen, ist eine Regierungserklärung von der Bundesregierung, die in allen Einzelheiten den Sachverhalt klarstellt. Der

---

56 Nicht zu ermitteln. – Möglicherweise gemeint Dr. Rupprecht Dittmar, vgl. Nr. 11 Anm. 38, oder Conrad Wilhelm Dietsch (1897–1969), vgl. PROTOKOLLE 1 S. 40 Anm. 5.

57 „Nachspiel in Hamburg“ (FAZ vom 22. April 1958) sowie „Sieveking wünscht gemeinsame Maßnahmen“ (FAZ vom 25. April 1958).

Eindruck der Bevölkerung ist zumindest äußerlich unsicher und unklar. Sie weiß nicht, woran sie ist. Es wird immer wieder gesagt: Wir haben keine klare Antwort von der Bundesregierung bekommen, wir sind nicht genügend unterrichtet.

Daher habe ich die dringende Bitte, die Landesvorsitzenden und die Landesverbände bei so entscheidenden Fragen, die uns alle angehen, mit entsprechenden Unterlagen und Argumenten zu versorgen und, wenn eben möglich, sie vorher auch zu Rate zu ziehen und nicht erst dann, wenn die Dinge soweit fortgeschritten sind, daß wir uns überlegen müssen, wie können wir sie überhaupt noch zum Stillstand bringen. Ich möchte also darum bitten, daß wir früher als bisher zu solch wichtigen Dingen zur Beratung herangezogen werden. Es gibt hier nur eine Antwort, nämlich die der Bundesregierung, der wir als politische Gepäckträger die Stoßkraft verleihen. Vielleicht ergibt sich etwas aus dem Gespräch mit Mikojan, Herr Bundeskanzler, was Sie hinsichtlich der Innenpolitik gegenüber der Bevölkerung ausführen können, um diese Stagnation zu überwinden. Ich deute das nur an. Wir müssen also zum mindesten die Frage politisch beantworten und nicht nur auf dem Verfassungs- oder Rechtswege.

*Adenauer:* Ich danke Herrn Blumenfeld für die Aufklärung, die er über die Vorgänge in der Hamburger Bürgerschaft gegeben hat. Nun hat sich auch Herr Sieveking zum Wort gemeldet. Ich darf aber zunächst auf Ihre Ausführungen zurückkommen. Die Bundesregierung hat zu Anfang der vorigen Woche einen Beschluß gefaßt, der auch veröffentlicht worden ist<sup>58</sup>, wonach diese Volksbefragung verfassungswidrig ist. Das ist zunächst für die Bundesregierung von größter Bedeutung. Es wird noch vor dem 1. Mai in der ganzen Bundesrepublik dieser Beschluß – Herr Gerstenmaier hat es schon gesagt – plakatiert sein. Das zunächst zur verfassungsrechtlichen Frage!

Zur materiellen Frage, Herr Blumenfeld, haben eigentlich die Bundestagsverhandlungen und alles das, was gesagt worden ist, jede Aufklärung gegeben. Ich darf es in wenigen Sätzen noch einmal zusammenfassen. Der Sputnik I<sup>59</sup> hat der Welt den Beweis geliefert, daß die Russen die interkontinentalen Raketen, wenn auch vielleicht zunächst in einem ersten Typ, konstruiert haben. Daraufhin ist im Dezember die NATO-Ratsversammlung<sup>60</sup> gewesen. Dort ist der Beschluß gefaßt worden, daß die bisherige Konzeption der NATO von SHAPE unter diesem Gesichtspunkt nachgeprüft werden solle. Es ist weiter beschlossen worden, daß eine sich als notwendig erweisende neue Konzeption zunächst von den Militärs der NATO-Staaten nachgeprüft wird, dann von den Verteidigungsministern und anschließend in Kopenhagen am 7. oder 8. Mai von den Außenministern.<sup>61</sup> Dann geht die ganze Sache an die NATO-Regierungen. Herr Spaak hat, worauf Herr Meyers schon hingewiesen hat, hier eine Rede gehalten; ich habe sie nicht gehört. Aber nach allem, was ich

---

<sup>58</sup> BULLETIN vom 16. April 1958 S. 669.

<sup>59</sup> Vgl. Nr. 2 Anm. 73.

<sup>60</sup> Vom 16. bis 19. Dezember 1957 in Paris. AdG 1957 S. 6800–6805.

<sup>61</sup> Vom 5. bis 7. Mai 1958. AdG 1958 S. 7048f.

darüber gehört habe, eine ganz ausgezeichnete Rede. Er hat in dieser Rede vor einer interparlamentarischen Versammlung hier in Bonn gesagt, die ganzen NATO-Truppen müßten einheitlich bewaffnet sein. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Ich würde auch sagen, dann lassen wir überhaupt lieber die Waffen strecken, als daß wir unsere Truppen schlechter bewaffnen; denn sie würden im Falle eines Angriffs von der anderen Seite die erste Beute der Russen sein. Was bisher geschehen ist – ich gebe Ihnen recht, Herr Blumenfeld –, ist in der Presse nicht so klar zum Ausdruck gekommen, wie es hätte zum Ausdruck kommen müssen. (*Wuermeling*: Vor allen Dingen in unserer Presse!) Es sind gekauft worden sechs dieser sogenannten Matadore<sup>62</sup>, die in den Vereinigten Staaten stehen und auch dort bleiben. An diesen Matadoren werden deutsche Truppen ausgebildet. Die Ausbildung dauert 18 bis 24 Monate. Es ist also, wenn in der Zwischenzeit keine Vereinbarung über eine kontrollierte Abrüstung herbeigeführt werden sollte, erst in etwa zwei Jahren überhaupt daran zu denken, daß irgendwelche Abschußgeräte in die Bundesrepublik kommen. Es ist so, daß diese Raketen oder deren nukleare Köpfe Eigentum der Amerikaner bleiben – sie bleiben auch unter Verschuß der Amerikaner – und daß sie nur verwendet werden können mit Zustimmung von SHAPE, der NATO und Amerikas. Das ist überall gesagt worden. Vielleicht ist aber eines nicht genügend gesagt worden, Herr Blumenfeld, daß man von vornherein eine kontrollierte nukleare Abrüstung torpediert; denn der Russe fürchtet tatsächlich nur die Amerikaner und uns. Er fürchtet nicht die Franzosen, nicht die Italiener und auch nicht die Engländer; aber unsere Truppen fürchtet er.

Wenn jetzt vor einer Gipfelkonferenz der Beschluß gefaßt worden wäre, die deutsche Bundeswehr wird niemals mit nuklearen Waffen ausgerüstet, dann würden die Sowjets eine nukleare Abrüstung restlos ablehnen. Die Amerikaner würden dann – das ist uns unmißverständlich zu verstehen gegeben worden – Europa mit ihren Truppen verlassen. Und das wäre das Ende von Europa. Ich gebe zu, daß diese Zusammenhänge in einfacher und klarer Form bei den viertägigen Verhandlungen im Bundestag zum großen Teil untergegangen sind.

Ich erinnere Sie an die Reden von Schmidt (Hamburg)<sup>63</sup> usw., wo die Diskussion ein außerordentlich tiefes Niveau erreichte. Daher müssen wir an alle ernsthaften Leute im Lande diese Aufklärung, wie ich sie eben darzustellen versucht habe, gelangen lassen, und zwar möglichst in sehr wenigen, aber sehr klaren Sätzen. Sonst wird es überhaupt nicht gelesen, geschweige denn verstanden. Darin haben Sie also recht.

Es würde auch, Herr Meyers, unsere Aufgabe sein, uns nicht nur dem Wirken der Sozialdemokraten gegen die Verfassung zur Wehr zu setzen, sondern auch unsere

---

62 Matador: unbemannte Kurzstreckenflugkörper. Zum Kauf dieser Flugkörper vgl. BULLETIN vom 24. April 1958, S. 737f.

63 Helmut Schmidt (geb. 1918), 1953–1962 und 1965–1987 MdB (SPD), 1974–1982 Bundeskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 947 Anm. 54. – Zur Rede von Schmidt vgl. Bundestagsdebatte zum Verteidigungshaushalt am 23. April 1958 (Sten.Ber. 3. WP Bd. 40 S. 1279–1359, hier: 1293–1295.)

Bevölkerung darüber aufzuklären, wie es jetzt wirklich ist und was beabsichtigt ist, was nach meiner Meinung ein Mittel ist, um zur Abrüstung zu kommen, während der andere Beschluß, wie ihn die Sozialdemokratie will, geradezu eine Prämie für die Russen im Kalten Kriege ist. Man hatte nachher im Bundestag den Kopf und die Ohren so voll, daß man nicht weiß, Herr Kollege Krone, ob das alles so klar gesagt worden ist, daß das ein Erfolg der Russen im Kalten Kriege sei. (*Arnold: Gestern!*) Aber damals in der viertägigen Debatte ist das alles etwas untergegangen. Wenn Sie diese vier schrecklichen Tage miterlebt haben, die allen Beteiligten an die Nerven gingen, werden Sie das verstehen. Wir haben uns daher alle geschworen, in Zukunft dafür zu sorgen, daß nicht noch einmal vier Tage lang über ein Thema geredet wird, denn dann ist das Thema nachher so zerredet, daß keiner mehr weiß, worüber denn eigentlich geredet worden ist. Darin gebe ich Ihnen also recht, und das wollen wir nicht wiederholen. Das Wort hat Herr Sieveking.

*Sieveking:* Herr Bundeskanzler! Darf ich zunächst eine rein technische Bemerkung richtigstellen, nämlich den Irrtum, als ob dieser Verkehrsantrag der Sache nicht gerecht geworden wäre. Dieser Verkehrsantrag war die einzige Möglichkeit, eine Debatte in der Bürgerschaftssitzung hervorzurufen. Diese Debatte wollten wir auf alle Fälle erzwingen. Wir haben uns überlegt, ob wir eine Kleine oder Große Anfrage stellen sollten. Das hätte aber dazu geführt, daß sie erst in 14 Tagen besprochen worden wäre. Wir haben uns gesagt, wir können nur auf diese Weise, daß wir den Antrag stellen, es zu einer Debatte bringen. Das ist uns auch gelungen; außerdem hatte der Antrag den Vorzug, daß er die Finger in die Wunde legte, die die ganze Hamburger Bevölkerung schmerzt.

Das Primäre war die Empörung darüber, daß eine Partei den ganzen Verkehr lahmlegte und die Leute nicht nach Hause fahren konnten. Daß dieses Verkehrschaos herrschte, das war das Agens der Empörung. Und das wollten wir ausnutzen. Nachdem dann diese Debatte angesetzt war, habe ich am Dienstag eine Pressekonferenz abgehalten – Mittwoch sollte die Sitzung sein –, über die sehr gut in der Hamburger Ausgabe der „Welt“ berichtet worden ist.<sup>64</sup> Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich diese Ausgabe einmal ansähen. Sie würden dann sehen, daß ich mit einer ungewöhnlichen Schärfe genau den Standpunkt vertreten habe, den Sie vorhin hier skizziert haben. In der Bürgerschaftsdebatte ist dieser Standpunkt von neuem von uns vertreten worden. Wir hatten ganz bewußt darauf angelegt – das ist uns auch gelungen –, die SPD von vornherein ins Unrecht zu setzen, so daß sich diese Leute ungeheuer stark erregten, während wir ganz ruhig und sachlich sprachen. Es ist auch dem letzten Zuhörer klargeworden, daß es sich um eine rein sozialdemokratische Veranstaltung gehandelt hat. Das war eines der Ziele, die wir hatten. Auch das haben wir vollkommen erreicht.

---

<sup>64</sup> Vgl. „Die Welt“ vom 23. April 1958 (Hamburger Ausgabe).

In diesem Zusammenhang habe ich allerdings gesagt: Was haben Sie aus diesem Thema „Kampf für die allgemeine Abrüstung, Kampf gegen die Anwendung der Atomwaffen in der Welt“ gemacht? Was hätten Sie daraus machen können im Interesse der ganzen Bevölkerung, und was hätte Hamburg mit seinem internationalen Ansehen daraus machen können? Und wie haben Sie diese Dinge verfälscht? Das hat jeder in Hamburg durchaus so verstanden. Die Berichterstattung hier ist ohne weiteres irreführend. Das liegt an dem Korrespondenten der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Hamburg. Ich werde mit ihm einmal sprechen, daß er sich in Zukunft präziser ausdrückt. Auch das Protokoll der Bürgerschaftssitzung werde ich Ihnen vorlegen. Sie werden dann sehen, daß wir hundertprozentig den Standpunkt der CDU vertreten haben.

Die Diagnose, die Sie vorhin über die Situation in der SPD gegeben haben, wird durch die Vorgänge in Hamburg absolut erhärtet. Es ist in der Tat so: Wir hatten beobachtet, daß seit geraumer Zeit innerhalb der SPD der radikale Flügel immer stärker wird. In Hamburg wird diese Sache besonders gravierend dadurch, daß ein Mann wie Max Brauer sich seit einiger Zeit mit diesen radikalen Kräften verbündet, und zwar justament mit den Kräften, die ihm in der Zeit, als er noch Syndikus war, immer wieder Knüppel zwischen die Beine geworfen haben. Sein jetziges Verhalten wird für Max Brauer einen erheblichen Verlust bedeuten. Wir überlegen noch, ob wir einen Untersuchungsausschuß über die Vorgänge einsetzen. Das wäre eine sehr peinliche Angelegenheit für ihn.

Nun denken wir uns die weitere Lage in Hamburg so, daß der Antrag eingebracht wird. Wir werden dann Überweisung des Antrages an den Ausschuß beantragen. Im Ausschuß werden wir, wie in Bremen, gemeinschaftlich eine Gegenformulierung bringen und diese durchzusetzen versuchen. Wir werden es natürlich nicht durchsetzen, aber wir werden diese Formulierung der Öffentlichkeit unterbreiten, damit die Öffentlichkeit mehr und mehr das richtige Thema erkennt und frei von dieser emotionalen Beurteilung wird. Das Gesetz wird in Hamburg angenommen werden. Die FDP in Hamburg, die sich in der Bürgerschaft gegen den Streik ausgesprochen hat, aber für die Volksbefragung, wird auch zustimmen. Dann rechnen wir allerdings damit, daß die Bundesregierung das wahr macht, was Herr Schröder gestern angekündigt hat, daß sie nämlich eine einstweilige Verfügung erwirken wird. Wir rechnen damit, daß diese einstweilige Verfügung erlassen wird. Wir wollen nicht in Hamburg den Klageweg beschreiten, weil wir uns verfassungsrechtlich nicht ganz sicher sind und weil der Tatbestand den einfachen Mann verwirrt, wenn zwei hohe Gerichte damit befaßt werden. Wir rechnen damit, daß mit der einstweiligen Verfügung der Zauber in Hamburg aus ist. Dann wird über die Klage entschieden. Das wird sich bis in den Herbst oder in den Winter hinziehen. Insofern kann man die Dinge ruhig beurteilen. Auf der anderen Seite ist es jedoch klar, daß die Agitation ständig weitergeht. Hier möchte ich unterstreichen, was Herr Blumenfeld gesagt hat. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß wir uns nicht nur darauf beschränken, nun zu sagen, die Volksbefra-

gung geht nicht, sondern wir müssen auch von uns aus die Initiative ergreifen und positiv vorwärtsgehen.

Sie haben eben gesagt, daß insofern leider bei uns in der Bevölkerung die Dinge keineswegs so klar gesehen werden, wie sie gesehen werden müssen. Das liegt daran, daß sich in den letzten Wochen die Entwicklung überstürzt hat, daß sich widersprechende Äußerungen erfolgt sind von amtlichen und nichtamtlichen Stellen; dazu kommt noch, daß diese viertägige Debatte im Bundestag das Fassungsvermögen der Hörer einfach überstiegen hat. Ich möchte ganz nüchtern als einfacher Staatsbürger sagen – bitte nehmen Sie es nicht für übel –, welche Gefühle ich habe.

Wir sind alle in der Begründung Ihrer Politik mit Ihnen hundertprozentig einig. Wir sind uns alle absolut darüber klar, daß man keine andere Politik treiben kann; aber es genügt nicht für den einfachen Mann auf der Straße, daß man sagt, das und das mußt du tun. Es genügt nicht, daß er den Eindruck bekommt: Das entschiedene Wort über die ganzen Dinge sprechen die amerikanischen Militärs und nicht die Politiker. Das ist ein Eindruck – ich sage nicht, daß er richtig ist –, den der einfache Mann auf der Straße aber hat. Und was der einfache Mann und auch alle übrigen erwarten, Herr Bundeskanzler, das ist, daß Sie mit Ihrem großen Ansehen jetzt noch einmal klar sagen: Wir wollen die allgemeine Abrüstung. Wir haben es zwar wiederholt gesagt ... (*Weber*: Die wollen wir doch alle!) Sicher, das wissen wir ja, aber im Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit ist es leider nicht so. Sie müssen der erste Vorkämpfer in der Welt für die allgemeine Abrüstung sein. Das ist das, was die Deutschen gefühlsmäßig wollen. Und daran hat es bisher gefehlt, das aufzuklären.

Ich halte es für richtig, auf eine Kundgebung der SPD zu antworten und daß wir Unterschriften sammeln, aber es nützt nichts, nur das eine gegen das andere zu setzen. Das erweckt nur den Eindruck, daß wir alle uneinig sind. Was die Leute wissen wollen, ist folgendes: Der Bundeskanzler weiß genau, was er will, und er verfolgt die Idee der allgemeinen Abrüstung mit unbeirrbarer Konsequenz. Ihre entscheidenden Maßnahmen, die Sie getroffen haben, müssen den Leuten noch einmal klargemacht werden. Den Leuten muß klargemacht werden, daß Sie den Russen Fragen stellen, wie z.B.: Wie stellt ihr euch vor, daß wir zusammenkommen, wenn ihr nicht den Einfluß ausübt und den Versuch macht, daß in der Ostzone endlich einmal eine Entspannung eintritt. Das ist nur ein Beispiel. Sie werden es viel besser beurteilen und machen können, als ich es vorschlage. Ich gebe nur die Gefühle wieder, die in unserer Bevölkerung vorherrschen. Ich möchte Sie darum sehr bitten; denn diese Unterstützung brauchen wir, wenn wir diesem Trommelfeuer der sozialistischen Agitation begegnen wollen. Es wird niedergeschlagen werden, wenn wir ihm etwas Positives entgegensetzen. Es genügt aber nicht, unseren Leuten zu sagen, das und das ist falsch, sondern wir müssen erklären, das und das ist zu tun. Ich möchte daher bitten, noch einmal zu überlegen, wie wir in dieser Richtung den Leuten das richtige Bewußtsein geben können. (*Weber*: Herr Sieveking, wir können überhaupt nichts mehr verstehen. Sprechen Sie doch bitte etwas lauter! – *Weiterer Zuruf*: Von den

letzten Sätzen haben wir kaum etwas verstanden.) Damit darf ich meine Ausführungen schließen.

*Adenauer:* Das Wort hat Herr von Hassel.

*Von Hassel:* Ich habe vor zehn Tagen darum gebeten, daß die heutige Vorstandssitzung zustande kommt, weil ich der Auffassung bin, daß wir uns in den Ländern einfach koordinieren müssen mit der Bundespartei; denn es ist in der Tat vonnöten, orientiert zu werden über alle Zusammenhänge und Vorgänge. Wir, die draußen sitzen, sind über die Zusammenhänge nicht ausreichend genug orientiert. Ich wäre darum außerordentlich dankbar, wenn von der Partei aus ein gewisser Leitfaden herausginge, damit draußen die einzelnen Leute die Zusammenhänge, die der Herr Bundeskanzler dargelegt hat, auch wirklich übersehen können; es sei denn, daß man über die ganzen Vorgänge ein Weißbuch von der Bundesregierung herausbringt. Ich kann aber nicht übersehen, ob das möglich ist. Zumindest muß das einzelne Parteimitglied wissen, das ist unsere Konzeption, das sagt die SPD, und das sagt die FDP, und das sagen wir.

Ich wäre auch sehr dankbar, wenn Herr Schröder uns ein paar Grundsätze entwickelte. Sie haben es gestern im Bundestag gehört. Wir von draußen aber wissen es nicht; wir sind z.B. nicht ausgestattet mit dem Rechtsgutachten der Bundesregierung, so daß uns bei einzelnen Gutachten draußen irgendwelche Differenzpunkte als Schwächemoment ausgelegt werden können. Herr Schröder sollte uns nicht nur sagen, was bei einer einstweiligen Verfügung im Falle Hamburg geschieht, sondern auch im Falle Frankfurt und Darmstadt. Nur der Bund kann unmittelbar eingreifen. Wenn sozialistisch regierte Länder anfangen, solche Teilbefragungen durchzuführen, dann wird das ganze Gefüge aufgelockert. Insofern stimme ich mit Herrn Blumenfeld überein, daß der Weg einer Teilbefragung falsch ist, mag nun die Volksbefragungskaktion gut oder nicht gut ausgehen, das ist dabei gleichgültig. Wir müssen hier unter allen Umständen den Anfängen wehren.

Ich habe den Sozialdemokraten die Frage vorgelegt, was sie täten, wenn nach zwei Taxifahrermorden von uns aus eine Volksbefragung über die Wiedereinführung der Todesstrafe eingeleitet würde. Sie sind gegen die Todesstrafe, wir sind dafür. Aber wenn Sie die Bevölkerung fragen, wird sie zu 80 % antworten: Führt die Todesstrafe ein!

Die Situation in Schleswig-Holstein ist so, daß zunächst einmal die Sozialdemokraten den gleichen Entwurf wie im Bundestag, nur ein wenig zusammengefaßt, eingebracht haben. Sie haben dann gesehen, daß keine Partei den Sozialdemokraten folgt. Daraufhin hatten sie beschlossen, die Regierung zu stürzen. Gestern haben sie festgestellt, daß das nicht drin ist und keine Regierungskrise entsteht. Interessant ist die Begründung. Sie haben gesagt, wenn die Regierung von Hassel abgelöst wird durch eine Regierung von Atomgegnern, dann erübrigt sich eine Volksbefragung, weil diese Regierung von Atomgegnern über den Bundesrat entsprechenden Einfluß nehmen könnte. Diese Erklärung könnte man für unsere Agitation verwenden.

Die Stimmung ist so, daß wir über den Höhepunkt wahrscheinlich hinweg sind,

aber die Sache ist sicher noch nicht zu Ende. Ich habe in den letzten zehn Tagen insgesamt in fünfzehn Versammlungen gesprochen. Davon waren sieben oder acht, wo es hieß „Frauen fragen den Ministerpräsidenten“ oder „Jugendliche fragen den Ministerpräsidenten“ oder „Arbeitnehmer fragen den Ministerpräsidenten“. Es ist in allen Versammlungen ein großes Bukett von Fragen gestellt worden. Ich habe zuerst die Frage stellen lassen und erst dann geantwortet. Es ist vielleicht psychologisch interessant, daß die Fragenskala sehr unterschiedlich war. Die Frage nach der atomaren Bewaffnung kam aber meistens an sechster oder siebter Stelle. Vorweg kamen Fragen zum Nitritskandal<sup>65</sup>, zum Lebensmittelgesetz usw. Von diesen fünfzehn Versammlungen waren fünf Frauenversammlungen, eine für Oberbürgermeister und zwei mit der Bundeswehr. Die Bundeswehrfahnenjunker haben die Sozialdemokratische Partei in starkem Maße eingedeckt. Mir ist u.a. von einer Vertriebenenfrau die Frage gestellt worden: Warum ist die Bundeswehr nicht mit atomaren Waffen ausgestattet? Machen sie die Bundeswehr doch so stark, daß uns nichts passieren kann. Es ist interessant, daß dabei die Frauen Beifall geklatscht haben. Es ist aber notwendig, daß wir uns den Bürgern stellen und ihnen klar und deutlich Aufklärung geben. Dann werden wir auch Verständnis für unsere Maßnahmen finden. Voraussetzung ist natürlich, daß unsere eigenen Leute auch alle Fäden und Vorgänge übersehen und die Argumente kennen wie die Herren aus Bonn.

*Gockeln:* Die Situationsprüfung haben wir schon einmal vorgenommen. Es handelt sich um weitreichende Maßnahmen, die nicht leichtgenommen werden dürfen. Man spricht bereits von bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Sie haben gesagt: Alarm. Man muß also unterscheiden, wollen wir Aktionen oder wollen wir das Verfahren, für das sich der Bundestag entschlossen hat. Mir scheint, daß die Partei genügend Raum hat, eine selbständige Entscheidung zu treffen. Argumente, die hier gebraucht worden sind, wurden bereits im Bundestag und in der Fraktion angeführt. Dort wurde gesagt, Karlsruhe ist nicht sicher, das Verfahren im Bundestag muß uns eine Voraussetzung schaffen, damit das Verfahren in Karlsruhe gewonnen werden kann, so daß also das Ringen der Fraktion im Bundestag sozusagen erst eine der Voraussetzungen für Karlsruhe ist.

Diese Politik und Haltung werden uns draußen von den Fragen nicht erlösen; denn ein Verfahren, in dem man siegt oder unterliegt, hat im Volke keine große psychologische Wirkung. Es bleibt die Aktion als Gegenwirkung. Zunächst schien es so, als ob die Frage der SPD uns gar nicht unangenehm sein könnte; denn sie müßte auf der gleichen Ebene beantwortet werden mit der Frage der Verfassungstreue und der Verfassungszuständigkeit der deutschen Sozialdemokratie. Das wäre die Antwort gewesen und damit zugleich der psychologische Gewinn aus einer solchen Auseinandersetzung, wie sie uns von der SPD aufgezwungen wird.

---

<sup>65</sup> Lebensmittelskandal um nitrithaltige Wurstwaren. Vgl. „Die Welt“ vom 15. März 1958: „Nitritwurst trieb im Rhein“.

In einem Rechtsverfahren wird das nicht beachtet. Also müßte die Haltung draußen kategorisch sein: Das ist verfassungswidrig. Das wurde in der Fraktion abgelehnt. Wenn wir Aktionen wollen, müssen wir Aktionsprogramme und Aktionsräume haben. Aktionsprogramme sind abhängig von dem, was der Gegner tut; vor Mitte Mai gibt es nach meiner Meinung keine Ruhe, denn den Strategen auf der Gegenseite ist die Aktion nicht unwillkommen vor dem Parteitag in Stuttgart.<sup>66</sup> Für die Führung einer Partei, deren Parteitag so vorbelastet ist mit innerparteilichen Schwierigkeiten, ist eine solche Aktion ein willkommener Anlaß. Deshalb wird es mit der Sozialdemokratie keine Möglichkeit einer irgendwie gearteten Einigung geben. Die Zentralpartei ist interessiert daran, daß diese Aktionen geführt werden, auch wenn die Länder längst gemerkt haben, daß etwas nicht angenehm ist. In Nordrhein-Westfalen haben sie Glück. Wir hätten die Frage dem Gegner mehr oder weniger ... (*Adenauer*: Fragen Sie sie doch!) Das ist die zweite Antwort, die wir dann geben. Ich spreche nur von der Aktion, wie sie sich vom Gegner her gibt. Der Gegner hat Glück, indem er sagt, wir wollen mit dieser Frage die Wahl nicht verbinden, weil er mit einem negativen Ausgang die Wahl gefährden würde. Nichts wäre gefährlicher für ihn als das: Die Wahl ist durch die Entscheidung in Karlsruhe unmöglich geworden.

Die Länderebene kann auch unterstützt werden durch die Gemeindeebene. Intern hat man den Gemeinden gesagt, jeder faßt einen Beschluß, daß weder ein Grundstück noch irgendeine Verkehrseinrichtung für solche Maßnahmen zur Verfügung gestellt wird, um diese Aktion zu unterstützen. D.h., man will den kommunalen Körperschaften kein Grundstück und keine Verkehrseinrichtung zur Verfügung stellen, damit auf diese Weise irgendwelche Maßnahmen verhindert werden. Mit diesem Guerillakrieg müssen wir noch längere Zeit rechnen.

Oder ist das ausgeschlossen, daß wir eines Tages einen neuen Reichswehrprozeß<sup>67</sup> in neuer Auflage führen, bei dem Herr Heinemann Verteidiger ist? Ist es ausgeschlossen, daß etwa gesagt wird, allein wegen unseres Gewissens lehnen wir die Atombewaffnung ab? Ich glaube nicht. Solche Dinge liegen in den Aktionen drin.

Es könnten aber Aktionen ausgetragen werden im vorpolitischen Raum. Die Frage ist für uns, ob wir auf dieser Ebene Aktionen in gleicher Weise durchführen. Herr von Hassel hat von Parteiversammlungen gesprochen. Sie sind zunächst in dieser Größe nicht möglich. Im übrigen wird das alles sehr unterschiedlich sein. Aber wie ist es im vorpolitischen Raum? Leider verhält sich der vorpolitische Raum sehr reserviert, um es offen zu sagen. (*Adenauer*: Warum?) Weil die Parolen, die wir politisch geben, nicht eindeutig unten ankommen. (*Adenauer*: Das ist ein sehr ernstes Wort!) Ich bin dabeigewesen, als wir solche Erklärungen fertigstellten und versucht haben, sie mit der Autorität kirchlicher Stellen zu versehen. Das ist nicht geglückt. Das ist ein Faktum, das wir in Rechnung stellen müssen, so daß wir, wenn wir also diese psychologische

<sup>66</sup> Vgl. Anm. 20.

<sup>67</sup> Vgl. Peter BUCHER: Der Reichswehrprozeß. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30 (Militärgeschichtliche Studien 4). Boppard 1967.

Strategie, in der wir den Plan vollziehen müssen, überprüfen, auf den politischen Ausgangspunkt beschränkt bleiben. Das muß man klar sehen.

Die Frage ist, welches ist der Aktionsplan. Herr Meyers hat gesagt: Wir werden einen Aufruf bringen. Das ist damals sehr wirksam gewesen, aber das ist im allgemeinen nichts anderes als ein Aufruf zur Mobilmachung. (*Adenauer*: Wieso?) Es muß ein Aktionsplan auf der Ebene der Städte und der Gemeinden im Parteirahmen oder auch überparteilich versucht werden. Wir müssen dem Gegner auf der gleichen Ebene begegnen. Wir müssen von den vielen taktischen Überlegungen, die wir in diesen Tagen angestellt haben für die Führung des Prozesses im parteipolitischen Raum, zu einer psychologischen Strategie kommen, die draußen Anklang findet. Wir müssen die Fragen offenlegen, um die es geht. Heute ist noch zuviel Juristisches und zuviel Zweifelhafte in alledem, was der Öffentlichkeit gesagt wird. Auf diese Weise sind Aktionslust und Aktionszustimmung nicht zu haben. Wir müssen überlegen, auf welcher Ebene und in welchem Aktionsraum sich das alles vollzieht, sonst werden wir ohne praktisches Ergebnis bleiben. (*Adenauer*: Welchen Rahmen würden Sie denn nehmen?) Genau denselben Aktionsraum, den der Gegner vorschreibt: Kundgebungen, Konferenzen, Mobilmachung von Vorräumen. Plakate haben nur einen relativen psychologischen Wert. Bei den Hunderten von Rednern müßte es möglich sein, jede Woche soundso viel öffentliche Versammlungen abzuhalten, ohne daß der ganze Apparat überbeansprucht würde.

*Noltenius*<sup>68</sup>: Herr Bundeskanzler! Sie haben kritische Bemerkungen über die Bremer Verhältnisse gemacht. (*Adenauer*: Ich habe Fragen gestellt!) Ich möchte darum bitten, wenn Sie sich über Bremer Verhältnisse informieren, dies nicht über die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ zu tun.<sup>69</sup> Dieses Blatt bezieht seine Informationen aus zweiter und dritter Hand, und ich kann darauf keinen Einfluß nehmen. Ich habe festgestellt, daß das, was sie über Bremen gebracht hat, nicht immer korrekt, sondern unvollständig war und in keiner Weise meine Zustimmung gefunden hat.

Wir haben in Bremen die Volksbefragung von Anfang an abgelehnt, als wir erfuhren, daß der Vorsitzende der Gewerkschaft<sup>70</sup> in Bremen eine solche Aktion starten wollte. Wir haben keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um unsere ablehnende Haltung zum Ausdruck zu bringen, und zwar noch am vergangenen Sonnabend auf unserem Parteitag. Ich habe allerdings abgelehnt, aus diesem Anlaß die Bremer Koalition aufzukündigen. Ich habe das ausführlich begründet, u.a. damit, daß ich damit überhaupt nichts erreichen werde. Wenn ich damit die Aktion verhindern könnte, dann ließe sich selbstverständlich darüber reden. Aber ich werde nichts anderes erreichen,

---

68 Dr. Jules Eberhard Noltenius (1908–1976), 1954–1969 Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Bremen, 1954–1967 MdBB, 1955–1959 Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr.

69 Vgl. FAZ vom 21. April 1958: Die Bremer Koalition nicht gefährdet.

70 Richard Boljahn (geb. 1912), Klempner/Installateur; ab 1946 MdBB (SPD, 1951–1968 Fraktionsvorsitzender), 1953–1971 geschäftsführender Vorsitzender des DGB-Bezirksverbandes Bremen.

als daß ich uns um den Einfluß bringe, den wir heute in einem gewissen Rahmen ausüben können.

Was ich am vergangenen Sonnabend unseren Freunden gesagt habe – das deren volle Zustimmung gefunden hat –, liegt im Wortlaut vor.<sup>71</sup> Ich kann Ihnen den Wortlaut zur Verfügung stellen. Wenn Sie mit mir die Frage unserer Beteiligung am Senat in Bremen diskutieren wollen, möchte ich Sie bitten, meine Ausführungen vorher durchzulesen. Wir sind in die Bremer Regierung hineingegangen um der Bremer Angelegenheiten willen. Wir wußten vorher, daß wir uns dort mit einer Partei – neuerdings sind es zwei – koalierten, die in Fragen der Bundespolitik uns genau entgegengesetzt ist. Aber um der Bremer Angelegenheiten willen haben wir es getan. Diese Koalition ist also ausdrücklich beschränkt auf die Bremer Angelegenheiten. Wir werden völlig freie Hand haben, die Sache abzulehnen, wenn sie weiterläuft. In Bremen wird nicht eine Vorlage vom Senat eingebracht, sondern die Initiative kommt aus der Bürgerschaft, wo sich SPD und FDP zusammengetan haben und gemeinsam an einem Entwurf arbeiten. Ich habe versucht, den Wortlaut zu bekommen. Das ist mir nicht gelungen. Sie suchen eine Formulierung, mit der sie die Sache im Rahmen des Landesrechts halten wollen. Sie werden die Bevölkerung fragen, ob sie dafür ist, daß der Senat im Bundesrat gegen diese Dinge stimmt. So ähnlich ist die Sache. Vielleicht kommt noch hinzu die Frage nach der Ausrüstung mit Abschlußbasen.

Die erste Lesung des Gesetzentwurfes soll am nächsten Mittwoch stattfinden. Herr Marwede<sup>72</sup> wird unsere Auffassung dort vertreten. Die zweite Lesung soll eine Woche später erfolgen, am 7. Mai. Dann wird eine Mehrheit diesen Entwurf annehmen. Der Senat wird in der Woche darauf vor der Frage stehen, ob er das Gesetz verkündet oder nicht. Dann beginnt meine Tätigkeit. Ich werde sehen, was ich tun kann. Und darüber müssen wir sprechen. Es ist weiter vorgesehen, daß die Volksbefragung am 22. oder 29. Juni stattfinden soll, und zwar vor den Wahlen in Nordrhein-Westfalen, weil man sich einen günstigen Effekt von dieser Sache verspricht. Daß das große Bedenken hat, liegt auf der Hand. Es ist so wie überall, daß die verständigen Leute bei den Sozialdemokraten und bei der FDP die Dinge nicht in der Hand haben, aber die radikalen Elemente geben den Ton an. Die verständigen Leute wünschen, daß die Sache unterbleibt. Sie vertrauen darauf, daß sie verboten wird. Wir müssen sehen, ob wir durch gemeinschaftliche Maßnahmen auf die Dinge einen Einfluß ausüben können.

Wenn ich jetzt mit der Koalitionsfrage gerasselt hätte, wäre die Sache zu Ende gewesen. Ich komme dann in eine Lage, in der ich den Einfluß verliere. Deswegen habe ich es nicht getan. Wir haben die Sache eingehend bei uns besprochen. Wir

---

71 Vgl. das Referat von Bürgermeister Nolteneus auf dem Landesparteitag der CDU Bremen am 19. April 1958 (ACDP-PRESSEDOKUMENTATION, Personenarchiv).

72 Friedrich Carl Marwede (1895–1969), freier Schriftsteller; vor 1933 DNVP, 1953–1963 MdB (CDU). Vgl. auch Anm. 2.

sind uns schlüssig geworden, daß wir bleiben wollen, solange es geht. Es kann natürlich eine Situation entstehen, in der man es nicht mehr mitmacht. Ich habe in meiner Ansprache am vergangenen Sonnabend deutlich gesagt, man dürfe es nicht zu weit treiben. Das steht natürlich nicht in diesem Frankfurter Blatt. Deshalb verwahre ich mich gegen diese Berichterstattung. (*Adenauer*: Ich habe das gar nicht gelesen!) Dann ist es Ihnen erzählt worden. Mir wird zugetragen, daß Sie angeblich empört seien über Bremen. (*Adenauer*: Was ist Ihnen zugetragen worden?) Mir ist zugetragen worden, Sie seien sehr unzufrieden mit uns, weil wir nicht aus der Koalition herausgingen. (*Adenauer*: Mir ist gesagt worden, Sie hätten erklärt: Ich will unter allen Umständen Senator bleiben!) Das habe ich nicht gesagt. (*Adenauer*: Das ist mir gesagt worden. Ich kann aber nicht sagen, von wem, wenn Sie mich danach fragen. Es wird mir so vieles gesagt. Ich registriere das nicht alles als blanke Wahrheit.) Herr Bundeskanzler! Was ich auf diesem Parteitag gesagt habe, haben wir in einem kleinen Kreise gemeinschaftlich vorbereitet, und es liegt jedes Wort davon fest. Ich war mir vollständig darüber klar, wieviel darauf ankam. Das kann ich Ihnen also zur Verfügung stellen. (*Adenauer*: Hat Herr Müller-Hermann<sup>73</sup> teilgenommen?) Ja, Herr Müller-Hermann war dabei.

Ich habe in diesen letzten Wochen durchaus das Bedürfnis gehabt, daß wir uns untereinander abstimmen. Und auf meine Anregung haben wir uns neulich mit Herrn Krone in Hamburg getroffen.<sup>74</sup> Es geht nicht an, daß wir in einer solchen Lage in den Landesverbänden draußen allein schwimmen, sondern wir müssen unter Umständen sehr schnell zusammenkommen, um uns miteinander abzustimmen. Dies war mein Wunsch in der Woche nach Ostern, und dem haben die Herren Krone und von Hassel entsprochen. Wir haben dann in Hamburg darüber gesprochen. (*Adenauer*: Ich habe gehört, daß Sie alle einer Meinung gewesen seien in Hamburg!) Waren wir auch! Ich habe mit Herrn Krone auch über unsere Koalition gesprochen und gesagt, ich habe die Absicht, da drinzubleiben und nicht herauszugehen. Er wußte das von mir. Ich habe nicht von ihm gehört, warum wir eigentlich herausgehen sollten. Bloß um ein Alarmsignal zu geben, das tut man nicht! (*Adenauer*: Das will ich nicht sagen, verehrter Herr Noltenius! Sie haben gesagt, es könnten sich Umstände ergeben, wo man im Interesse der Gesamtpartei diese Konsequenz ziehen muß.) Warten wir mal ab. Bis jetzt kennen wir den Gesetzentwurf noch nicht. Wir müssen die ganze Geschichte mit durchmachen. Ich halte es für verkehrt, mit der Koalitionsfrage zu drohen. Das ist falsch. Wenn man sie stellt, ist das sozusagen das Ultimatum vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Darüber kann man mit der anderen Seite nur unter vier Augen sprechen, wenn es wirken soll. Deswegen war mir das sehr unangenehm,

---

73 Dr. Ernst Müller-Hermann (geb. 1915), 1946 Mitgründer der CDU Bremen (1968–1974 Vorsitzender der CDU Bremen), 1946–1952 MdBB (1950–1952 Fraktionsvorsitzender), 1952–1980 MdB (1967–1969 stv. Fraktionsvorsitzender), 1958–1984 MdEP. – Autobiographische Notizen in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): ABGEORNETE 6 S. 233–410.

74 Vgl. UiD Nr. 16 vom 17. April 1958.

daß das in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ stand, es würde erwogen, daß wir aus der Koalition herausgingen. Das ist offenbar aus Kreisen der Bundestagsfraktion gekommen. Ich habe mich vergewissert, daß weder Herr Krone noch Herr Rasner etwas damit zu tun haben. Aber es wurde in einer Form gebracht, als ob es hier in Bonn besprochen worden sei. (*Adenauer*: Da sind Sie im Irrtum. Hier in Bonn ist gerade umgekehrt gesprochen worden. Es wurde nicht erwogen.) Ich habe es aus der Zeitung. (*Adenauer*: Ich schreibe die Zeitung nicht. Ich weiß es nicht!) Ich halte eine solche Aktion deswegen für bedenklich, weil sie die Bevölkerung einer Großstadt durch die Propaganda, die damit verbunden ist, in eine sehr unglückliche Stimmung bringt. Daß gerade diese Volksbefragung damit verbunden war, ist das Gefährlichste an der ganzen Geschichte. Aus diesem Grunde muß – abgesehen von den verfassungsrechtlichen Bedenken – alles getan werden, um die Sache zu unterbinden, und zwar durch eine einstweilige Verfügung und dann durch ein Urteil.

*Adenauer*: Es ist wirklich sehr schade, daß die Sozialdemokratie es gestern verstanden hat, ihre Anfrage über die Kosten der Aufrüstung bis 5 Uhr hinauszuziehen, so daß heute morgen Herr Schröder nicht hier sein kann; denn wenn Sie Herrn Schröder hörten, würden Sie sich über die allgemeine Bedeutung dieser Angelegenheit besser klar werden als über die lokale Bedeutung. Es handelt sich um eine Angelegenheit, die an Bedeutung – ich kann das nur dreimal unterstreichen – über alle lokalen Interessen weit, weit hinausgeht. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Das würde Ihnen dann sehr klar werden. Ich bitte Sie auch, einmal zu berücksichtigen, daß es Dinge gibt, die noch wichtiger sind, als wenn die CDU in einer Koalition in Bremen fünftes Rad am Wagen ist. (*Noltenius*: Dagegen muß ich mich wirklich verwahren! Für eine solche Rolle, bei irgend jemandem fünftes Rad am Wagen zu spielen, gebe ich mich nicht her, weder in Bremen noch anderswo!)

Das Wort hat Herr Dr. Gradl.

*Gradl*: Meine Damen und Herren! Ich möchte ein paar Bemerkungen zur Frage der Propaganda machen. Wir haben von Herrn Meyers gehört, daß die Partei eine große Propagandaaktion vorhat. Ich habe, das gestehe ich offen, bisher nicht geglaubt, daß die Stimmung draußen im Lande so auseinanderläuft – darf ich es so ausdrücken –, wie es tatsächlich der Fall ist. Ich habe vor zehn Tagen einen Brief bekommen, der wirklich alarmierend ist. Den will ich Ihnen nicht vorenthalten. Wenn Sie ihn gehört haben, werden Sie selber sehen, was draußen im Lande los ist:

„Zur Erstkommunion meines ersten Enkelkindes bin ich gefahren, und ich finde den Raum, wo ich im September in vielen Versammlungen gesprochen habe, ganz verwandelt. Alles strebt der verlogenen Parole zu „Kampf dem Atomtod“, und man merkt nicht, daß damit mittelbar der sowjetischen Propaganda nachgegeben wird. Ich bin sicher in der Forderung, daß propagandistisch etwas geschehen muß. Die Sache kann unmöglich mit der Prüfung der Rechtslage abgetan werden. Dem Atomtod-Vorwurf muß mit ebenso klaren, aber wahrhaftigen Parolen entgegengetreten werden. Wird schon der Kampf aus dem Parlament herausgetragen, so müssen wir dem folgen. Wo sind die tüchtigen politischen Werbetechniker der vergangenen Septemberefolge?

Interessant ist, daß all die kleinen Blättchen in die Front der Atomgegner abrücken, sonst aber deutlich in den Leitartikeln unverhüllt und heftig ihre Meinung sagen.“

Das ist ein Stimmungsbild, das ein Berliner gegeben hat – ich habe den Brief nachgeschickt bekommen –, der in Schwaben war. Es ist Professor Dovifat<sup>75</sup>, ein Mann, von dem man annehmen kann, daß er wirklich von diesen Dingen etwas versteht. Vielleicht ist es nicht in allen Gebieten so, aber offenbar ist es doch eine sehr ernste Situation. Dabei müssen wir an folgendes denken: Wir, die wir uns ständig mit diesen Dingen beschäftigen, lassen uns natürlich von Eindrücken und Argumenten überzeugen; aber draußen im Lande ist die Sache anders. Draußen im Lande heißen die Fragen heute erstens Atomtod, zweitens Volksbefragung. Der erste Eindruck, den draußen der einfache Mann von der Propaganda „Atomtod“ hat, ist der: Natürlich bin ich dagegen, und für die Leute, die eine Aktion gegen den Atomtod machen, bin ich. Das ist natürlich ein Kurzschluß, aber so ist es. Das müssen wir sehen. Bei der Volksbefragung ist die Reaktion: Warum soll man das Volk eigentlich nicht fragen? Wir müssen also in unserer Antwort eine Sprachregelung finden, die diesem einfachen Denken entgegentritt und die in einfachen Formulierungen den Leuten klarmacht, worum es geht.

Es kommt auf ein weiteres an. Wir dürfen nicht unterschätzen, daß in der Intellektuellenschicht – und die ist sehr breit bei uns – wesentlich differenzierter gedacht wird. Und an diese müssen wir uns wenden. Ich habe die Sorge, daß sich bei uns aufgrund unserer Wahlerfolge im September des vergangenen Jahres die Meinung durchsetzt: Wir haben damals die Wahl gegen diese Intellektuellen gewonnen, die in den großen Zeitungen gegen uns waren. Das wird uns auch weiterhin gelingen. Das ist ein Irrtum, wie ich meine. Es kann sein, daß wir die Wahl gegen die Intellektuellen gewinnen, aber es ist nicht sicher; und gerade dies sollte uns stutzig machen, daß unter den Aufrufen zu einer Atomtod-Aktion so viel Namen von Leuten stehen, von denen wir nie geglaubt hätten, daß sie sich in die politische Gesellschaft der Urheber dieser Aktion begeben würden. Wir haben darüber in einem kleinen Kreise der Fraktion gesprochen. Es steht u.a. die Namen von Gertrud von Le Fort<sup>76</sup> und Stephan Andres<sup>77</sup> darunter. Es steht eine ganze Reihe von Namen darunter, über die wir uns nur wundern können.

Herr Meyers hat gesagt, es wird nicht möglich sein, eine Gegenbewegung mit Unterschriften im Bereich des Geisteslebens zustande zu bringen. Wir sollten hier

---

75 Dr. Emil Dovifat (1890–1969), Publizist, Hochschullehrer; 1928 Professor und 1928–1947 Leiter des Instituts für Zeitungswissenschaften der Universität Berlin, Mitgründer der CDU, 1945 Chefredakteur „Neue Zeit“ (Berlin), 1948–1961 Direktor des Instituts für Publizistik der FU Berlin, 1953–1959 Vorsitzender des Rundfunkrats des SFB. – Klaus-Ulrich BENEDIKT: Emit Dovifat. Ein katholischer Hochschullehrer und Publizist. Mainz 1986. Dorothee VON DADELSEN (Hrsg.): Emil Dovifat. Die publizistische Persönlichkeit. Berlin/New York 1990.

76 Gertrud von Le Fort (1876–1971), Schriftstellerin.

77 Stefan Andres (1906–1970), Schriftsteller.

nicht kapitulieren, sondern sollten auch Unterschriften sammeln und einen solchen Aufruf herausgeben. Wir sollten uns als Partei – was ich jetzt sage, meine ich als Aufgabe für eine längere Sicht – intensiver persönlich im kleinen Kreise um diese Schichtengruppen kümmern. Wir müssen es fertigbringen, eine Auslese dieser Leute, auch wenn sie jetzt vielleicht auf der anderen Seite stehen, herauszunehmen und sie in einem Gespräch zusammenzuführen, auch mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, und mit unseren führenden Leuten. Es spricht die Leute an, wenn sie von der politischen Führung unmittelbar gewürdigt werden. Wir müssen mit ihnen Argumente und Gegenargumente austauschen. Auf diesem Gebiet ist bisher nichts geschehen. Das ist ein großes Versäumnis.

Als eben gesagt wurde, Bremen wird möglicherweise der erste große Test für diese Volksbefragung sein, ist mir der Gedanke und die Erinnerung an das gekommen, was sich 1933 in Lippe ereignet hat.<sup>78</sup> Wir sollten den ersten Fall der Durchführung dieser Volksbefragung benutzen, um mit allem unserem Geschick und allen unseren Möglichkeiten unseren Einfluß und Willen durchzusetzen; denn wenn ein solcher Fall schiefgeht, ist er nachher infolge seiner Fernwirkung viel schwerer zu korrigieren.

Entschuldigen Sie bitte, wenn ich nun eine Frage dazwischenschiebe, aber ich muß gleich nach Berlin, wo ich den Bundespräsidenten zu begrüßen habe. Ich weiß nicht, wer verantwortlich für unseren Landesverband Nordbaden<sup>79</sup> ist. Ich hätte mich gern direkt damit auseinandergesetzt, aber ich habe folgendes zu sagen. Sie wissen alle, was in Tauberbischofsheim geschehen ist. Dort hat auf einem Parteitag der CDU Herr Wenger gesprochen.<sup>80</sup> Nach Presseberichten sind seine Ausführungen mit stürmischem Beifall aufgenommen worden. Er hat gesagt, er lehne die nationalstaatliche Wiedervereinigung Deutschlands im Bismarckschen Sinne ab. Wenn er dabei geblieben wäre, hätte man es auslegen können: im Bismarckschen Sinne. (*Zuruf*: Das ist schon genug!) Er hat aber ausdrücklich erklärt, die Bundesrepublik bleibe im Westen, dann soll es einen Donaauraum geben und drittens ein Mittel- und Ostdeutschland, das mit einem befreiten Polen eine Art östliche Montanunion bilde. Die Partei hat auf diese Erklärungen von Herrn Wenger sofort geantwortet. Das ist durch die Zeitungen gegangen; es hindert aber nicht, daß nun das Für und Wider nebeneinander gestellt wird. Diese Sache von Tauberbischofsheim wird uns von allen möglichen Stellen um die Ohren geschlagen. Sie brauchen nur zu lesen, was Herr Sethe in der „Welt“ geschrieben hat.<sup>81</sup> In Berlin ist es uns von der Sozialdemokratischen Partei vorgehalten worden. Und dann wundern wir uns darüber,

---

78 Vermutlich bezieht sich Gradl auf die Landtagswahl in Lippe am 15. Januar 1933. Vgl. Jutta CIOLEK-KÜMPER: Wahlkampf in Lippe. Die Wahlkampfpropaganda der NSDAP zur Landtagswahl am 15. Januar 1933. München 1976.

79 Dr. Franz Gurk. Vgl. Nr. 1 Anm. 61.

80 Landesparteitag der CDU Nordbaden in Tauberbischofsheim, 19.–20. April 1958 (Rede Wengers in ACDP III-004-074). Vgl. auch UiD Nr. 17 vom 24. April 1958.

81 Paul Sethe: „Ehrliche Sprache“, in: „Die Welt“ vom 25. April 1958. – Dr. Paul Sethe (1901–1967), 1955–1960 Redakteur bei der „Welt“. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 284 Anm. 71.

wenn uns draußen im Lande der Vorwurf gemacht wird, wir hätten nichts übrig für die Wiedervereinigung. Ich bitte deshalb wirklich eindringlich darum, künftig den „Rheinischen Merkur“ nicht als eine Art Parteiorgan zu akzeptieren. Man muß sich überlegen, wen man reden läßt, wenn man weiß, was aus solchem Munde gesagt wird. Ich bitte Sie, in der Entschließung, die heute herausgegeben wird, ausdrücklich einen Satz deutlich aufzunehmen, nämlich die entschiedene Distanzierung der Partei zu diesem Vorgang zum Ausdruck zu bringen. (*Lebhafter Beifall.*)

*Meyers:* Seit 1956 bemühen wir uns um die Intellektuellenschichten unseres Volkes. Ich muß feststellen, daß zunächst alles getan worden ist, was von seiten der Partei getan werden konnte. Es gibt einen einzigen Ausnahmefall, daß jemand, der von uns beauftragt worden ist, sich persönlich um die Dinge zu kümmern, sich eben nicht darum gekümmert hat. Ich will den Namen nicht sagen. Das Problem als solches ist aber durchaus erkannt. Es ist ein sehr dringendes Problem. Es gibt auch bei den Studenten und Professoren merkwürdige Geschichten. Wenn z.B. ein chinesischer Student in Münster einem CDU-Mann sagt: „Professor Hagemann<sup>82</sup> nix gut“, so war schon aus den Vorlesungen des Herrn Hagemann zu entnehmen, daß hier kein CDU-Mann sprach, wenn er auch sechs Jahre lang den Beitrag bezahlt hat. Das Kreisgericht in Münster hat seinen Ausschluß aus der Partei beschlossen.

Die Kernfrage bleibt: Was tun wir? Wir müssen etwas tun für die Studenten. Sie haben aufgrund ihrer späteren Berufe eine große Ausstrahlung auf die Bevölkerung. Ich wollte nur noch einmal herausstellen, daß das Problem klar erkannt ist. Wir brauchen aber diese Frage jetzt nicht weiter zu vertiefen.

*Adenauer:* Seit Jahr und Tag gebe ich mir die größte Mühe, die Mitglieder des Vorstandes und auch des engeren Parteigremiums mehr für die Studenten zu interessieren. Aber es geschieht nichts. (*Grادل:* Oho!) Sie sagen: Oho, aber es ist so. Die Sozialdemokraten bekümmern sich x-mal mehr um die Studenten als die größere CDU. Es war unmöglich – lassen Sie mich das einfügen –, in Hamburg einen Professor, der in Hamburg wohnt, als Bundestagskandidaten aufzustellen; statt dessen wurde ein Referendar aufgestellt.<sup>83</sup>

*Heck:* Die Aktionen, die in der vergangenen Woche angelaufen sind, sind sorgfältiger vorbereitet als jede andere zuvor. Ich habe zufällig eine Nachricht

---

82 Dr. Walter Hagemann (1900–1964), Universitätsprofessor und Direktor des Instituts für Publizistik an der Universität Münster, wurde am 21. April 1958 vom Ehrengericht des CDU-Kreisverbandes Münster-Stadt wegen parteischädigenden Verhaltens aus der CDU ausgeschlossen. Hagemann hatte sich wiederholt in Fragen der Außenpolitik und der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr gegen die Politik der CDU geäußert. 1959 dienstenthoben, 1961 in die DDR übergesiedelt. Vgl. AdG 1958 S. 7018.

83 Adenauer meint Pascual Jordan (Professor) und Dietrich-Wilhelm Rollmann (Referendar), dem allerdings 1957, auf Platz 9 der Landesliste stehend, der Einzug in den Bundestag nicht gelang. Vgl. dazu das Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der CDU Hamburg am 8. Juli 1957, in der über die Landesliste zur Bundestagswahl 1957 abgestimmt wurde (ACDP III-010-002).

bekommen über eine Aussprache zwischen Angehörigen des DGB und Herrn Wehner, wobei dieser ausgeführt hat, welche Gedanken bei den Initiatoren dieser Aktionen vorherrschen. Wehner hat erklärt: „Ich bin für den Generalstreik. Ein Generalstreik kann nicht von oben dekretiert werden, er muß von unten gemacht werden. Die Zeit ist noch nicht reif dafür. Deswegen müssen wir in den nächsten Wochen und Monaten alle möglichen Formen des Probierens in allen Variationen anwenden, um diese Situation reif zu machen.“

Ich meine, daß es falsch ist, diese Anti-Atomtod-Bewegung im Zusammenhang zu sehen oder ausschließlich zu sehen in Schwierigkeiten, die die SPD auf ihrem Parteitag hat, oder zu hoffen, daß die anders wird, wenn das vorüber sein wird. Wir dürfen auch nicht hoffen, daß es zu Ende ist, wenn die Landtagswahlen vorüber sind. Ich bin der Meinung, daß wir es mit diesen Aktionen in allen Variationen in den kommenden Jahren zu tun haben werden. Wir sollten uns darüber im klaren sein, daß sicher alle Beteiligten mit diesen Aktionen Gedanken verbinden, die man praktisch in die Nähe des Staatsstreiches richten muß. Wir können die Augen nicht davor verschließen, daß diese Aktionen z.Z. stärker aus dem Hintergrund gelenkt werden, als vielleicht diejenigen, die im Vordergrund als Organisatoren in Erscheinung treten, sich selber bewußt sind.

In meinem Wahlkreis ist mir eine Geschichte aufgefallen. Nach der Bundestagswahl ist auf der Kreisebene urplötzlich ein Wechsel eingetreten; es sind nämlich völlig neue Leute dort aufgetaucht. Ich habe festgestellt, daß es sich ausnahmslos um Personen handelt, die aus der sowjetisch besetzten Zone gekommen sind. Ich habe vier Tage nach der großen Debatte im Bundestag eine öffentliche Versammlung in meiner Heimatstadt Rottweil abgehalten. Da kam von Schwenningen diese Mannschaft an, ziemlich kräftige Leute. Ich weiß nicht, ob sie die Versammlung sprengen wollten. Es ist nicht dazu gekommen. Diese Leute habe ich kennengelernt. Der Sprecher war ein Studienrat aus der Zone, der ausgezeichnet orientiert war, z.B. über den Notenwechsel des Jahres 1952 bis in jede Einzelheit hinein, so daß ich mir sagen mußte, es ist völlig ausgeschlossen, daß ein Studienrat so gut orientiert sein kann. Ich möchte deshalb empfehlen, daß wir in Zukunft auf der Landes-, Kreis- und Ortsebene etwas sorgfältiger die Augen darüber aufmachen, was sich innerhalb der Sozialdemokratischen Partei tut. Die Sozialdemokraten machen den Versuch, dem Volke klarzumachen, wir hätten sie mit Wahlkampagnen bei der Bundestagswahl betrogen. Diese Behauptungen lassen sich zurückweisen, und sie müssen zurückgewiesen werden. Deswegen ist es eine Aufgabe der Abgeordneten, in ihren Wahlkreisen sich von dieser Atomtod-Bewegung nicht irritieren zu lassen, sondern sich in den Versammlungen diesen Vorwürfen und Anwürfen zu stellen. Ich halte das für dringend notwendig. Dr. Gradl hat die Sache angesprochen. Es handelt sich z.Z. nicht nur um Intellektuelle, die Schwierigkeiten machen, sondern auch um Persönlichkeiten, die man mit dem Prädikat „intellektuell“ nicht gut auf die Seite schieben kann. Ich denke z.B. an eine Frau wie Gertrud von Le Fort. Zu Gertrud von Le Fort ist man sicher nicht gegangen und hat sie gleich unterschreiben lassen, sondern diese Dinge sind in Monaten erfolgt. Wir müssen uns

auch darum bemühen, die wirklichen Repräsentanten des deutschen Geisteslebens in eine etwas engere Verbindung mit der Politik zu bringen.

Herr Bundeskanzler! Das kann niemand besser von uns als Sie selbst. Ich könnte mir vorstellen, daß es durchaus möglich wäre, einen geeigneten Anlaß zu finden, um einmal einen größeren Kreis von Persönlichkeiten des deutschen Geisteslebens – Wissenschaftler, Publizisten, Dichter, Schriftsteller und sonstige Künstler – zu einem Gespräch einzuladen, um ihnen Ihre Sorge darzutun. Ich fürchte, daß es jetzt eine ähnliche Entwicklung gibt wie damals in der Weimarer Zeit, wo Geist und Macht keine Verbindung zueinander finden konnten.

*Adenauer:* Ich habe vor einiger Zeit eine längere Besprechung mit einem Herrn gehabt, der unbedingt zu dieser Sphäre zu rechnen ist. Er sah auch meine Klagen ein, sagte aber dann: In jedem Volk ist eine solche Schicht notwendig. Was wollen Sie darauf erwidern!

*Fay:* Die Frage, ob wir bei diesen Aktionen auf dem Höhepunkt sind oder nicht, kann man jetzt nicht abschließend beantworten. Sicher scheint mir zu sein, daß vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen die Frage „Kampf gegen den Atomtod“ absolut akut ist. Bis zu diesem Zeitpunkt wird, von der SPD zentral gesteuert, auf allen Ebenen unseres politischen Lebens diese Frage hochgezüchtet werden. Es ist auffällig, daß überall da, wo von Volksbegehren die Rede ist, der 29. Juni als Termin genannt wird. Ich habe im Magistrat von Frankfurt gefragt, welches Motiv die SPD hätte, den 29. Juni zu nehmen. Es wurde gesagt, das sei rein zufällig; sie hätten sich ausgerechnet, vor den Ferien sei das der einzig mögliche Tag. Auf meinen Einwand, das sei von Berlin gesteuert, hat man entrüstet geantwortet, das sei nicht der Fall, sondern es sei reiner Zufall. Es wurden auch die Termine für Bremen und anderswo genannt. Auch hier liegen die Termine acht Tage vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen. Man hofft also, daraus politisches Kapital schlagen zu können. Ob die Frage bei der hessischen Landtagswahl am 30. November akut sein wird, hängt von den Vorentscheidungen ab. Angesichts dieser Erkenntnis, daß es so oder so sein kann, halte ich eine Propagandaaktion vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen für dringend notwendig, und zwar eine ganz breit angelegte Propagandaaktion.

Es ist davon gesprochen worden, was man draußen im Lande hört, teilweise aus den eigenen Reihen. Es sind nur wenige, und das Ganze sollte nicht überbetont werden, aber immerhin, auch derentwegen lohnt es sich, einmal die Sache klarzustellen. Ich möchte auch das unterstreichen, was Herr Gockeln gesagt hat. Der vorpolitische Raum steht nicht ganz sicher zu uns in dieser Beziehung, und er bedarf einer außerordentlich intensiven Pflege. Ich bin davon überzeugt, wenn man das vier Wochen lang intensiv macht, werden diese Leute wieder spüren. Aber diese Arbeit ist nötig.

Herr Bundeskanzler! Am wichtigsten in dieser Propaganda wäre eine Rundfunkrede von Ihnen. Wenn Sie über mehrere Sender sprechen, so wird das ein großer Erfolg, der uns helfen kann. Ausgezeichnet ist die Plakataktion, die Sie von der Bundesregierung aus vorhaben. Auch wir als Partei sollten in dieser Beziehung alles

tun. Die Frage ist wichtig genug, daß wir das Geld dafür aufbringen. Für sehr gut halte ich den Vorschlag von Herrn Meyers, die widersprechenden Zitate unserer Gegner einmal zusammenzustellen, um sie als Rednermaterial zu verwenden. Wir haben schon sehr gutes Rednermaterial von der Bundespartei, aber leider wird es nicht gelesen und nicht verarbeitet. Wir müssen Versammlungen abhalten mit Fragestunden für die Bevölkerung, wobei wir dann das Schlußwort haben. Ich darf noch auf eines aufmerksam machen, woran mein Freund Grosskopf<sup>84</sup> sehr hängt. Wir haben bei der Landtagswahl 1954 in Hessen einen großen Erfolg mit Kleinstannoncen gehabt. Sie fingen alle an: „Wußten Sie schon ...“ Ich verspreche mir von solchen Anzeigen sehr viel. Es kostet zwar Geld und Geist, aber es lohnt sich bestimmt. Ich bin dafür, daß wir mit der Aktion möglichst bald beginnen.

Der verfassungsrechtlichen Seite sollte man nicht allzu große Bedeutung beimessen. Die politische Seite ist für die breite Masse das Entscheidende. Die verfassungsrechtliche Seite muß natürlich bis zum letzten Buchstaben genauestens geprüft werden; denn wenn da etwas schiefgeht, bekommen wir eine politische Ohrfeige, und das wird auch weitere Rückwirkungen haben. Bei uns in Frankfurt fing es an mit drei Anträgen der Sozialdemokraten, von denen zwei von der FDP unterstützt wurden. Der erste Antrag war der, eine Kommission von Journalisten, Wissenschaftlern und Ärzten nach Nagasaki und Hiroshima zu schicken, um an Ort und Stelle die Wirkungen der Atombomben, die vor 13 Jahren gefallen sind, festzustellen. Der Antrag wurde von der absoluten Mehrheit der SPD angenommen. Im Magistrat konnte kaum widersprochen werden, denn der Antrag verstößt nicht gegen ein Gesetz oder gegen die Verfassung. Wenn auch die 150.000,- DM Kosten bei einem Etat von 415 Millionen keine große Rolle spielen, so ist der Antrag doch blödsinnig. Ich möchte in diesem Zusammenhang den Bundesfinanzminister bitten, etwas mehr geneigt zu sein, den notleidenden Gemeinden aus der Bundeskasse zu helfen.

Der zweite Antrag ging dahin, daß allen Maßnahmen über die Bereitstellung von Grundstücken zu Abschußbasen entschlossener Widerstand entgegengesetzt werden solle. Wir haben darauf hingewiesen, daß es eine demokratische Partei doch im Ernste nicht wollen könne, gegen gesetzlich beschlossene Maßnahmen entschlossenen Widerstand zu leisten. Der Oberbürgermeister<sup>85</sup> hat das sofort kapiert und erklärt, daß entschlossener Widerstand nur im Rahmen der Gesetze möglich sei.

Die dritte Frage ist die berühmte Volksbefragung, ob auf dem Gebiet der Bundesrepublik Abschußbasen errichtet und Atomwaffen gelagert werden sollen. Diese Frage wurde von der SPD und FDP – die FDP in Hessen ist anderer Meinung als die FDP in anderen Ländern – bejaht. Wir haben dagegen gestimmt. Der Magistrat hat nunmehr zu prüfen, ob dieser Beschluß gegen das Gesetz verstößt. Die erste Sitzung, in der sich zwölf SPD-Magistratsmitglieder und vier CDU-Magistratsmitglieder – die

84 Dr. Erich Grosskopf (1903–1977), Steuerberater; 1946–1970 MdL Hessen (CDU, 1952–1966 Fraktionsvorsitzender).

85 Werner Bockelmann (1907–1968), 1957–1964 Oberbürgermeister von Frankfurt/M.

zwei FDP-Mitglieder zählen wir gar nicht – gegenübermaßen, endete damit, daß die Frage nicht entschieden wurde. Der Presse wurde bekanntgegeben, mit Rücksicht auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen CDU und SPD sei die Entscheidung vertagt worden.<sup>86</sup> Wir haben das als einen Propagandaerfolg verbucht; denn wenn vier Abgeordnete zwölf Abgeordneten ihre Meinung dahingehend aufzwingen, daß sie es nochmals überdenken sollen, dann ist das immerhin ein Erfolg.

Für das nächste Mal haben die Sozialdemokraten von ihrem Parteivorstand die Anweisung bekommen, nicht zu widersprechen, sondern die Sache rechtlich zu sanktionieren. Es lag ein Gutachten unserer Rechtsstelle vor, das uns eindeutig recht gegeben hat, obwohl der Leiter dieser Rechtsstelle Sozialdemokrat ist. Der Magistrat hat sich aber über dieses Rechtsgutachten hinweggesetzt und widersprochen. Wir haben daraufhin von Frankfurt aus eine Dienstaufsichtsbeschwerde an den hessischen Innenminister eingeleitet und sie begründet. (Ich habe sie Herrn Globke<sup>87</sup> gegeben.) Der Innenminister wird nun zu entscheiden haben, ob er den Magistrat anweist zu widersprechen oder nicht. Hier bitte ich nun um die Hilfe der Bundesregierung. Ich bin der Ansicht, daß sie gut beraten war, als sie den Ministerpräsidenten die Mahnung geschickt hat, die Bundestreue zu halten. Man sollte nunmehr den hessischen Innenminister wissen lassen, daß damit der „casus belli“ gegeben ist, wenn er in Frankfurt nicht einschreitet. Wir sind davon überzeugt, daß wir nicht nur aufgrund der Bundesverfassung und der hessischen Verfassung, sondern auch aus Gründen der Gemeindeverfassung im Recht sind. In unserem § 2 heißt es: Aufgabe der Gemeinde ist es, die Verwaltung durchzuführen. Das ist nach der Meinung aller Kommentatoren die örtliche Verwaltung, und es sind nicht die überörtlichen Dinge. Nun verstoßen solche Beschlüsse in einer Gemeinde gegen das Gemeinderecht. Wir haben die Bitte, daß das Kabinett prüft, ob und inwieweit der Bundesinnenminister gegen die Landesminister einschreiten kann. Wir versprechen uns von der Dienstaufsichtsbeschwerde folgendes: Entweder gibt der Minister uns recht, dann ist die Sache erledigt; oder er gibt uns nicht recht, und dann müssen wir den Weg des Verwaltungsgerichtes beschreiten. Eine andere Möglichkeit haben wir nicht. Den Weg zum Staatsgerichtshof zu gehen, ist zu kompliziert. Es ist dann die Frage zu prüfen, ob man zum Bundesverfassungsgericht gehen kann. Auch hier bitte ich um geeignete Unterstützung; denn diese Frage kann überall auftauchen.

Abschließend möchte ich sagen, daß in der Propaganda die Frage der Rechtsmäßigkeit für unsere internen Beratungen, die sehr sauber durchdacht sein müssen, eine untergeordnete Rolle spielen muß; denn ein Rückschlag kann verheerende politische Wirkungen haben.

*Gerstenmaier:* Ich hatte nicht die Absicht, in diesem Gespräch mich mit der Substanz dessen auseinanderzusetzen, was eigentlich die Darlegungen des

---

<sup>86</sup> Vgl. FAZ vom 26. April 1958 (Unionspartei erhebt Beschwerde).

<sup>87</sup> Dr. Hans Globke (1898–1973), 1953–1963 Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 523 Anm. 22.

Herrn Bundeskanzlers, jedenfalls zum ersten Teil seines Berichtes, ausmachen. Die Diskussion hat inzwischen einen anderen Verlauf genommen. Deshalb möchte ich mich auf einige Bemerkungen beschränken, die sich mit der taktischen Seite unserer Situation befassen sollen.

Mir sind beim Blick auf die innere Situation unseres Volkes die beiden Komplexe gewärtig, die uns tief bewegen. Das eine ist der bekannte Versuch der SPD, durch die Ausbeutung der Angst unseres Volkes an die Macht zu kommen. Das ist natürlich der Kern des ganzen Manövers der Volksbefragung. Daß die Methoden, deren sich die SPD bedient, verfassungswidrig, ja sogar nach dem Bericht, den Herr Meyers vorgetragen hat, verfassungsfeindlich sind, ist ohne Zweifel. Aus dieser Beurteilung ergeben sich die Meinungen der taktischen Behandlung innerhalb des Parlamentes, mit der sich die Fraktion sehr eingehend befaßt hat. Das ist der eine Komplex.

Der andere Komplex scheint mir die in unserem Volke entstandene Situation zu sein, die sich aus der rigorosen Art des militanten Atheismus in der Ostzone ergibt. Dieser Angriff ist doch von der Art, daß er Konsequenzen hat, wahrscheinlich auch für unsere politische Situation hier in der Bundesrepublik. Ich gehöre nicht zu denen, die kirchliche Fragen mit politischen Fragen mit Vorliebe vermischen, sondern ich gehöre zu denen, die sie mit Vorliebe voneinander trennen. Aber hier besteht natürlich eine gewisse Verbindung, die sich immer mehr verdichtet und die wir gar nicht mehr ignorieren können als große verantwortliche Partei im freien Teil Deutschlands. Ich wage nicht vorauszusagen, welchen Verlauf die Synode der evangelischen Kirche in Deutschland nimmt.<sup>88</sup> Ich denke, daß immerhin das Risiko besteht, daß diese Synode, nachdem sie angefangen hat, sehr bald abgebrochen werden muß. Ich möchte jedenfalls dafür eintreten, daß diese Synode nur dann stattfindet, wenn die Freiheit der Beratungen und die Freiheit der Entscheidung gewährleistet ist. Wenn diese Freiheit nicht gewährleistet ist, entsteht möglicherweise eine Situation, die weitgehend Konsequenzen auch für das Gesamtgeflecht Deutschlands hat.

Man muß sich das sehr genau überlegen. Ich verweise nur deshalb darauf, um zu zeigen, wo politische Nahtstellen sind und was uns besonders angeht. Ich bin der Meinung, daß wir bei der Vergegenwärtigung dieser großen Probleme gut daran tun, ein Dreifaches zu erwägen: 1. daß wir bei der Formulierung politischer Entscheidungen gerade dann, wenn wir sie für unerläßlich halten, denkbar vorsichtig sind, 2. daß wir uns nicht nur darum bemühen, geeignete propagandistische Formeln zu finden, sondern daß wir unsere Politik in einem Gewand dem deutschen Volk vorführen, wonach ihm diese Politik nicht nur begehrenswerter, sondern auch verständlicher wird.

Ich möchte in diesem Punkte die Versuche, die an diesem Tische von Hamburg aus unternommen worden sind, unterstützen. Ich habe verstanden, Herr Sieveking, daß es Ihnen nicht darum zu tun war, den Herrn Bundeskanzler zu ermutigen, seine konsequente Politik zu ändern, sondern nur darum, darüber nachzudenken, wie wir

---

<sup>88</sup> Gesamtdeutsche Synode der EKD in Berlin vom 26. bis 30. April 1958. AdG 1958 S. 7052f..

ihr einen attraktiven New Look geben können. Ich befinde mich damit in einer besseren Position; denn wenn ich das, was ich meine, mit einem amerikanischen Begriff vortrage, kann ich weniger angegriffen werden, als wenn ich das mit einem schlichten deutschen Wort gesagt hätte.

Aber, meine Damen und Herren, was mich eigentlich veranlaßt hat, das Wort zu nehmen, ist die Geschichte mit den Intellektuellen. Es war eine große Leistung von Ihnen, Herr Bundeskanzler, eine Nacht hindurch bis morgens um 3.30 Uhr zwischen den Intellektuellen in einem Bierkeller (*Adenauer*: Es war aber sehr nett!) sitzend eine Position wahrzunehmen, die die anwesenden Intellektuellen am Tage danach zu einer bewundernden, aber immer noch sehr kritischen Feststellung gebracht hat, daß es für sie faszinierend gewesen sei, eine solche Nacht mit dem Bundeskanzler durchstehen zu können.<sup>89</sup> Sie haben vorsichtigerweise offengelassen, wer dabei der Sieger oder der zweite Sieger war. Sie haben aber ihren Tribut an Ihrer Seite, Herr Bundeskanzler, entrichtet mit einem Vorschlag, den Herr Dr. Heck hier mit einiger Vorsicht in Form der Prolegomena angedeutet hat; zwei Intellektuelle haben zwei Briefe geschrieben und vorgeschlagen, es müsse unbedingt von seiten der CDU etwas mehr getan werden, aber nicht, um sozusagen das Fußvolk der Intellektuellen auf dem Weg der Massenpropaganda anzusprechen, sondern, was von seiten der CDU geschehen sollte, wäre eigentlich, die Hauptleute unter den Intellektuellen – wenn solche militärischen Begriffe in diesem Bereich überhaupt anzuwenden sind – anzugehen. Zu diesem Zweck haben sie vorgeschlagen, daß einmal so an die 100 führenden Intellektuellen mit dem Bundeskanzler zusammenkommen. (*Weber*: 100?) Sie meinen, 70 würden dahinkommen! (*Cillien*: Das ist zuviel für einen Abend!) Wenn man es in Passagen macht, gibt es neue Probleme. Ich sehe aber an dem Vorschlag, daß sich die beiden Herren mit der Situation ernsthaft auseinandergesetzt haben und daß sie meinen, es sei eigentlich – verzeihen Sie das harte Wort – eine Unanständigkeit, wenn das so weitergehe, was sich in Deutschland inzwischen eingebürgert habe, daß sich eine große, sich immer mehr verbreitende Distanz zwischen den Vertretern der Geisteswelt und den Primitiven in der Politik aufbaue.

Die Primitiven in der Politik sind das, was an diesem Tische versammelt ist! (*Bewegung*.) Meine Damen und Herren! Ertragen Sie es mit Gelassenheit! (*Weitere Bewegung und Unruhe*.) Auch Sie gehören dazu; nachdem Sie so lange und heiß gekämpft haben, müssen Sie solche Sachen hinnehmen! Wir sind an diesem Tische die „Primitiven“. Uns ist zwar eine solche „Kleinigkeit“ wie die Verantwortung für den Staat übergeben, aber die hohe Moral, die Denkkraft und die Gedanken, über die Prinzipien zu verfügen, das ist in der Hand der hierbei von der Realität des Politischen distanziierten frei schwebenden Geisteswelt.

---

<sup>89</sup> Am 28. März 1958 gab Gerstenmaier eine Abendeinladung, an der neben Adenauer Felix von Eckardt, der Schriftsteller Friedrich Sieburg, der Journalist Klaus Mehnert sowie der Schriftsteller und Theologe Nikolaus Wöll teilnahmen (ACDP I-210-031).

Die beiden Herren waren der Meinung, daß diese Situation auf die Dauer eine Situation ist, die nicht hingenommen werden kann in diesem Staate, die unter keinen Umständen hingenommen werden kann von einer Partei, die seit acht Jahren nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und der Freiheit die Macht im Staate verantwortlich trägt, sondern sie müsse den Versuch machen, dieser Schizophrenie entgegenzuwirken und deshalb beide zusammenbringen.

Es leuchtet mir ein, daß man die Sache wahrscheinlich aussichtsreicher machen kann, wenn man das Kapitel von oben und nicht von unten aufblättert, d.h., daß die Geister, nach denen sich die Studenten schließlich doch, wenn auch widersprechend, zu richten pflegen, wichtiger sind als die Masse der Studenten. Ich glaube also, daß dieser Gedanke richtig ist, daß es darauf ankommen müßte, mit den führenden Köpfen der Gelehrten, der Dichter, der Publizisten usw. mit großer Geduld den ganzen Wirrwarr, den uns diese Leute aus ihrer moralisch-prinzipiellen Präntention heraus servieren werden, zu diskutieren; man müßte sie aufklären und ihnen die Notwendigkeit und Moralität des Politikers, der Verantwortung hat und wichtige Entscheidungen fällen muß, vergegenwärtigen und sie auffordern, sich mit einer solchen Situation zu konfrontieren.

Ich möchte kein Wort gegen das sagen, was im übrigen vorgeschlagen worden ist. Natürlich sollten wir die Auseinandersetzung an den Universitäten mit den Studenten ernst nehmen. Wir sollten das eine tun und das andere nicht lassen. Wenn man sich aber in der Parteiführung damit befaßt, sollten wir uns im klaren sein, daß sich die Führung in der Politik der Führung des Geisteslebens stellen muß. Wir dürfen das unter keinen Umständen – wie auch die beiden Intellektuellen gemeint haben – der SPD durch Carlo Schmid und Arndt überlassen. Ich betrachte es als einen großen Erfolg einer nächtlichen Sitzung, daß Sie auf zwei scharfsinnige Intellektuelle so gewirkt haben, daß die sich sagen, diese Sache ist notwendig, wenn schon nicht um der CDU willen, so um der Nation willen; denn sie sind überzeugt davon, daß es in erster Linie notwendig und berechtigt ist, von dieser Nation aus, die von diesem Manne geführt wird, an die Führer des Geisteslebens heranzutreten. Ich möchte daher empfehlen, daß die Bundesgeschäftsstelle Anregungen dieser Art sorgfältig aufnimmt und sie verarbeitet, um dann dem Herrn Bundeskanzler entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Was von uns *Fratres minores* geschehen kann, das wird hier ganz gewiß geschehen. (*Lebhafter Beifall.*)

*Adenauer:* Herr Konfrater! (*Heiterkeit.*) Ich bin gerne bereit, diese Anregung aufzugreifen und mich mit Ihnen auch über die Persönlichkeiten zu unterhalten, die in Frage kommen. Vielleicht machen Sie sich darüber einige Gedanken.

Nun liegt noch eine Reihe von Wortmeldungen vor. Ich hoffe, daß die Sitzung im Bundestag bald zu Ende geht. Herr Schröder wird bald kommen können. In der Zwischenzeit habe ich mir, damit Sie sich über die Bedeutung klar sind, die letzte EMNID-Rundfrage vom 17. April geben lassen über die Prozentzahlen der Bevölkerung vor und nach der Bundestagsdebatte über die atomare Bewaffnung. Es handelt sich

um eine außerplanmäßige Umfrage bei jeweils 1.000 Personen, die immerhin gewisse Schlüsse zuläßt.

|                 | Vor der Debatte | Nach der Debatte |
|-----------------|-----------------|------------------|
| CDU/CSU         | 33              | 32               |
| SPD             | 26              | 31               |
| FDP             | 5               | 6                |
| Deutsche Partei | 2               | 3                |
| BHE             | 3               | 3                |
| Zentrum         | 1               | 1                |

Das Interessanteste dabei ist, daß die SPD von 26 auf 31 % gestiegen ist.

*Bach:* Es ist im Volk die Stimmung vielfach so, als ob wir uns auf der ganzen Linie bei der atomaren Bewaffnung in der Verteidigung befänden. Die Zahlen, die der Herr Bundeskanzler jetzt bekanntgegeben hat, sprechen dafür. Wir werden mit dieser Verteidigung niemals Anklang finden. Es ist so, daß die Sozialdemokratie einen Kampf vorbereitet hat, der bis in die kleinste Gemeinde hineingeht. Überall wird der Antrag gestellt, dieses Problem in der Gemeindevertretung zu behandeln. Da unsere Leute nicht vorbereitet sind, kommt es sogar vor, daß CDU-Vertreter einem solchen Antrag zustimmen. Es ist unbedingt notwendig, daß von der kommunalen Ebene her darauf aufmerksam gemacht werden muß, damit unsere Vertreter von vornherein erklären – Herr Bitter<sup>90</sup> ist ja hier –, das gehört nicht in die kommunalen Parlamente, sondern in den Bundestag.

Die Parole der Bundesregierung „Kampf dem Atomtod in der ganzen Welt“ müßte auch in der Presse mit einigen Schlagworten publiziert werden. Ich habe den Versuch mit diesen Parolen an zwei Stellen gemacht und große Erfolge damit erzielt. 200 Jugendliche standen restlos auf unserem Boden, obwohl der betreffende Ort eine sozialdemokratische Mehrheit hat. Wenn wir sagen, daß wir die Atomgefahr auf der ganzen Welt bekämpfen, dann kommt das bei dem kleinen Mann ausgezeichnet an. Wir sollten mit dieser Parole die Gegenaktion starten und Großkundgebungen halten. Damit würden wir die SPD treffen. Die SPD ist in sich nicht geschlossen. Wenn wir mit einer einheitlichen Auffassung „Gegen den Atomtod in der ganzen Welt“ auftreten, können wir den Angriff nicht nur aufhalten, sondern sogar die Leute für uns gewinnen. Das sollten wir vor allen Dingen bei den Vorbereitungen zur Landtagswahl herausstellen.

*Blumenfeld:* Zunächst eine Richtigstellung! Herr von Hassel hat mich noch einmal apostrophiert und gesagt, ich hätte mich für eine Volksbefragung ausgesprochen. Ich möchte klarstellen, daß ich ein entschiedener Gegner der Volksbefragung bin.

---

90 Wilhelm Bitter (1886–1964), Verleger; Mitgründer und Bundes- bzw. Ehrenvorsitzender der KPV. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 132 Anm. 99.

Ich wollte nur zum Ausdruck bringen, daß wir eine Befragung des Volkes mit den besseren politischen Argumenten, die wir unser eigen nennen, eigentlich nicht zu scheuen brauchen. Es wäre ganz falsch, wenn wir uns in die Ecke drängen ließen mit dem Argument: Ihr wollt keine Volksbefragung, ihr schiebt verfassungsrechtliche Gründe vor. In Wirklichkeit habt ihr Angst. In diese Ecke dürfen wir uns nicht drängen lassen.

Es ist von Aktionen gesprochen worden. In welchem Raum und wie sollen sich diese Aktionen vollziehen? Ich bin nicht der Meinung, daß wir als CDU in Großkundgebungen außerhalb der Landtagswahl nunmehr zur Volksbefragung oder zur atomaren Bewaffnung Stellung nehmen sollten, es sei denn, daß der Herr Bundeskanzler oder einige hervorragende Persönlichkeiten der Bundesregierung das tun. Ich halte es für eine große Gefahr, wenn wir der schrecklichen Vereinfachung, mit der die SPD diese Frage vor unserem Volk aufkreuzt, ebenfalls mit sehr einfachen Formulierungen gegenüberreten. Es ist wichtig, die Gegenaktion in der ganzen Breite durch unsere Organisation zu zerstreuen, was natürlich kleinere Kundgebungen nicht ausschließt; aber ich bitte zu bedenken, daß der Unterschied zwischen Großstädten und Landgemeinden hierbei eine erhebliche Rolle spielt. (*Unruhe.*)

Nun zur Frage des Inhalts! Ich darf mich Herrn Dr. Gerstenmaier anschließen, nicht nur in die Breite zu wirken, sondern auch in die geistige Führungsschicht unserer Bevölkerung einzudringen; denn diese Führungsschicht ist am gefährlichsten für Pendelschläge in der Politik. Ich möchte, auch wenn Herr Strauß nicht hier ist, ein offenes Wort sprechen. Herr Gockeln hat schon darauf hingewiesen. Wo geschieht im vorpolitischen Raum etwas? Wer vertritt dort eindeutig die Politik der Regierung? Die Bevölkerung spürt eine Gefahr auch deswegen, weil das deutsche Volk in sich schon genügend Erfahrungen gemacht hat mit einem Überhandnehmen militärischer Überlegungen vor politischen Überlegungen, d.h. mit dem militärischen Führungsanspruch, auch wenn er von unserer Bundesregierung nicht anerkannt wird; er wird aber doch durch die amerikanischen Militärs letzten Endes der Bevölkerung als Eindruck sehr sichtbar. (*Lebhafte Unruhe.*) Mir ist nicht klar, was der Verteidigungsminister letzten Endes will. Vor der Bundestagsdebatte vom März dieses Jahres hat der Herr Verteidigungsminister Strauß in Amerika eine Vielzahl von Presseäußerungen von sich gegeben, die letzten Endes alle im Inland sehr schlecht gewirkt haben bei der Bevölkerung, wenn ich ihm auch den klaren und richtigen Willen unterstelle, daß er sich der amerikanischen Presse und seinen amerikanischen Gesprächspartnern gegenüber korrekt ausgedrückt hat. Er hat die Angelegenheit mit den Matadoren in die Debatte geworfen, was in der Bevölkerung nicht verstanden worden ist. Es ist nicht verstanden worden, wenn es sich nur um sechs Matadore handelt, warum dann eine politische Ermächtigung erfolgen mußte für den Herrn Verteidigungsminister Strauß, um diese sechs Matadore zu kaufen bzw. zum Einsatz zu bringen. Ich erwähne das nur. Vielleicht habe ich das von Ihnen eben mißverstanden, Herr Bundeskanzler.

Nach der Bundestagsdebatte vom März hat Herr Strauß dem englischen Journali-

sten und Politiker Crossman<sup>91</sup> ein Interview gegeben. Ich weiß, daß Herr Strauß dazu Stellung genommen hat. Es geht nicht an, daß man etwas sagt und dann dementiert und richtigstellt. Ich weiß, daß, wenn zwei Herren ein Presseinterview haben, obwohl sie beide englisch und beide deutsch sprechen, [sie] sich nicht immer ganz verstehen und daß es schwierig ist, hierbei alles ganz klarzumachen. Herr Strauß hat gestern nicht in Abrede gestellt, daß er Crossmann gesagt hat, wenn die Entwicklung so weiterläuft, daß nach England auch Frankreich die nuklearen Waffen bekommt, würde zwangsläufig auch Deutschland diese Entwicklung zustoßen.[!] (*Zuruf: Nein!*) Jedenfalls ist das in dem Interview zum Ausdruck gekommen und über die Presse der ganzen Welt gegangen. (*Bewegung und Widerspruch. – Weber: Das hat er nicht so gesagt!*) Ich unterstelle nicht Herrn Strauß, daß er das so gesagt hat, aber das ist der Eindruck, der in der Bevölkerung entstanden ist, so daß sich die Leute fragen, wo endet das, und was tut die Bundesregierung eigentlich in dieser Frage. Deshalb unterstütze ich das, was hier gesagt worden ist, daß Sie sich, Herr Bundeskanzler, mit Ihrer großen Autorität und mit dem Ansehen im Ausland – vom Inland brauche ich gar nicht zu sprechen – an die Spitze der Interpretation der Friedenspolitik der Bundesregierung stellen und das Primat der Politik vor der automatischen Entwicklung militärischer Gegebenheiten klarmachen.

Es geht nicht an, daß große Teile der Bevölkerung sagen, wenn der Herr Norstad<sup>92</sup> etwas sagt, muß die Bundesregierung das ausführen. Das ist nicht richtig, aber es wird von vielen Leuten so verstanden, oder zumindest wird der Eindruck erweckt. Es ist eine Angelegenheit des Solarplexus, also der emotionalen Bewegung. Deswegen kann man dem nur entgegentreten mit dem größten politischen Stoß nach vorn. Das ist der Inhalt, den wir unserer Aktion geben müssen, d.h. eine eindeutige Klarstellung in einem etwas neuen Gewand unserer Politik.

*Adenauer:* Ich fürchte, Herr Kollege Blumenfeld liest zu ausschließlich die „Welt“. (*Blumenfeld:* Auch die „Neue Zürcher Zeitung“!) Das freut mich sehr. Alles das, was Sie zum Fall Strauß–Crossman – wenn man überhaupt von einem „Fall“ sprechen kann – fragen, ist irgendwann schon einmal in der Öffentlichkeit gesagt worden. Es ist gesagt worden, daß die sechs Matadore überhaupt nicht hierherkommen. Die gehen, wenn unsere Leute daran ausgebildet sind, in die Libysche Wüste. Wir bekommen sie gar nicht. Sie haben gefragt, warum mußte dem Herrn Strauß diese Vollmacht gegeben werden. Im Bundestag ist dem Herrn Strauß gar nicht die Vollmacht gegeben worden wegen der Matadore, sondern es handelt sich um etwas völlig anderes. Ich habe eben ausgeführt, daß wegen der interkontinentalen Raketen eine Nachprüfung erfolgen muß für die Konzeption von SHAPE und NATO. Diese Prüfung ist im

---

91 Richard Howard Stafford Crossman (1907–1974), britischer Politiker und Journalist; ab 1945 Mitglied des Unterhauses (Labour), 1952–1967 Mitglied des Parteivorstandes, 1964–1966 Bauminister, 1966–1968 „leader“ des Unterhauses, 1968–1970 Gesundheitsminister.

92 Lauris Norstad (1907–1988), amerikanischer General; 1956–1962 Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa.

Gänge. Und nun wird in der Bundesrepublik von der SPD und zum Teil von der FDP dieser Kampf geführt gegen jede Bewaffnung der deutschen Truppen mit nuklearen Waffen. Die Militärs, die den ersten Entwurf machen, müssen nun wissen, werden die deutschen Truppen, soweit nötig, mit nuklearen Waffen versehen oder lehnt die Bundesrepublik das völlig ab. Deswegen war es nötig, eine solche Entscheidung des Bundestages zunächst herbeizuführen.

Ich darf Ihnen übrigens sagen, Herr Blumenfeld, daß die Amerikaner – auch das ist öffentlich gesagt worden – weggehen von Europa, wenn die Bundesrepublik ihre Truppen nicht mehr [mit] nuklearen Waffen versieht. (*Blumenfeld*: Ist das offiziell von Eisenhower gesagt worden?) Herr Eisenhower ist nicht dazu nötig; aber sie haben es erklärt. Es ist auch nicht so, daß etwa das, was der Herr Norstad sagt, einfach Gesetz ist. Ich wünsche manchmal, Herr Norstad sagte mehr, als er tut. Es sind auch noch andere Dinge gesagt worden in dem Gutachten<sup>93</sup>, das etwas sehr lang war. (*Meyers*: Das war Rednermaterial!) Rednermaterial wird auch nicht gelesen. Es steht darin u.a.:

„Die Ausbildung einer Truppe an Mehrzweckwaffen (die mit konventionellen und atomaren Sprengköpfen eingesetzt werden können) dauert 18 Monate. Die Entscheidung des Bundestages kann deshalb die Ergebnisse einer im Sommer oder im Herbst stattfindenden Gipfelkonferenz nicht belasten. Die Umrüstung der Bundeswehr ist frühestens bis Ende 1959 abgeschlossen. Ihre Vorbereitung wird nur solange fortgesetzt, wie es nicht zu einem Abrüstungsabkommen kommt. Ob die Bundeswehr tatsächlich mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet wird, hängt also allein von der Bereitschaft der Sowjets zu einer allgemeinen Entspannung ab.

Der Verzicht auf den ersten Schritt – die Ausbildung der Bundeswehr an Mehrzweckwaffen – würde nur den Sowjets dienen und ihre Bereitschaft zu einem Abrüstungsabkommen vermindern.“

Das ist die Mitteilung zu dem Fall Crossman–Strauß. Zu seinen Reden in den USA darf ich sagen, daß ich nicht glücklich war über jede Rede, die er dort gehalten [hat].<sup>94</sup> Als er abflog, habe ich ihm gesagt, bitte möglichst wenig und möglichst kurz reden. Ich habe hinterher gehört, und zwar von völlig unverdächtigster Seite, daß Herr Strauß mit seinen Reden in den Vereinigten Staaten einen ganz großen Erfolg gehabt hat. Bei Herrn Crossman liegt eine Panne vor. Da haben Sie recht. Wer Herrn Crossman kennt, der mußte wissen, welches Interview und ob man überhaupt ein Interview ihm geben konnte. Aber da hat leider auch das Presse- und Informationsamt nicht genügend aufgepaßt.

---

93 Vermutlich handelt es sich hierbei um das von Adenauer beim Bundeswehrführungsstab in Auftrag gegebene Gutachten (zum Rapacki-Plan) aus dem Frühjahr 1958. Vgl. dazu Strauß vor dem Bundestag am 20. März 1958 (Sten.Ber. 3. WP Bd. 40 S. 871) und PÖTTERING S. 163 Anm. 7.

94 Vgl. zur USA-Reise von Strauß AdG 1958 S. 6947. – Wortlaut der Pressekonferenz vom 6. März 1958 in ACSP NL Strauß 158/4.

*Adorno:* Ich habe mich zum Wort gemeldet, weil Herr Gradl die Situation in Baden-Württemberg angesprochen hat. Was den Parteitag in Tauberbischofsheim angeht, so bin ich nicht befugt, darüber zu urteilen. Ich möchte nur sagen, daß der Landesvorsitzende von Nordbaden, Herr Gurk, seit Monaten ernst erkrankt ist und sich erst seit einigen Wochen auf dem Wege der Besserung befindet. Er selbst hat an diesem Landesparteitag nicht teilgenommen.

Herr Gradl hat die Situation im Schwabenland angesprochen. Man konnte beinahe den Eindruck haben, als ob dort die eigentlichen Urheber der Bewegung gegen den Atomtod säßen. Man sollte diese Sache nicht übertreiben. Wo ist denn Herr Professor Dovifat gewesen? (*Gradl:* Tübingen!) Vielleicht auch im Kreise der Christlichen Bruderschaften, die in Freudenstadt und in Calw beheimatet sind, die aber nicht den Zuspruch finden, den man aufgrund des Geschreis der Veranstalter vermuten könnte. Oder ist Herr Professor Dovifat in den Kreis dieser 25 % Tübinger Professoren und Assistenten geraten? Ich weiß nicht, ob Sie im „Rheinischen Merkur“<sup>95</sup> gelesen haben, daß diese 25 % zum Teil auch schon im Februar 1933 eine Ergebnisadresse an den damaligen Reichskanzler Adolf Hitler unterschrieben haben! Es sind dieselben Kräfte, die sich jetzt zum Wort gemeldet haben! Unter ihnen ist auch Wilhelm Hauer<sup>96</sup>, der Ihnen wohl ein Begriff ist. Es sind nur 25 %, die aber nicht die Meinung der Universität darstellen, auf keinen Fall!

Im übrigen ist es so, daß tatsächlich manche Presseeinrichtungen bei uns schon seit Jahren nicht für die CDU und nicht für die Politik der Bundesregierung eintreten. Es gibt aber auch gute Presseorgane für uns. Ich erinnere daran, daß wir in der letzten Bundesvorstandssitzung über die Pressefrage gesprochen haben. Dabei hat der Herr Bundeskanzler ausgeführt, daß die Pressesituation nicht so schlimm ist, wie es manchmal behauptet wird.

Bei uns ist die Situation so ähnlich wie bei Ihnen, Herr von Hassel. Wir haben auch einige Versammlungen durchgeführt, z.B. in Tübingen und in Reutlingen, und ich mußte feststellen, daß dort nicht in erster Linie die Frage der atomaren Bewaffnung angesprochen wurde, sondern andere Fragen, die den Leuten viel näher liegen, z.B. die Preise für Schweinefleisch usw. Erst an fünfter oder sechster Stelle kam die Frage, warum hat man die Bundeswehr noch nicht mit atomaren Waffen ausgerüstet.

Auch bei uns hat die SPD auf einem Bezirkstag<sup>97</sup> beschlossen, einen Gesetzesentwurf im Landtag einzubringen, obwohl Herr Alexander Möller dagegen gewesen ist. Ich glaube nicht, daß mit einer solchen Initiative der SPD in unserem Land-

---

<sup>95</sup> „Ein erhellender Professorenappell“, in „Rheinischer Merkur“ vom 18. April 1958.

<sup>96</sup> Dr. J. Wilhelm Hauer (1881–1962), Indologe, Religionswissenschaftler; o. Professor an der Universität Tübingen.

<sup>97</sup> Ordentlicher Landesparteitag (auch Bezirkstag oder Bezirksparteitag) in Stuttgart-Bad Cannstadt am 12. und 13. April 1958. Vgl. in: Jörg SCHADT/Wolfgang SCHMIERER (Hrsg.): Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Stuttgart 1979 S. 256 und 355.

tag viel zu erreichen sein wird. Wir sollten als Partei aktiver werden und in den Landesverbänden mehr in die Breite wirken und mehr Verbindungen aufnehmen mit unseren Fraktionen in den Gemeinde- und Kreisparlamenten. Es soll nichts gegen Großkundgebungen gesagt werden, aber wir sollten in einer breiten Welle starten. Dazu ist notwendig, daß eine enge Fühlungnahme mit der Bundespartei hergestellt wird. Ich habe mit Freude gelesen, daß in der heutigen Sitzung auch die Frage der Bundesgeschäftsführung behandelt wird. Ich befürchte aber, daß wir nicht mehr die notwendige Zeit dazu haben. Ich meine, daß es Aufgabe der Landesvorsitzenden wäre, in dieser entscheidenden Frage zu Wort zu kommen.

Wir sollten nicht nur unmittelbar vor den Wahlen aktiv werden, sondern immer daran denken, daß die Vorbereitung einer Wahl gleich am Tage nach einer Wahl immer wieder beginnen muß. Ich hoffe, daß wir noch Gelegenheit haben werden, ausführlich über die Bundesgeschäftsführung zu sprechen.

*Adenauer:* Wir haben noch eine Wortmeldung zum ersten Punkt, und zwar die von Herrn Scheufelen. Ich möchte darum bitten, daß wir die Frage der Bundesgeschäftsführung noch vor Tisch erledigen. Wenn wir nämlich nach dem Frühstück wieder in den Raum kommen, dann sind viele Plätze leer geworden.

*Scheufelen:* Ich möchte das unterstreichen, was Herr Adorno gesagt hat. Die Lage in Württemberg ist verhältnismäßig ruhig. Es sind nur bestimmte Kreise, vor allem evangelische Kreise, die etwas durch die Bruderschaften beunruhigt sind. Ich frage, ob wir als CDU als Gegenmaßnahme uns nicht den Parteitag der SPD in Stuttgart vornehmen sollen. Wir sollten überlegen, was man dagegen lokal machen kann; vielleicht kann man es durch Plakate oder eine Versammlungswelle machen. Wir haben noch nicht genügend getan, um klarzustellen, ob es so oder so ist. Unsere Gegner kommen zu dem Schluß, daß man auf bestimmte Dinge verzichten muß bei der weiteren technischen Entwicklung. Wir haben in der jungen Geschichte ein Beispiel, wo aus anderen Gründen auf einer anderen Ebene auf das Wahrnehmen der Zentimeterwellen verzichtet wurde. Die katastrophalen Folgen, nämlich die Möglichkeit der Zerstörung der Funkmeßgeräte, steht der Bevölkerung überall heute noch vor Augen.

Wenn wir von der Abwehr zum Angriff übergehen, sollten wir auf die bekannten Beispiele zurückgreifen und eine Auseinandersetzung darüber führen, ob die Behauptungen von anderer Seite in einer ganz neuen Situation, wo sich die politischen und die theologischen Voraussetzungen geändert haben, berechtigt sind.

*Hellwig:* Ich habe zwei Beobachtungen in den letzten Tagen gemacht. Langjährige CDU-Mitglieder treten aus der Partei aus, z.B. ein Professor aus Köln, der sich seit 1946 trotz seiner intellektuellen Stellung bewußt zu einer politischen Partei bekannt hat, auf den wir nicht verzichten können. (*Unruhe und Bewegung.* – *Zuruf:* Wieso „trotz“?) Zahlreiche Gespräche finden im vopolitischen Raum statt, wo irgendwelche Aufklärung betrieben wird. Hier herrscht gewissermaßen eine fatalistische Verlassenheit aus dem Gefühl herhaus, wo bleibt die Arbeit der Bundesregierung. Man spricht hierbei nicht von der Partei, sondern sagt, hier habe

der Staat zu handeln. Der Staat ist heute in einer Situation, in der er die Verpflichtung hat, sich selbst zu propagieren. Das hängt mit der Stellung der SPD in dieser Auseinandersetzung zusammen.

Von der SPD muß gesagt werden, sie arbeitet damit, daß sie mit diesem Staat, den sie als Provisorium bezeichnet, nichts zu tun haben will. Herr Arndt hat vor zwei Jahren gesagt, wenn dieser Staat aufrüstet, ist es nicht mehr unser Staat. Der nächste Schritt heißt, da dieser Staat seine Wehrmacht mit Atomwaffen ausrüstet, ist es nicht mehr unser Staat. (*Adenauer*: Es sei denn, daß sie bei der Bundestagswahl gewinnen!) Aber diese Doppelzüngigkeit begreift der kleine Mann nicht, es sei denn, daß sie ihm von uns nahegebracht würde. (*Weber*: Warum?) Man muß auf diese innere Haltung der SPD hinweisen, daß sie diese Bundesrepublik als Provisorium und nicht als ihren Staat ansieht. Darum ist es die Aufgabe des Staates, sich in dieser Situation selbst zu propagieren. Ich erinnere an die Dinge von 1930. Der Staat kann sich mit Gerichtsurteilen und auch mit einer rationalen Begründung unpopulärer Maßnahmen nicht behaupten, wenn er sich nicht auch in den anderen Schichten der öffentlichen Meinung zum Bewußtsein und zur Anerkennung bringt.

Das ist etwas, was weit über die CDU-Position im Augenblick hinausgeht und was auch der ganzen Arbeit, vor der wir stehen, eine andere Legitimation gibt. Ich darf zusammenfassen: Das Volk braucht die Führung. Es will wieder das Gefühl haben, daß eine Führung da ist. Es nützt nichts, daß die Führung in der Außenpolitik und bei den eigentlichen Entscheidungen da ist, sondern das Volk muß sie selbst spüren und sehen. (*Weber*: Was meinen Sie? Meinen Sie den Führerstaat, der alles führt? Wir werden doch wirklich geführt! – *Heiterkeit*.) Wir wollen keine verfassungsrechtlichen Probleme über das Thema „Führerstaat“ hier erörtern, sondern ich will nur sagen, es muß das Gespür da sein. Mit diesem Gespür ist der Wahlkampf gewonnen worden. Nun kommt folgendes – und das wird uns immer entgegengehalten –, wir machen eine ungeheure Anstrengung, es geht eine große Welle der Aufklärung und der Propaganda innerhalb und außerhalb der Partei vor der Bundestagswahl durch das Land, und dann zerläuft alles das wieder, was an irgendwelchen Positionen aufgebaut worden ist. Ich erinnere daran, daß nach diesem Debakel in der außenpolitischen Debatte im Januar<sup>98</sup> erst eine Neuformierung der Kräfte mit einer Aufgabenverteilung und einem Arbeitsplan erfolgt ist. Diese Tatsache muß von der Partei auf die „Hörner“ genommen werden. Ich wage zu sagen, ich habe große Zweifel darüber, ob der Parteiapparat noch die Schlagkraft hat, die er im letzten Jahr entwickelte. Das ist ein Punkt, mit dem wir uns ernsthaft auseinandersetzen müssen.

Nun zu der Frage einer EntschlieÙung im Bundestag über die atomare Aufrüstung. Solche Dinge können nicht improvisiert werden, sondern sie müssen psychologisch mit Sprachregelungen durch den ganzen Parteiapparat vorbereitet werden. Wir haben aber Unklarheiten auf weiten Ebenen in der Parteiarbeit. Wir sehen, daß die Meinungen schon darüber auseinanderlaufen, was mit diesem Beschluß gedacht war.

---

<sup>98</sup> Am 23. Januar 1958. Sten.Ber. 3. WP Bd. 39 S. 297–419. Vgl. auch Nr. 2 Anm. 88.

Und hier darf jetzt nicht post festum, sondern es muß vorher eine Sprachregelung zur psychologischen Vorbereitung getroffen werden.

Nun zu der Frage, ob eine Großkampagne gestartet werden soll. Ich neige hier zu einer pessimistischen Auffassung, denn es ist der Beginn eines kalten Bürgerkrieges. Darüber sollte man sich klar sein. In jedem Falle ist aber das mindeste, was wir machen müssen, ein Mobilmachungsplan, der mehrere Eventualitäten ins Kalkül ziehen muß. Es ist kaum ein Wort davon gesprochen worden, daß ein großer Teil dieser Aktion – am Gewerkschaftsbund vorbei – unmittelbar in die Betriebe verlagert wird. Es ist nicht zufällig, daß das Gewerkschaftsreferat und das Betriebsreferat im Parteivorstand der SPD nach der Bundestagswahl zusammengelegt worden ist in die Hand von Wehner, und zwar deswegen, um den DGB nicht in politische Schwierigkeiten mit den Christlichen Gewerkschaften zu bringen. Man vermeidet also, den DGB hier unmittelbar in die Aktionen einzuspannen, sondern versucht es durch die sozialdemokratischen Betriebsgruppenorganisation, die man zum Teil neu besetzt hat. Unsere Betriebe werden z.Z. überschwemmt mit Propagandamaterial, mit Unterschriftssammlungen usw. im Interesse dieser Kampagne gegen den angeblichen Atomtod.

Ich bitte also auch hier um eine Sprachregelung. Was tun unsere Betriebsgruppen und wie sollen sich die Arbeitgeber verhalten? Hier ist ein flagranter Bruch des Betriebsgesetzes<sup>99</sup> entstanden. Diese Dinge müssen rechtzeitig abgewendet werden. Wir sollten uns auch nicht nur auf die Abwehr beschränken, sondern auch zum Angriff übergehen. Dieser Angriff kann nur sein, die verhängnisvolle Entwicklung der SPD zu kennzeichnen. Wenn eine Materialsammlung von Zitaten der SPD vorgelegt wird, so muß sie ergänzt werden mit Material über die Aufweichung der SPD gegenüber der SED. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Das ist der richtige Angriff. Dann wird der einen Angstpsychose, die von seiten der SPD gegen uns gemacht wird, etwas Wirksames gegenübergestellt.

In Dortmund wurde neun Wochen vor der Wahl der Bundestagswahlkampf gestartet.<sup>100</sup> Von dort aus gingen die Mitteilungen in die Presse. Die nächste entscheidende Wahl ist in Nordrhein-Westfalen. Wir haben am Sonntag in acht Tagen nur noch neun Wochen bis dahin. Wo ist die Vorbereitung und die Planung dafür? (*Meyers*: 18. Mai!) Das sind zwei Wochen später! (*Meyers*: Damals war es zu früh!) Wo bleibt das Team, das im letzten Jahr vor der Bundestagswahl von Ort zu Ort, von Land zu Land zog und Pressebesprechungen abhielt? Das ist etwas, was nicht viel Geld kostet. Und, meine Damen und Herren, last not least: die Flüsterpropaganda, und zwar gerade zum Thema SED! Das ist das beste Material für eine Flüsterpropaganda, die im vorpolitischen Raum gestartet werden könnte. Ich glaube nicht, daß es eine Geldfrage ist. Das alles aber bedarf eines Mobilmachungsplanes, damit wir uns das Gesetz nicht aus der Hand nehmen lassen.

<sup>99</sup> Betriebsverfassungsgesetz vom 11. Oktober 1952.

<sup>100</sup> Am 30. Juni 1957 in der Dortmunder Westfalenhalle. Vgl. UiD Nr. 27 vom 4. Juli 1957.

*Adenauer:* Ich habe sehr aufmerksam zugehört, aber ich kann Ihnen nicht in allem recht geben. Wenn sich die Unternehmer gefallen lassen, daß in ihren Betrieben Politik betrieben wird, können wir doch nichts daran ändern. Das ist doch deren Sache. Dann wurde das schöne Wort „Politik in einem neuen Gewände“ gebraucht. Bitte präsentieren Sie doch diese Gewänder! Sagen Sie doch, welche Gewänder! Sagen Sie es doch! Das läßt sich so leicht sagen, aber es steckt gar nichts dahinter. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Ich kann nur wiederholen: Welche neuen Gewänder sollen wir denn nehmen? Wir haben doch unsere Politik klargelegt. Wir wollen verhandeln. Aber wir wollen verhandeln, solange der Westen seine Stärke beibehält. Wir wollen einig sein im Westen. Mehr kann man nicht sagen und immer wieder predigen: Geduld! Aber das hört man nicht gern, Geduld, und trotzdem müssen wir Geduld haben und dürfen keine Dummheit machen.

Nun möchte ich vorschlagen, die Herren Arnold, Gerstenmaier, Gradl und von Hassel mögen sich darauf vorbereiten, ein schönes Kommuniqué zusammenzustellen. (*Meyers:* Herr Gerstenmaier hat schon angefangen!) Das freut mich sehr; denn dann habe ich ja richtig vorgeschlagen. (*Gerstenmaier:* Der New Look hat mich zu meinen Bemühungen veranlaßt! – *Heiterkeit.*) Eines ist bisher nur teilweise geschehen. Wie denken sich die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen ihr Verhalten? Wir haben den großen Schweiger Johnen hier. Er hat bisher noch kein Wort gesagt. Ich habe immer gedacht, er schriebe, aber er hat gemalt, und zwar – soweit ich das beurteilen kann – miserabel gemalt. (*Große Heiterkeit.*) Nun ist Nordrhein-Westfalen das Land, das zunächst mit der Landtagswahl drankommt. Es hat eine Regierung von SPD, FDP und Zentrum. Es würde uns ungeheuer stark interessieren, was dort beabsichtigt ist. Was beabsichtigt der Vorsitzende der Landtagsfraktion seinen Leuten, die er für 6 Uhr bestellt hat, vorzuschlagen? Wir wollen uns doch hier verständigen, damit wir eine Geschlossenheit herstellen. Ehe wir diesen Punkt verlassen, möchte ich Herrn Johnen bitten, uns einige Worte zu sagen.

Herr Hellwig, Sie haben gesagt, wo ist das Team von der Bundestagswahl. Vergessen Sie nicht, daß nicht jedes Land bereit ist, dieses Team mit offenen Armen aufzunehmen. (*Hellwig:* Presseveranstaltungen!) Nein! Ich möchte ausdrücklich feststellen, die Bundesgeschäftsstelle tut, was sie kann. Aber sie kann natürlich nicht in irgendeinem Land dazwischenfunken und sagen, das müßt ihr so und so machen. Sie kann nicht sagen, ihr müßt pro Tag eine Stunde und notfalls zwei Stunden weniger schlafen; ihr müßt aktiver werden. Ich könnte nicht sagen, Herr Johnen – nehmen Sie es mir nicht übel –, daß ich z.B. von der Sitzung der Landtagsfraktion bei Ihnen mit großen Eindrücken nach Hause gegangen bin. (*Johnen:* Es sollte doch umgekehrt sein!) Das ist echt Johnen; d.h. mit anderen Worten: Ich drücke mich. (*Johnen:* Sie sagen es doch! – *Unruhe.*) Nein, Sie! (*Anhaltende Unruhe.* – *Von Hassel:* Der Angriff ist die beste Verteidigung!) Meine Herren! Die Sache ist sehr ernst! Lassen Sie mich nochmals betonen, was Herr Gradl gesagt hat, hat mich stark beeindruckt. Das möchte ich gegenüber allen Abschwächungsversuchen nachdrücklich sagen. Glauben Sie mir, meine verehrten Parteifreunde, wir stehen am Anfang einer Staatskrise! Nehmen

Sie die Sache bitter ernst! Es handelt sich nicht um übliche Landtagswahlen. Die Landtagswahlen fallen zufällig in diese Geschichte hinein, und die SPD macht sich das zunutze. Wenn wir diese Landtagswahlen nicht gewinnen, dann weiß ich nicht, was aus der Bundesrepublik werden soll, insbesondere wenn ich an einen Generalstreik denke, den ich auch schon kommen sehe. Ich habe nicht gewußt, was Herr Heck eben über Herrn Wehner gesagt hat. Ich habe so etwas geahnt. Ich habe mit Herrn Krone neulich über diese Sache gesprochen. Sie werden sich erinnern, Herr Krone, welche sehr ernsten Gedanken ich mir darüber mache, in welche Situation die Bundesrepublik im Innern bis zur nächsten Bundestagswahl hineinkommt. Wir können diese große Gefahr am besten dadurch meistern, daß wir die kommenden Landtagswahlen gut gewinnen. Dann gewinnen wir auch die weiteren Wahlen, und damit haben wir alles gesichert. Aber, verehrter Herr Johnen, Sie müssen etwas sagen! Also, raus damit!

*Johnen:* Was Sie wissen wollen, sage ich nicht! Es gibt Stunden, da kann man nicht viel sagen. In Nordrhein-Westfalen wird sich im Laufe des Nachmittags etwas tun, und es ist ausgeschlossen, daß man morgens über eine Situation, die sich bis 18 Uhr noch so oder so entwickeln kann, ausführlich plaudert. Die Situation in Nordrhein-Westfalen ist folgende. Wir haben eine Koalition mit der SPD, der FDP und dem Zentrum. SPD und FDP haben das Bestreben, alles zu vermeiden, was diese Koalition auseinanderbringen könnte, egal auf welchem Gebiet. Die FDP ist in der ersten Fraktionssitzung in Gegenwart von Menzel nicht auf die Vorschläge der SPD eingegangen, sondern man hat das zunächst vertagt. Herr Menzel ist wütend abgefahren. In der FDP war man anfangs gegen die Volksbefragung, wobei aber Döring als Fraktionsvorsitzender eine Abstimmung vermieden hat. Die FDP-Fraktion beruft sich auf ein Gutachten von Ministerialdirigent Dr. Rietdorf<sup>101</sup> aus dem Innenministerium, der Mitglied der SPD ist. Das Gutachten soll angeblich zu dem Ergebnis gekommen sein, daß eine Volksbefragung verfassungswidrig ist. Gestützt auf dieses Gutachten hat die Fraktion in Düsseldorf zunächst nichts unternommen.

Nun scheint seit zwei Tagen die Situation etwas anders zu sein. Nach einer Mitteilung von gestern sind die vier Bezirksvorsitzenden der SPD in Nordrhein-Westfalen zusammengerufen worden. Man hat dann in Gegenwart des Ministerpräsidenten über die Verfassungswidrigkeit einer Volksbefragung diskutiert. Der Herr Staatssekretär Bleibtreu<sup>102</sup> – früherer Staatssekretär im Justizministerium, jetzt Staatssekretär beim Ministerpräsidenten in der Staatskanzlei – soll sich auf den Standpunkt gestellt haben, eine Volksbefragung sei nicht verfassungswidrig. Der Innenminister hat lediglich erklärt, die Frage werde z.Z. im Innenministerium geprüft, und zwar aufgrund des Falles der Stadt Wermelskirchen. Es scheint sich so etwas herauszukristallisieren, daß eine Volksbefragung einer Stadt nicht verfassungswidrig ist. Die für uns wichtigen

---

101 In der Vorlage Friedensdorf. – Dr. Fritz Rietdorf (geb. 1915), ab 1954 Ministerialdirigent, 1967–1970 Staatssekretär im Innenministerium NW.

102 Otto Bleibtreu (1904–1959), seit 1956 Staatssekretär und Leiter der Staatskanzlei NW. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 510 Anm. 21.

Fragen, ob man eine Große Anfrage stellt oder – wie in Schleswig-Holstein – versucht, die Regierung zu stürzen oder irgendeinen anderen Weg zu gehen, hängen alle von dem Aufhänger ab. Täte uns die SPD den Gefallen, die Volksbefragung in Form eines Antrages zu kleiden, dann hätten wir einen echten Aufhänger mit der Maßgabe, daß wir dann die uns noch fehlenden vier Stimmen aus dem anderen Lager beziehen. Daß wir sie nicht aus der SPD ziehen können, ist selbstverständlich. Wir müssen sie aus den anderen Lagern beziehen, und da kann eine echte Chance bestehen. Es kommt nur erschwerend hinzu, daß durch irgendwelche Indiskretionen die anderen Fraktionen genau wissen, wer mit wem gesprochen oder telefoniert hat.

Wir werden heute um 18 Uhr eventuell zu einem Beschluß kommen, den Landtag vorübergehen zu lassen und eine Sondersitzung zu beantragen, damit wir nicht am Montag oder Dienstag eine Debatte haben; denn aufgrund der Verfassung müssen zwischen der Beratung und der Abstimmung 48 Stunden liegen. Und dann kämen wir genau auf den 1. Mai. Dann hätten wir ganz Nordrhein-Westfalen dagegen. Wenn wir den Antrag stellen, muß das am 2. Mai in einer Sondersitzung des Landtages geschehen. So sonderbar das klingt und obwohl wir den Döring haben, wagt keiner von der SPD und der FDP etwas zu tun, womit sie sich gegenseitig weh tun könnten. Es ergibt sich die Frage, ob wir eine Große Anfrage starten. Aber wie es scheint, überlegen die drei Koalitionsparteien, ob sie von sich aus eine Große Anfrage an die Regierung stellen, um uns zuvorzukommen und sich selbst zu entlasten.

Man muß diese Fragen ernstlich prüfen. Das kann man vorher nicht mathematisch errechnen, ob man es riskieren soll, wenn man nur 98 Stimmen bekommt. Ich selber glaube, das verantworten zu können, aber es müssen noch mehr sein, die dazu ja sagen. Vor allem muß der ja sagen, der herausgestellt wird, weil wir im Antrag den Ministerpräsidenten nennen müssen. Ich halte es im Augenblick noch für möglich, daß – obwohl diese Indiskretion passiert ist – eine Gewinnchance vorhanden ist; denn damit, daß die anderen Fraktionen sich einzelne Leute vorknöpfen und mit Zuckerbrot und Peitsche zu erreichen versuchen, daß keiner bei ihnen ausbricht, haben wir vorher gerechnet. Das haben wir alle schon einmal mitgemacht. Die Verärgerungen der FDP-Fraktion sind so groß, daß ich die Hoffnung habe – wenn sie das auch nicht nach außen zeigt –, daß wir bei einer geheimen Abstimmung eine Chance haben zu gewinnen. Mehr kann man nicht sagen. Ich halte nichts davon, mir ehrenwörtlich durch Handschlag versichern zu lassen: Ich werde festbleiben. Wenn nämlich geheim abgestimmt wird, kann man nicht kontrollieren, ob es tatsächlich geschieht.

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat heute morgen plötzlich eine Pressekonferenz einberufen mit der Begründung, es würden wichtige Mitteilungen gemacht werden, die noch in die Presse kämen. Die Landesregierung weiß, daß wir hier heute beraten. Deswegen kommt sie mit diesem Plan.

*Adenauer:* Wir sind Herrn Johnen dankbar dafür, daß er uns ein Bild gegeben hat über die Situation in Nordrhein-Westfalen. Sehr bemerkenswert scheint mir der Hinweis auf den 1. Mai zu sein. Wir müssen dann in Gottes Namen abwarten. Es wäre interessant, wenn die SPD in Nordrhein-Westfalen dazu gebracht werden könnte

zu erklären, daß sie der Parteiparole nicht folgt. Das wäre immerhin sehr wichtig. (Arnold: Das liegt so dazwischen!) Das müssen wir einmal abwarten.

Wir werden nun bald eine Mittagspause einlegen müssen; aber ich möchte Ihnen jetzt noch kurz etwas zur Bundesgeschäftsführung sagen, damit Sie sich bei Tisch die Angelegenheit überlegen können.

#### BUNDESGESCHÄFTSFÜHRUNG

Zuerst möchte ich ein sehr herzliches Wort des Dankes an Herrn Dr. Heck richten. (*Lebhafter Beifall.*) Herr Heck war Bundesgeschäftsführer seit 1952. Unsere Bundespartei hatte es besonders schwer, weil wir eine neue Partei waren. Wir konnten nicht wie die SPD auf eine große Organisation zurückgreifen. Die Bundespartei kam auch zeitlich nach den Landesparteien zustande. Es war eine außerordentlich mühsame Arbeit, diese ganze Organisation aufzubauen.

Herr Heck hat es vorgezogen, in den Bundestag zu gehen, wo ihm eine sehr wichtige Aufgabe übertragen worden ist. Ich bin ganz objektiv; ich verstehe das, was er getan hat, obgleich es mir etwas schmerzlich war, als ich dies hörte. Er hat übertragen bekommen den Ausschuß für Presse, Rundfunk und Film, also eine Aufgabe von besonderer Bedeutung.

Nun möchte ich Ihnen vorschlagen, Herrn Dr. Kraske<sup>103</sup> zu seinem Nachfolger zu wählen. Ich würde Sie gleichzeitig bitten, Herrn Meyers und mir zu übertragen, den Vertrag mit Herrn Kraske abzuschließen. Das kann man hier in diesem größeren Kreise nicht alles im einzelnen erörtern.

Ich möchte weiter darum bitten, daß sich Herr Meyers – der dies seit etwa einem halben Jahre auf meine Bitte hin tut – auch weiterhin diesen Aufgaben mit seiner ganzen Kraft widmet. Herr Krone ist damit einverstanden. Herr Meyers hat nur den Vorsitz des Vermittlungsausschusses. Da gibt es im allgemeinen nicht soviel Arbeit. Ich bin Herrn Meyers besonders dankbar dafür, daß er es abgelehnt hat – man ist deshalb an ihn herangetreten –, in die Europäische Organisation hineinzugehen. Wer da drin ist, Frau Rehling und Frau Weber, so gut er auch dort wirkt, den entbehren wir hier schmerzlich! (*Weber: Wir sind aber immer hier!*) Trotzdem! Sie haben Herrn Krone sehr verletzt, Frau Weber, als Sie eben gesagt haben, daß er zu stramm führe. Ich wollte zuerst dagegen nichts sagen, um die Sache nicht auffällig zu machen, aber jetzt darf ich es doch sagen. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Ich fasse noch einmal kurz zusammen: Herrn Heck sind wir von ganzem Herzen dankbar für die außerordentlich wertvolle und mühsame Arbeit, die er für unsere Partei in den letzten Jahren geleistet hat. (*Starker Beifall.*) Als Nachfolger für Herrn Heck möchte ich Herrn Kraske vorschlagen. Ich möchte Sie bitten, Herrn Meyers und mich zu bevollmächtigen,

---

103 Dr. Konrad Kraske (geb. 1926), 1958–1970 Bundesgeschäftsführer der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1269 Anm. 31. Vgl. zur Wahl Kraskes UiD Nr. 18 vom 30. April 1958.

den Vertrag mit Herrn Kraske abzuschließen. Herr Meyers wird gebeten, als Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes in möglichst großem Umfange seine Kraft den Aufgaben der Partei zu widmen.

Sind Sie mit diesen Vorschlägen einverstanden? (*Zustimmung.*) Ich danke Ihnen sehr und bitte darum, nunmehr zu Tisch zu gehen.

*Pause von 14.10 Uhr bis 14.55 Uhr.*

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Einige Herren von Nordrhein-Westfalen sind in einem Nebenzimmer, um dort zu verhandeln. Sie sind dort auch in Schwierigkeiten. Wir haben es eben gehört. Die Pressekonferenz von Nordrhein-Westfalen, die um 12 Uhr stattgefunden hat, hat über das uns hier beschäftigende Thema gar nichts gebracht, sondern es hat sich nur um den Haushaltsplan gehandelt. Ich schlage vor, zunächst die Frage des Bundesparteitages zu behandeln.

#### BUNDESPARTEITAG 1958; SPD-AKTIONEN (FORTSETZUNG)

*Meyers:* Für den Bundesparteitag stehen zur Auswahl die Städte Kiel und Berlin. Hessen und Nordrhein-Westfalen haben verzichtet. Der geschäftsführende Vorstand schlägt Ihnen vor, den Bundesparteitag vom 18. bis 20. September, acht Tage vor der Wahl in Schleswig-Holstein, in Kiel abzuhalten, weil dort oben der Parteitag eine erhebliche Resonanz auf die Wahlen haben wird. Unsere gesamte Bundesprominenz ist in der Lage, Versammlungen zu übernehmen. Wir möchten einen zentralen Angriff starten, damit wir die Regierung des Ministerpräsidenten von Hassel weiterbehalten.

Die Räumlichkeiten sind geprüft. In beiden Städten sind sie vorhanden. Wir bitten Sie, heute einen Beschluß zu fassen, damit die Vorbereitungen für den Parteitag getroffen werden können.

*Adenauer:* Wird das Wort dazu gewünscht? Das ist nicht der Fall. Sie sind mit Kiel einverstanden. Wir danken Ihnen, Herr von Hassel, und hoffen, daß wir so schön aufgenommen werden, wie wir das von Ihnen gewöhnt sind.

Herr Schröder ist nun hier, den ich bitten möchte, das Wort zu ergreifen.

*Schröder:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es war schade, daß wir heute morgen im Bundestag verhältnismäßig schwach besetzt waren. Die Debatte war interessant. Es haben gesprochen Greve<sup>104</sup>, Wilhelmi<sup>105</sup>, Heinemann, Arndt,

104 In der Vorlage: Grewe. – Dr. Otto Heinrich Greve (1908–1968), 1949–1961 MdB (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 959 Anm. 82.

105 Dr. Hans Wilhelmi (1899–1970), Rechtsanwalt und Notar; 1945 Mitgründer der CDU (in Hessen), 1945–1957 Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt/M., 1957–1969 MdB, 1960–1961 Bundesminister für wirtschaftlichen Besitz des Bundes.

Heiland<sup>106</sup> und Ollenhauer. Ich habe auch zweimal gesprochen. Herr Heinemann war der richtige Aufhänger für mich. Der Ablauf der Debatte ist geschäftsordnungsmäßig nicht ganz so gegangen, wie wir es geplant hatten. Wir hatten in der Fraktion mit großer Mehrheit beschlossen, den Antrag dem Ausschuß zu überweisen. Die Gründe lasse ich jetzt weg. Nachdem die Debatte abgeschlossen war, trat Herr Mommer<sup>107</sup> auf und sagte: Wir wollen mal sehen, was das Bundesverfassungsgericht dazu sagt, daß Sie den Antrag auf Ausschußüberweisung gestellt haben; denn Sie sind offenbar nicht so ganz von der Verfassungswidrigkeit überzeugt. Ich gebe es ganz abgekürzt wieder. Dann hat Herr Hoogen<sup>108</sup> dargelegt, daß wir nicht die Absicht hätten, den Antrag zu stellen, wir widersprächen aber einer zweiten und dritten Beratung. Es wurde kein Antrag auf Ausschußüberweisung gestellt. Damit ist das Gesetz in erster Lesung fertig. Nun kommt eine zweite Beratung. Das Problem, das ich noch nicht ganz übersehe, ist folgendes: Ob wir in der zweiten Beratung so verfahren können, daß wir dann, wenn über einen Paragraphen debattiert worden ist, den Antrag stellen, das Ganze an den Ausschuß zu überweisen. Ich bin mir darüber nicht ganz sicher. Herr Gerstenmaier ist ein größerer Kenner dieser Verfahren als ich. Wenn es so ist, hätten wir eine Chance, die Sache zu einem späteren Zeitpunkt in einen Ausschuß zu bringen. Ich bin deswegen für den Ausschuß, weil es uns Zeit gibt. Wenn wir die Sache durch einen Wahlsieg überspielen, sind wir sie weitgehend los.

Ich möchte ganz kurz die Rechtslage erläutern. Bisher war es eigentlich für alle mehr oder weniger selbstverständlich, daß das Grundgesetz keine plebiszitäre Verfassung ist, sondern ganz streng – viel strenger als in irgendeiner anderen Verfassung – die Grundlage einer repräsentativen Demokratie darstellt, mit anderen Worten: Maßnahmen wie Volksbegehren, Volksbefragung und Volksentscheide sind bis auf einen einzigen Ausnahmefall nicht vorgesehen. Nur in Artikel 29, der die Neugliederung des Bundesgebietes betrifft, und in Artikel 118 bei den Übergangsbestimmungen steht das Wort „Volksbefragung“. Dort wird für den Südweststaat und den Ablauf des Verfahrens gesagt: Im übrigen soll eine Volksbefragung stattfinden.

Dieses Wort „Volksbefragung“ im Grundgesetz ist von der Rechtsprechung im Südweststaat-Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht behandelt worden als eine Volksbefragung unverbindlicher Art, sondern als einen Volksentscheid, wobei ausgeführt worden ist, das könne man nicht so unverbindlich machen, sondern es sei gesetzeswirksam. Das ist eigentlich unsere stärkste Position zunächst einmal nach der Struktur des Grundgesetzes. Im Parlamentarischen Rat hat es zwar diesen oder jenen Anhänger in der Richtung gegeben, man solle plebiszitäre Elemente

---

106 Rudolf-Ernst Heiland (1910–1965), Kaufmann; 1947–1949 MdL NW (SPD), 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1949–1965 MdB.

107 Dr. Karl Mommer (1910–1990), 1949–1969 MdB (SPD, 1957–1966 Fraktionsgeschäftsführer). Vgl. PROTOKOLLE I S. 414 Anm. 173.

108 Matthias Hoogen (1904–1985), 1949–1964 MdB (CDU), 1953–1964 Vorsitzender des BT-Rechtsausschusses. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 382 Anm. 87.

einführen, aber das ist mehrfach abgelehnt worden, so daß man also den Willen des Grundgesetzgebers, abgesehen von der genannten Stelle, sehr deutlich demonstrieren kann an dem Sachverhalt, daß gerade solche Anträge ausdrücklich abgelehnt worden sind, also Anträge, wie sie Renner (KPD)<sup>109</sup>, Wessel (Zentrum) und andere gestellt haben; auch Menzel (SPD) ist Anhänger dieser Sache gewesen. Alles das stimmt mit dem Schrifttum und den angeführten Entscheidungen beinahe lückenlos überein. Es gibt keinen Kommentator von Rang, der eine andere Meinung vertreten hat. Es gibt nur einen Kommentator, Hamann<sup>110</sup>, der sagt, es ginge. Es gibt neuerdings auch in einem Zeitungsaufsatz eine Äußerung von Nawiasky<sup>111</sup>, wonach eine Volksbefragung möglich sein soll. Wer Jurisprudenz studiert hat, der weiß, daß Nawiasky Außenseiter ist. (Zuruf: Sozialist!) Das kann ich nicht beurteilen, aber wir haben schon vor 30 Jahren als Studenten gelernt, daß Nawiasky Außenseiter ist. Zusammenfassend darf ich sagen, nach der Entstehung, der Geschichte, dem Wortlaut und der Konstruktion, nach der Rechtsprechung und dem wissenschaftlichen Schrifttum sind Volksbefragungen im Grundgesetz – außer der genannten Ausnahme – nicht vorgesehen.

Die anderen argumentieren in der Richtung – z.B. Professor Grewe<sup>112</sup> : Was nicht ausdrücklich verboten ist, ist erlaubt. Man muß aber entgegengesetzt argumentieren; wenn nämlich nur einmal das Wort „Volksbefragung“ als eine zwingende Sache ausgelegt ist, dann ist das in meinen Augen ein unausräumbares Indiz dafür, daß das Grundgesetz von diesen Maßnahmen außer dem einen Fall nichts wissen will. Aber wir kennen ja die Auslegung der Jurisprudenz zweckgebundener Art. Das wird auch hier, wie überall, hin- und hergehen. Heinemann hat zu der Bestimmung „Völkerrecht bricht Bundesrecht“ argumentiert. Sein gefährlichster Punkt ist der, daß er sagt, nach unserem Grundgesetz gelten alle allgemeinen Sätze des Völkerrechts als Teil unserer Verfassung. Nach dem allgemeinen Völkerrecht – so behauptet er – sei der atomare Einsatz völkerrechtswidrig. Wenn man daraus die Schlußfolgerung zieht,

---

109 Heinz Renner (1892–1964), Journalist; Mitglied des KPD-Parteivorstandes, 1946 Oberbürgermeister von Essen, 1946–1950 MdL NW (ab 1946 Fraktionsvorsitzender), 1946 Sozialminister, 1948 Verkehrsminister, 1949–1953 MdB.

110 Dr. Andreas Hamann sen. (1904–1964), Rechtsanwalt und Notar. Vgl. Andreas HAMANN/Helmut LENZ: Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949. Ein Kommentar, 3. Aufl. Neuwied/Berlin 1970 (1. Aufl. 1956).

111 Dr. Hans Nawiasky (1880–1961), österreichischer Verfassungsrechtler, Professor u.a. in München. Vgl. die Beiträge von Nawiasky: „Bundesrechte werden nicht verletzt“ (Osterausgabe 1958) und „Möglichkeit für eine Volksbefragung“ (Leserbrief, 16. April 1958), in: „Süddeutsche Zeitung“.

112 Dr. Wilhelm Grewe (geb. 1911), Staatsrechtslehrer und Diplomat; Universitätsprofessor 1944 Berlin, 1947 Freiburg, politischer Berater Adenauers und Sonderbeauftragter der Bundesregierung, 1955 Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, 1958–1962 Botschafter in den USA, zwischen 1962–1976 Botschafter bei der NATO (Paris, Brüssel), 1971–1976 Botschafter in Japan. (Memoiren: Rückblenden 1976–1951. Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt. Frankfurt/M. 1979; Teilung und Vereinigung Deutschlands als europäisches Problem. Bonn 1991).

insbesondere im Hinblick auf den Generalstreik usw., dann gibt es gegen ein solches völkerrechtswidriges Verhalten den allgemeinen Notstand. Das hat er zwar noch nicht ausgesprochen, aber das ist alles dabei. Deshalb müssen wir der Frage des Völkerrechts im Zusammenhang mit Legislative und Exekutive hinsichtlich des Grundgesetzes große Sorgfalt widmen. Wir werden eine Reihe von grundsätzlichen Untersuchungen in dieser Richtung brauchen. Das ist also der gefährlichste Punkt bei der ganzen Widerstandskampagne.

Heinemann hat weiter gesagt – das ist beinahe spaßig –, wir hätten Volksbefragungen zugelassen bei der Frage des Eintritts in den Europarat. Der eine oder andere wird sich erinnern, daß es damals einzelne Gemeinden gab, die eine Volksbefragung durchführen wollten: Seid ihr für die Gründung des Europarates? Das hat damals niemand als eine verfassungsrelevante Sache angesehen. Heinemann zitierte auch den Gemeinderat von Castrop-Rauxel, der beschlossen hat: Hin nach Europa.<sup>113</sup> Das Ganze war mehr eine in die Form des Parlaments gekleidete allgemeine politische Werbeveranstaltung – wie soll ich sagen – in dem Sinne, daß er sagte, er sei damals Innenminister gewesen, aber niemand hätte erklärt, man müsse etwas dagegen unternehmen. Eine Volksbefragung – so sagte er – hatten wir eigentlich schon, ohne daß jemand etwas dagegen gesagt hätte.

Wir werden diesen Punkt genauer erhärten müssen. Das ist, ganz kurz gesagt, die Ausgangslage, in der wir uns befinden. Wie sieht es nun weiter aus? Ich gehe davon aus, daß der Gesetzentwurf im Bundestag nach einigen Wochen gescheitert sein wird. Dann sehen wir uns vor dem Willen der anderen, in jedem Land und in den Gemeinden, wo es für die SPD reizvoll genug ist, solche Sachen zu starten. Zunächst kommen Hamburg und Bremen in Betracht. In Hessen scheint es so zu sein, als ob der BHE bei seinem bisherigen Standpunkt verbliebe.<sup>114</sup> Im bayerischen Landtag ist der Antrag abgelehnt worden.<sup>115</sup> In Rheinland-Pfalz hat die SPD keine Chance. In Nordrhein-Westfalen kann sie eine Chance haben, aber das kann man nicht genau beurteilen. In Baden-Württemberg wird sie keine Chance haben, wenn es bei der Haltung der FDP und dem BHE bleibt. Niedersachsen ist ein schwacher Punkt, aber ich glaube, den wird man taktisch beseitigen können.

---

113 Castrop-Rauxel: kreisfreie Stadt im Ruhrgebiet. Der o.g. Beschluß der Stadtverordnetenversammlung erfolgte am 15. Juli 1950 (Mitteilung des Stadtarchivs Castrop-Rauxel vom 25. September 1990).

114 Vgl. die Berichterstattung der FAZ: „Keine Aussicht für die Volksbefragung in Hessen. Der BHE will die SPD nicht unterstützen / Aber die Stadt Frankfurt bleibt bei ihrem Beschluß“ (22. April 1958), „Klares Nein“ (ebd.) und „Die SPD in Hessen hofft noch“ (24. April 1958).

115 „Keine Volksbefragung in Bayern“, in: FAZ vom 25. April 1958.

Es bleiben Hamburg und Bremen auf der Länderebene. In Frankfurt<sup>116</sup> und in Darmstadt<sup>117</sup> ist die Sache inzwischen auch beschlossen worden. Ich habe gestern nach einem Kabinettsbeschluß bekanntgegeben, daß die Bundesregierung beschlossen hat, gegen jede derartige Aktion, ob nun auf Länderebene oder Gemeindeebene, beim Bundesverfassungsgericht vorzugehen.<sup>118</sup> Wir tun das natürlich nicht leichten Herzens; denn für den Eindruck draußen und das Vertrauen der Bevölkerung wirkt es besser, daß man sagt, es ist verboten, als daß wir davon abhängig sind, ob wir nun von Karlsruhe, wo wir manches erlebt haben, ein Urteil bekommen werden, das in allen Nuancen so ist, wie wir es uns vorstellen.

Ich höre, daß in Bremen bereits eine bestimmte Formulierung beschlossen worden ist, die etwa so lautet: Bist du dafür, daß sich deine Bremer Regierung im Bundesrat gegen die atomare Bewaffnung ausspricht, wenn ein solcher Gesetzentwurf kommt? Nun wird im Bundesrat nie ein solcher Gesetzentwurf über atomare Bewaffnung eingebracht. Das sind alles Fiktionen. Die Ausstattung der Truppen – um es einfach auszudrücken – ist ein reiner Verwaltungsakt und kein Gesetzesakt. Dieser Weg, die Sache über den Bundesrat zu versuchen, ist natürlich schon eine gewisse Erschwerung. Trotzdem würde ich dabei bleiben, weil es nach unserem System keine Länderbefragung über Bundespolitik gibt, auch nicht, um eine höhere Weisheit bei den Länderregierungen einzuholen. Ein Teil der Länderkabinette sind jeweils geborene Mitglieder des Bundesrates, die dadurch legitimiert sind, daß ein Kabinettsbeschluß zugrunde liegt. Es ist nicht so, daß man für sein Bundesratsmandat irgendeine Art anderer Legitimation bedürfte als die, Mitglied einer Landesregierung zu sein.

Ich brauche die Gedankengänge nicht weiter auszumalen; ich möchte meinen, daß auch das völlig unseren Standpunkt deckt: daß jedes Befragungsbegehren auf die Weise „Wollt ihr eine atomare Bewaffnung?“ oder „Wie soll sich die Landesregierung im Bundesrat verhalten?“ einen Eingriff in den ausschließlichen Kompetenzbereich des Bundes darstellt, nämlich in seine Zuständigkeit über Verteidigung und Außenpolitik. Bei den Gemeinden handelt es sich um eine Verletzung der Bundestreue, die sie uns sozusagen auf dem Umweg über ihre Länder schulden.

Das ist die rechtliche Basis. Wir haben ein großes Interesse daran, möglichst jede zusätzliche Aktion zu verhindern. Es ist nicht gleichgültig, ob nun zwei oder fünf Klagen kommen. Nehmen Sie an, noch ein paar Länder kommen auf die Idee, das gleiche zu tun, wie Hessen es tun will, dann bringt uns das in eine neue Lage bei dem Verfahren. Sie wissen, daß die Richter auch nur Menschen sind mit verschiedener politischer Meinung. Es ist ein großer Unterschied, ob diese Sache in

---

116 Zuletzt über die Stadt Frankfurt/M. vgl. Anm. 109.

117 Vgl. FAZ vom 25. April 1958 („Volksbefragung in Darmstadt“) und UiD Nr. 18 vom 30. April 1958 („Auch Darmstadt will nicht fehlen“).

118 Vgl. BULLETIN vom 26. April 1958 S. 757f. (Gegen eine Demontage der Verfassung durch die Hintertür).

einem sehr breiten Rahmen erscheint oder ob es sich um relativ begrenzte Dinge handelt, bei denen man leichter zu einem klaren Standpunkt kommt. Deshalb sind uns alle politischen Maßnahmen, die die Dinge möglichst weitgehend verhindern, sehr angenehm.

Über die Gefahr möchte ich nur wenig sagen. Die Gefahr dieser Aktionen hinsichtlich der Radikalisierung der Bevölkerung kann man gar nicht überbewerten. In Hamburg sind Schmalmeienkapellen ostzonaler Herkunft mitmarschiert, die von der Polizei aufgelöst wurden. Daß diese Rattenfänger und Ratten von drüben bei dieser Sache gern mitmachen, liegt auf der Hand. Ich habe der SPD vorhin ziemlich deutlich gesagt, daß die eigentliche Erfindung dieser Aktionen gar nicht von ihnen stamme. Das Ganze ist – zum Teil unbewußt – eine Übernahme von Aktionen, die schon während des Bundestagswahlkampfes von drüben vorgeschlagen wurden, und zwar mit wechselnden Fragestellungen. Das ist das eigentlich Unheimliche bei dieser Gefahr.

Wie das aussieht, können Sie in Berlin sehen. Da ist gestern eine Veranstaltung gewesen, in der Herr Scharnowski, der erste Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, nicht zu Ende reden konnte. Er wurde von den Kommunisten dauernd gestört. Er hat dann seinen Austritt aus dem „famosen“ Komitee „Aktion gegen den Atomtod“ erklärt. Berlin ist aber relativ am vernünftigsten. Jedoch an anderen Stellen sind die Hemmungen nicht so groß. Carlo Schmid hat ein ungeheuer gefährliches Wort gesagt, gegen das ich mich scharf gewendet habe, nämlich: Unruhe ist die erste Bürgerpflicht. Das können wir gerade noch gebrauchen in einer Zeit, in der ein Land geteilt ist und in einer solchen Gefahr lebt! Das ist eine Unruhe, die nicht ist, sondern die gemacht wird. Im Augenblick ist die Unruhe des breiten Publikums keineswegs so groß, wie sie dargestellt wird, aber das sind doch gefährliche Dinge, die bei einem längeren Andauern wie ein Feuer schwelen und sich jederzeit neu entfachen können. Das ist natürlich eine große Gefahr; mit anderen Worten, solange wir die Sache nicht durch ein Gerichtsurteil stoppen, befinden wir uns auf einem Boden, der viel Spielraum läßt.

Zusammenfassend möchte ich sagen, unser großes und durchschlagendes politisches Ziel muß sein, alle Kräfte soweit wie möglich auf die Wahl in Nordrhein-Westfalen zu konzentrieren, weil ein Erfolg einen ungeheuer stark entmutigenden Effekt für alle Unruhestifter hätte. Im übrigen muß man versuchen, keine zusätzlichen Aktionen aufkommen zu lassen und dann in Karlsruhe mit möglichst viel Nachdruck einen Prozeß zu führen. Ich habe Herrn Gerstenmaier gesagt, Sie können in der Fraktion eine glühende Rede halten, aber in Karlsruhe befinde ich mich ohne Ihre glühende Rede. Wir stecken nachher in einem schwierigen Verfahren. Für dieses schwierige Verfahren wollten wir den Rechtsausschuß und genügend Juristen, mindestens der Optik wegen, auf unserer Seite haben.

Wir haben in dieser Sache im Augenblick einen relativ guten publizistischen Rückenwind. Wenn auch die linksliberalen Blätter gegen die Atombewaffnung sind – z.B. die „Welt“ –, so stehen sie aber in der Frage der Volksbefragung auf unserem

Standpunkt, weil die Leute eine gewisse bittere Erfahrung haben, daß das plötzlich den Sand ins Rutschen bringen könnte. Deswegen sollten wir alles tun, um jede Art von publizistischen Möglichkeiten auszunutzen. Wir sollten herausstellen, daß das Ganze illegal und verfassungswidrig ist. Ich meine, auch die juristische Behandlung ist nur ein zusätzliches Hilfsmittel. Das war der Grund, weswegen wir für die Ausschlußberatung waren, abgesehen davon, daß für die FDP das Ganze noch intern eine Zerreißprobe darstellt. Wie hoch man diesen Faktor veranschlagen soll, ist schwierig zu sagen. Ich schlage vor und empfehle, daß Sie die Erklärung, die ich gestern abgegeben habe, im Wortlaut bekommen. Ich möchte bitten, daß dann auch die Absicht der Bundesregierung in all den Fällen Unterstützung findet, die jetzt genügend konkretisiert sind. Dann können wir den Weg nach Karlsruhe beschreiten, so ungern wir auch eine solche politische Frage durch ein Gericht behandeln lassen. Sie müssen sich aber darüber klar sein, daß die Möglichkeiten der Bundesregierung, einfach verbotsweise etwas zu tun, nach dem Grundgesetz ungeheuer begrenzt sind. Es hat Freunde gegeben, die gesagt haben, schickt Bundesvertreter zu den Länderregierungen, und wenn die feststellen, das geht nicht, dann entscheidet darüber der Bundesrat, ob es so oder so ist. Und gegen den Bundesrat kann man in Karlsruhe klagen. Wir kämen also so oder so nach Karlsruhe.

Die Mittel, um in einem solchen Falle den die Bundespolitik betreffenden Fragen auf dem Länder- und Gemeinde-Niveau Genüge tun zu können, sind sehr begrenzt. Ich füge das nur ergänzend hinzu, um zu zeigen, daß uns tatsächlich nichts anderes übrigbleibt als die Klage als solche und dann die politische Propaganda. Dies muß in erster Linie beim Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen geschehen. Es gibt nach Artikel 32 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes eine vorläufige Aufhebung.<sup>119</sup> Die Voraussetzung für eine solche Anordnung sind aber ziemlich harte Bedingungen. Es heißt dort: „Das Bundesverfassungsgericht kann im Streitfall einen Zustand durch einstweilige Anordnung vorläufig regeln, wenn dies zur Abwehr schwerer Nachteile, zur Verhinderung drohender Gewalt oder aus einem anderen wichtigen Grund für das Gemeinwohl dringend geboten ist.“ Sie sehen aus dieser Häufung von Vokabeln, daß es nicht so ist, als ob eine einstweilige Anordnung der normale Vorspann von Prozessen wäre, sondern wir werden um diese einstweilige Anordnung auch kämpfen müssen. Die Begründung dafür ist die gleiche wie für den Prozeß selbst.

*Sieveking:* Wir sind damit einverstanden, daß eine einstweilige Verfügung ergeht, nachdem Sie selbst erklärt haben, daß das unausweichlich sei. Ich möchte aber bitten, daß wir uns über den einen Punkt sehr sorgfältig abstimmen, nämlich hinsichtlich der Mittelbewilligung für die Bewaffnung der Bundeswehr. Ich bin der Meinung, daß das bei sorgfältiger juristischer Prüfung nicht durchschlägt, weil die Vertreter der Länder im Bundesrat in der Sphäre des Bundestages tätig werden und weil die Sphäre des Bundestages beinhaltet, daß nur der Bundestag kompetent ist. Das müßte genau geprüft werden. Es besteht eine gewisse Gefahr, daß die Leute argumentieren: Warum

---

119 Vgl. z.B. LEIBHOLZ/RUPPRECHT S. 102f.

soll eine Landesregierung, die eines Tages vor die Frage gestellt wird, ob sie die Mittel für den Wehretat bewilligen will, sich über die Stimmung in der Bevölkerung nicht informieren dürfen. Das ist das Argument, an dem die Leute in Hamburg die Sache aufhängen werden. Es muß herausgestellt werden: Es geht deshalb nicht, weil das eine Materie ist, die zur Zuständigkeit des Bundes gehört.

*Noltenius:* Ich möchte darum bitten, die Sache noch einmal zu prüfen. Sie wird zwar behandelt in dem Gutachten, das wir zugeschickt bekommen haben, und zwar auf Seite 13, aber das ist sehr kurz und nicht so, daß ich damit andere überzeugen kann. Es wäre mir lieb, wenn diese Frage der Abgabe der Stimmen im Bundesrat noch einmal sehr eingehend geprüft würde, damit wir etwas in die Hand bekommen, sonst müssen wir es selbst machen, und dann ist die Gefahr vorhanden, daß wir zu abweichenden Auffassungen kommen.

*Schröder:* Darf ich fragen, ob Sie irgend etwas als eigene Aktion in Ihrem Landesbereich vorgesehen haben?

*Sieveking:* Davon möchten wir absehen, weil wir beim Verfassungsgerichtshof nicht so sicher sind und die Öffentlichkeit verwirrt wird. Wenn es nur auf der Bundesebene ausgetragen wird, kann man die Sache ganz klar herausarbeiten.

*Marwede:* Ich würde bitten, dafür zu sorgen, daß wir die Sache rasch bekommen, weil wir nächste Woche die Auseinandersetzung haben.

*Schröder:* Es ist nicht leicht, die vielen Fragen rasch und in genügender Präzision zu beantworten. Alles das, was wir schriftlich von uns geben, bedarf einer sehr gründlichen Vorbereitung, so daß ich lieber eine Zeile weniger schreibe als eine zuviel, die man vielleicht nachher nicht halten kann. Aber es geschieht so schnell wie möglich.

*Adenauer:* Vielleicht kommen die Herren einmal zu Ihnen.

*Sieveking:* Wir stehen zur Verfügung, aber wenn die Gesetze verabschiedet sind, müssen wir die Klage einreichen.

*Schröder:* Die Klage wird an sich schon vorbereitet. (*Zuruf:* Wir werden uns am Dienstag im Schleswig-Holsteinischen Landtag damit befassen. Wäre es möglich, daß wir das Gutachten, von dem die Rede war, bekommen?) Das Gutachten ist verschickt worden durch den Bundeskanzler an die Regierungschefs. Herr von Hassel hat es ganz sicher. (*Mülltenbach:* Es ist an alle Fraktionen und Landesverbände abgegangen!)

*Blumenfeld:* Wir sind in der Beratung so weit, daß wir eine Ausschußüberweisung beantragen werden. Wir werden dann für „verfassungswidrig“ plädieren. Wie ist es mit der Formulierung der Frage, die der Bevölkerung nach dem Willen der Mehrheit vorgelegt werden soll? Sollen wir Vorschläge machen? Ich wäre dankbar, wenn wir Ihre Meinung darüber hören könnten.

*Adenauer:* Das ist sehr gefährlich. Ich würde es bei der Verfassungswidrigkeit belassen. Lassen Sie doch die Sozialdemokraten möglichst radikal ihre Fragen stellen. Sie schwächen es sonst nur ab.

*Noltenius:* Wenn es die Sozialdemokraten allein gemacht hätten, dann hätten wir

durchaus eine solch plumpe Frage bekommen, daß es ein leichtes gewesen wäre, gegen sie in Karlsruhe vorzugehen. In Bremen hat auch die FDP mitgewirkt. Es geht nicht darum, die Formulierung zu verbessern oder zu verschlimmbessern, sondern es ist die Überlegung dabei, nachher ein Mittel in die Hand zu bekommen, um die Formulierung öffentlich kritisieren zu können. Das Gefährliche an der ganzen Geschichte ist doch, daß Suggestivfragen gestellt werden, auf die sehr schwer anders zu antworten ist als im Sinne der Veranstalter.

*Schröder:* Herr Jaeger<sup>120</sup> hat gestern im Bundestag eine Reihe von Vorschlägen gemacht, wie die Fragen lauten können. Man kann die Frage stellen: Habt ihr die Absicht, russischer Satellit zu werden? In diesem Sinne hat er eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die außerordentlich eindrucksvoll waren. Herr Jaeger hat gesagt: Ich mache mich anheischig, alle Woche abwechselnde Mehrheiten zu erzielen bei den Fragestellungen. Es darf nicht dazu kommen, daß man Fragen mit unserer Zustimmung verabschiedet; denn das sähe so aus, als ob wir die Aktion bejahten. Man kann nur sagen: Wir halten aus verfassungsrechtlichen Gründen jede amtlich organisierte und mit dem amtlichen Apparat durchgeführte Befragung für unmöglich; denn sie ist verfassungswidrig. (*Zuruf:* Ist nicht die Mitarbeit an einer solchen Frage nicht schon gefährlich?) Sie haben recht! Es ist überhaupt gefährlich, bei einer solchen Formulierung mitzuwirken. Wir müssen sagen: Wir halten es für völlig illegal, was ihr da macht; außerdem sind eure Fragen teuflisch gestellt. Wenn überhaupt eine Fragestellung in Frage käme, könnte sie nur so oder so lauten. Das kann man sagen, sich aber nicht einlassen in irgendeine Mitarbeit bei der Fragestellung. Vielleicht sorgen wir dafür, daß Sie das Protokoll der gestrigen Debatte bekommen.<sup>121</sup> Dann haben Sie Argumentationsmöglichkeiten. Ich würde nicht den Antrag stellen, die Frage so oder so zu stellen. Das würde ich nicht tun. (*Zuruf:* Wenn wir die Volksbefragung ablehnen, dann ist doch jede Mitarbeit für uns von vornherein abwegig!)

*Adenauer:* Meine Herren! Wenn ich erkläre, es ist verfassungswidrig, dann ist für mich Schluß mit der Sache. Dann tue ich nichts, um meine Argumentation irgendwie zu beeinflussen, auch wenn ich weiß, es wird ja doch abgelehnt.

Die Verfasser unseres Kommuniqués sind noch nicht anwesend. Sie ersehen daraus, was das für eine böse Sache ist. (*Zuruf:* Herr Gerstenmaier kommt soeben!)

*Gerstenmaier:* Ich habe hier einen Entwurf, der verrät, daß der erweiterte Bundesparteivorstand der CDU böse ist. Mit anderen Worten, wir reden in diesem Entwurf nicht aus der Defensive. Es sind zwei Punkte; der eine betrifft die Volksbefragung und der andere die Situation in der Ostzone:

„Der erweiterte Bundesparteivorstand der Christlich-Demokratischen Union hält die Aktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Volksbefragung für einen mit verfassungswidrigen und verfassungsfeindlichen Mitteln unternommenen

---

120 Dr. Richard Jaeger (geb. 1913), 1949–1980 MdB (CSU), 1953–1965 Vorsitzender des BT-Ausschusses für Verteidigung. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 847 Anm. 28.

121 Sten.Ber. 3.WP Bd. 40 S. 1360–1457.

Versuch, die Macht an sich zu reißen und die verfassungsmäßigen Rechte des Bundestages zu beschränken.

Die CDU widersetzt sich mit Entschiedenheit jedem derartigen Versuch, an den Grundlagen unseres freiheitlichen Rechtsstaates zu rütteln. Sie widersetzt sich mit derselben Entschiedenheit der sozialdemokratischen Politik. Das Vorgehen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands läuft zudem darauf hinaus, unsere Sicherheit zu ruinieren, das Gleichgewicht der Kräfte in der Weltpolitik allein zu Lasten des Westens zu stören und damit auf die einzig wirksame Voraussetzung für die allgemeine kontrollierte Abrüstung zu verzichten.

Der Bundesparteivorstand der CDU fordert die Bundesregierung und alle parlamentarischen Fraktionen der CDU/CSU in Bund, Ländern und Gemeinden auf, mit allen politisch und rechtlich zulässigen Mitteln diesem destruktiven Unternehmen der SPD entgegenzutreten und gegen die Mobilisierung von Angst, Unruhe und Terror entschlossen aufzustehen.

Der Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union fordert Regierung, Parlament und Volk weiter auf, alles zu tun, um dem brutalen Terror des militanten Atheismus in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands zu begegnen. Dieser Terror belastet mehr als vieles andere die Beziehungen Deutschlands zu Rußland. Die Christlich-Demokratische Union wird das Ringen um die nationale Einheit Deutschlands entschlossen weiterführen.

Der Bundesparteivorstand bittet Bundesregierung und Bundestag, vor allem im Rahmen der Festigung und Förderung der deutsch-russischen Beziehungen, alles zu tun, daß den Deutschen, die unter dem verbrecherischen Druck von Ulbricht<sup>122</sup> leiden, wenigstens die Grundrechte des Glaubens und der Gewissensfreiheit gewährleistet werden.“

(Kiesinger: Ich würde sagen „Sowjetunion“!) Wir haben „Rußland“ genommen, Herr Kiesinger, um mehr auf das Begriffspaar Deutschland-Rußland abzustellen als auf die Staatskonstruktion und damit auf die Staatsidee der Sowjetunion. An die Sowjetunion zu appellieren, die vom militanten Atheismus lebt, zumindest dadurch zur Macht gekommen ist, erschien uns weniger attraktiv. Die Sprache ist Ihnen natürlich zu weich, Herr Bundeskanzler! (*Heiterkeit.*)

Adenauer: Wieso? Ich bin Ihnen sehr dankbar für diese Worte.

Gerstenmaier: Das ist das, was die Hamburger unter New Look verstehen. (Schröder: Sie werden hart!) Wenn Sie so hart im Bundestag reden, muß ich ein bißchen Öl eingießen. (Schröder: Ich habe vorgeschlagen, daß Sie Bevollmächtigter der Bundesregierung in Karlsruhe werden!) Weil Sie Angst haben! (*Heiterkeit.*)

---

122 Walter Ulbricht (1893–1973), 1949–1960 stv. Vorsitzender des Ministerrats der DDR, 1953–1971 Erster Sekretär des ZK der SED, 1960–1973 Staatsratsvorsitzender. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 244 Anm. 120. – Entschließung des Bundesparteivorstandes vom 25. April 1958 in UfD Nr. 18 vom 30. April 1958.

*Meyers*: Ich würde sagen: „Der um die Landtagspräsidenten und Fraktionsvorsitzenden erweiterte Bundesparteivorstand“.

*Adenauer*: Ich finde, es ist sprachlich so einfach und klar, daß wir nichts mehr von einer Erweiterung usw. hinzuzufügen brauchen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Dann möchte ich Herrn Kraske viel Glück zu seiner Wahl wünschen. (*Beifall*.) Wir sind davon überzeugt, daß wir einträchtig und gut zusammenarbeiten werden.

In der Zwischenzeit sind die Herren von Nordrhein-Westfalen wieder da. Herrn Gerstenmaier möchte ich für die lapidare Sprache danken, die er eben gebraucht hat. Das ist im wahrsten Sinne des Wortes lapidar. Ich sehe, daß das Wort nicht mehr gewünscht wird.

Ich bin von meinem Kabinett dringend aufgefordert worden, zum 1. Mai im Rundfunk zu sprechen. Nun habe ich feststellen lassen – obwohl man selbst mitarbeitet, weiß man es nicht mehr –, daß der 1. Mai ein Festtag aufgrund der Ländergesetze ist. (*Wolters*<sup>123</sup>: Ja, das steht in den Verfassungen der Länder.) Ich wollte nur hören, was sich der Bundestag dabei gedacht hat. Er hat gar nicht mitgewirkt. (*Arnold*: Es ist trotzdem ein Feiertag!) Ich nehme also an, daß Sie es gutheißen, wenn ich spreche. (*Zustimmung*.)

Meine Damen und Herren! Dann schließe ich die Sitzung und danke Ihnen für Ihr langes Aushalten und Ihre Mitarbeit.

#### 4

Bonn, 11. Juli 1958

*Sprecher*: Adenauer, Bach, Bitter, Blank, Blumenfeld, Frau Brauksiepe, Cillien, [Eberhard], von Hassel, Hellwig, Frau Jochmus, Johnen, Krone, Lensing, Lücke, Meyers, Müllenbach, Oberländer, Frau Rehling, Schröder.

*Bericht zur politischen Lage und über die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Der 8. Bundesparteitag. Verschiedenes.*

*Beginn*: 9.30 Uhr

*Ende*: 13.30 Uhr

---

<sup>123</sup> August Wolters (1903–1990) Schreiner, Gewerkschaftssekretär; 1945 Mitgründer der CDU in Rheinland-Pfalz, 1947–1971 MdL Rheinland-Pfalz (CDU, 1948–1959 Landtagspräsident), 1959–1971 Innen- und 1959–1967 zugleich Sozialminister von Rheinland-Pfalz, 1959–1971 Mitglied des Bundesrates. Vgl. auch Anm. 1.